



BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG

Endlagersuche in Deutschland: Wissen, Einstellungen und Bedarfe – wiederholte repräsentative Erhebung (EWident)

Zwischenbericht zur ersten Bevölkerungsbefragung
im Jahr 2020

Vorhaben 4719F00201

AUFTRAGNEHMER:IN
aproxima
Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung
Weimar mbH

Sebastian Götte
und
Yvonne Ludewig



Endlagersuche in Deutschland: Wissen, Einstellungen und Bedarfe – wiederholte repräsentative Erhebung (EWident)

Zwischenbericht zur ersten Bevölkerungsbefragung im Jahr 2020

Dieser Band enthält einen Ergebnisbericht eines vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung in Auftrag gegebenen Untersuchungsvorhabens. Verantwortlich für den Inhalt sind allein die Autor:innen. Das BASE übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie die Beachtung privater Rechte Dritter. Der Auftraggeber behält sich alle Rechte vor. Insbesondere darf dieser Bericht nur mit seiner Zustimmung ganz oder teilweise vervielfältigt werden.

Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung der Auftragnehmer:in wieder und muss nicht mit der des BASE übereinstimmen.

BASE-003/21

Bitte beziehen Sie sich beim Zitieren dieses Dokumentes immer auf folgende URN:
urn:nbn:de:0221-2021031926223

Berlin, April 2021

Impressum

**Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung
(BASE)**

BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG

Auftragnehmer:in
aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozial-
forschung Weimar mbH

Sebastian Götte und Yvonne Ludewig

030 18432-0
www.base.bund.de

Stand: April 2021



Endlagersuche in Deutschland: Wissen, Einstellungen und Bedarfe – wiederholte repräsentative Erhebung (EWident)

Zwischenbericht zur ersten Bevölkerungsbefragung im Jahr 2020

Weimar, den 20. Oktober 2020

Sebastian Götte und Yvonne Ludewig

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort	4
2	Ergebnisse auf einen Blick	5
3	Studiendesign und Stichprobenstruktur	7
3.1	Methodischer Überblick	7
3.2	Struktur der Stichprobe	8
4	Vorstellungen von der Endlagersuche	13
4.1	Kernenergienutzung und Risiken	13
4.2	Aktuelle Situation	19
4.3	Aufgabe der Endlagersuche	22
4.4	Prozess der Endlagersuche	28
4.5	Beteiligte Institutionen	33
5	Informiertheit und Informationsbedürfnis	38
5.1	Themeninteressen und Informiertheit	38
5.2	Aktive Informationssuche	43
5.3	Vertrauen in Informationsquellen	46
6	Akzeptanz und Teilhabe	51
6.1	Akzeptanzstatus in Bezug auf ein mögliches Teilgebiet am Wohnort	51
6.2	Teilhabewunsch und Beteiligungsformen	62
7	Soziale Repräsentationen der Endlagersuche	66
7.1	Das Konzept der sozialen Repräsentationen	66
7.2	Soziale Repräsentation der Endlagersuche in der Akzeptanzgruppe „Widerstand“	67
7.3	Soziale Repräsentation der Endlagersuche in der Akzeptanzgruppe „Unterstützung“	69

8	Ergebnisse der Befragung bei den 14-29-Jährigen	71
8.1	Vorstellungen von der Endlagersuche	72
8.2	Informiertheit und Informationsbedürfnis	79
8.3	Akzeptanz und Teilhabe	81
9	Methodenbericht	85
9.1	Design und Struktur der Stichprobe	85
9.2	Durchführung der Interviews und Ausschöpfungsstatistik	90
9.3	Studiendokumentation gemäß der ADM-TransparenzStandards	92
9.4	Bewertung der angewendeten Methodenkombination	96
10	Anhänge	99
10.1	Literaturverzeichnis	99
10.2	Abbildungsverzeichnis	99
10.3	Tabellenverzeichnis	102
10.4	Fragebogen	104

1 Vorwort

Das Standortauswahlgesetz (StandAG) regelt die einzelnen Verfahrensschritte für eine ergebnisoffene, wissenschaftsbasierte, transparente Suche und Auswahl eines Standortes für die sichere Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen. Ziel ist es, bis 2031 den Standort für ein Endlager mit der bestmöglichen Sicherheit für einen Zeitraum von einer Million Jahren festzulegen. Das Ergebnis soll von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen und von den Betroffenen toleriert werden können. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) koordiniert und beaufsichtigt die Suche nach diesem Endlager für hochradioaktive Abfälle und ist Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung. Es schafft die Grundlagen und Randbedingungen dafür, wie Bürger*innen als Mitgestalter*innen des Verfahrens in die Standortsuche eingebunden werden.

Im Verlauf des Standortauswahlverfahrens ist es für das BASE von zentraler Bedeutung, Einstellungen und Bedarfe der Bevölkerung zu erheben, um die Wirkungen der eingesetzten Beteiligungsinstrumente beurteilen sowie Konfliktpotentiale frühzeitig erkennen zu können. Hierzu nutzt das BASE eine langfristige, repräsentative Erhebung. Regelmäßig wiederholte, repräsentative Bevölkerungsumfragen sollen ein fundiertes Verständnis der vorherrschenden Haltungen, Meinungen und Wissensstände in Bezug auf die Endlagersuche schaffen. Dies umfasst auch institutionelle Aspekte (Wissen über Zuständigkeiten und Aufgabenteilung, Vertrauen in die umsetzenden Institutionen und Ähnliches) sowie die Fragen, auf welche Weise sich die Menschen in den Prozess der Endlagersuche einbringen möchten und welche Erwartungen in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung bestehen.

In diesem Bericht stellen wir die Ergebnisse der ersten Erhebung dar (Mai bis Juli 2020), die noch vor der Veröffentlichung des Teilgebieteberichts der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH am 28. September 2020 durchgeführt wurde. Sie zeigen also den Kenntnis- und Einstellungsstand der deutschen Bevölkerung im Zustand der „weißen Landkarte“. Die nächste Erhebung ist Ende 2021 geplant. Damit können eventuell durch den Teilgebietebericht und die nachfolgende Öffentlichkeitsbeteiligung bewirkte Veränderungen gemessen werden.

Wir wünschen eine anregende Lektüre und stehen als Adressat*innen für Anmerkungen oder Rückfragen gern zur Verfügung!

Weimar im Oktober 2020
Sebastian Götte und Yvonne Ludewig

2 Fünf Dinge, die man sich merken sollte

1. Kurz vor Veröffentlichung des „Zwischenberichtes Teilgebiete“ im Oktober 2020 ist das Interesse der Bevölkerung am Thema Endlagersuche und auch ihre Informiertheit über deren Details relativ gering. Jeweils etwas über 60 Prozent der Befragten wissen, dass zu diesem Zeitpunkt noch eine „weiße Landkarte“ existierte und die Benennung erster Teilgebiete kurz bevor steht. Allerdings glauben auch rund die Hälfte der Befragten, dass es schon einen Vorschlag für einen Endlagerstandort gäbe, über den nur noch abgestimmt werden müsse. In diesem teilweisen Widerspruch (die Befragten durften die Aussagen unabhängig voneinander beantworten) spiegelt sich das noch recht unscharfe Bild in der Bevölkerung wieder. Ein ähnliches Bild bietet sich bei den Ausschlussfaktoren für Teilgebiete: Eine Mehrheit kann richtige Faktoren benennen, jedoch erhalten auch nicht zutreffende Faktoren größere Zustimmungswerte. So glauben zum Beispiel 68 Prozent der Befragten, dass Wohngebiete im Umkreis von 20 Kilometern ein Ausschlussgrund wären. Hinsichtlich Lagermengen und -zeitraum herrscht in größeren Teilen ebenso Ratlosigkeit wie in Bezug auf die Zieltermine des Prozesses. Immerhin weiß oder vermutet jedoch die relative Mehrheit der Befragten, dass der Prozess der Endlagersuche gesetzlich geregelt und auf mehrere Schultern verteilt ist.
2. Alle Prozesse, die mit Kernkraft zu tun haben, werden von der Mehrheit der Bevölkerung als riskant betrachtet. Dies gilt auch für den Betrieb eines Endlagers. Dementsprechend wünscht sich die Mehrheit der Befragten ein Endlager möglichst weit weg vom eigenen Wohnort. Gleichzeitig hat es in vielen Bereichen rund um die Endlagersuche einen großen Einfluss, für wie risikobehaftet jemand den Betrieb eines Endlagers hält. Könnte man die Bevölkerung davon überzeugen, dass ein sicherer Betrieb notwendig ist und gewährleistet werden kann, würde dies die Akzeptanz oder Toleranz eines Endlagers immens steigern. Aufklärung und Information ist dabei ein erster Schritt. Und mit dem überwiegenden Wunsch der Menschen, Informationen über damit zusammenhängende Themen zu erhalten, kann dieser Schritt erfolgen. Wie sicher ist ein Endlager für die Menschen der Region und für kommende Generationen? Wie kann der Transport der Abfälle sicher gestaltet werden? All das sind Fragen, die die Menschen beim Thema Endlagersuche sehr stark interessieren.
3. Ein Wunsch nach Beteiligung ist zum Zeitpunkt der Befragung im Sommer 2020 nur bei einer Minderheit der Bevölkerung ausgeprägt. Insgesamt 28 Prozent der Befragten würden sich gern am Prozess beteiligen, die Hälfte davon jedoch nur, wenn sie in einer der potenziellen Standortregionen leben würden. Häufig beschränkt sich die Beteiligung zunächst auf Informationsbeschaffung, der Wunsch nach Diskussionsformaten ist etwas weniger stark vorhanden. Beteiligung wird stärker gewünscht, je mehr sich die Personen bereits zivilgesellschaftlich engagieren.
4. Ungeachtet dessen lässt sich der Großteil der Befragten einer eher aktiven Gruppe zuordnen, wenn die eigene Region als Teilgebiet ausgewählt würde. Dann würden nach eigenen Aussagen 38 Prozent der Befragten Widerstand üben, 35 Prozent die Entscheidung aktiv unterstützen. Man darf davon ausgehen, dass die Aktivität hier von den Befragten „überberichtet“ wird. Ihr tatsächliches Verhalten dürfte passiver sein. Interessant sind die beiden Gruppen trotzdem: Schaut man sich ihr Bild von der

Endlagersuche an, dann zeigen sich wesentliche Unterschiede. In der Gruppe „Widerstand“ ist es risikofokussierter und mit mehr Misstrauen in Prozess und Institutionen behaftet als bei anderen Gruppen. Die Gruppe „Unterstützung“ ist generell technik-positiver eingestellt, nach eigenen Angaben etwas besser informiert über den Prozess der Endlagersuche als andere und hat ein höheres Vertrauen in Prozess und Institutionen.

5. Möchte man dafür sorgen, dass die Suche nach einem Endlager und schlussendlich der Standort stärker akzeptiert oder toleriert werden, dann sind aus jetziger Sicht Informationen zur Sicherheit das A und O. Zwar wünschen sich relevante Teile der Bevölkerung auch, dass die Öffentlichkeit in die Prozesse eingebunden wird. Zunächst ist das Bedürfnis nach Informationen jedoch noch weitaus stärker. Diese müssen darauf abzielen, der über Jahre gewachsenen Skepsis gegenüber der Sicherheit von Kernenergie und allen damit zusammenhängenden Aspekten zu begegnen. Dafür ist maximale Transparenz genau so wichtig wie für Laien verständliche Informationen. Es zeigt sich in dieser Befragung auch, dass das Wissen und die Akzeptanz mit der Schulbildung steigen. Das ist normal – Ziel sollte es jedoch sein, diesen Effekt so gering wie möglich werden zu lassen.

3 Studiendesign und Stichprobenstruktur

3.1 Methodischer Überblick

Die Befragung sollte ein gesichertes Meinungsbild in der bundesdeutschen Bevölkerung ab dem 14. Lebensjahr liefern. Zusätzlich lag ein Fokus auf der Gruppe der jüngeren Personen, da diese am längsten mit den Ergebnissen der Endlagersuche leben können sollen. Im Vorfeld der Befragung haben wir auf Basis des aktuellen Forschungsstandes abgewogen, welche Erhebungsmodi für diese Zwecke aktuell am geeignetsten sind. Der Abwägungsprozess und dessen Ergebnisse sind detailliert im Kapitel „Methodisches Gesamtkonzept“ des „Zwischenberichts zum aktuellen wissenschaftlichen Stand und zum methodischen Gesamtkonzept“ dargestellt (vgl. Götte, Sebastian / Ludewig, Yvonne 2020, 36ff.).

Das gewählte Studiendesign für die erste Erhebung besteht aus einer telefonischen repräsentativen Bevölkerungsbefragung von N=2.500 Einwohner*innen Deutschlands ab dem 14. Lebensjahr in Kombination mit einer repräsentativen Onlinebefragung von N=500 Einwohner*innen Deutschlands zwischen 14 und 29 Jahren. Erzielt haben wir schließlich N=2.500 Befragte mit der telefonischen und N=672 Befragte mit der Online-Befragung. Die Befragungszeit lag zwischen dem 18.05. und 23.07.2020. Die Stichprobe für die telefonische Befragung wurde auf Basis des ADM-Auswahlrahmens inklusive Mobilfunkrufnummern („ADM Dual Frame“) gezogen. Für die Online-Befragung der jüngeren Personen bezogen wir die Teilnehmer*innen aus dem Online-Access-Panel der Bilendi GmbH.

Beide Erhebungen waren so angelegt, dass sie eine repräsentative Verteilung für ihre jeweilige Grundgesamtheit erreichen. Bei der telefonischen Bevölkerungsbefragung geschah dies über systematische Zufallsauswahlen auf der Gemeinde-, Haushalts- und Personenebene. Bei der Online-Befragung der 14-29-Jährigen gaben wir der Bilendi GmbH ein Quotenraster vor, das der Bevölkerungsstruktur in diesem Altersbereich entsprach. Nach Fertigstellung der Interviews haben wir geprüft, ob die Struktur der Grundgesamtheit erreicht wurde. In der Regel ist dies nicht genau der Fall, da verschiedene Personengruppen unterschiedlich gut erreichbar und teilnahmebereit sind. Deshalb haben wir die Datenstruktur mittels einer mathematischen Strukturgewichtung an die Struktur der Grundgesamtheiten angepasst. Dies ist ein in der Markt- und Sozialforschung üblicher Prozess. Durch ihn erhalten Fälle, aus deren demographischer Gruppe wir in der Erhebung nicht ausreichend Befragte gewonnen haben, etwas mehr Gewicht in der Auswertung. Fälle aus überrepräsentierten demographischen Gruppen werden heruntergewichtet. Auf diese Weise haben wir sichergestellt, dass die hier berichteten Ergebnisse repräsentativ nach den Parametern Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltgröße, BIK-Größenklasse (ein Maß für die Gemeindegröße) und Bundesland für die deutsche Wohnbevölkerung ab dem 14. Lebensjahr sind.

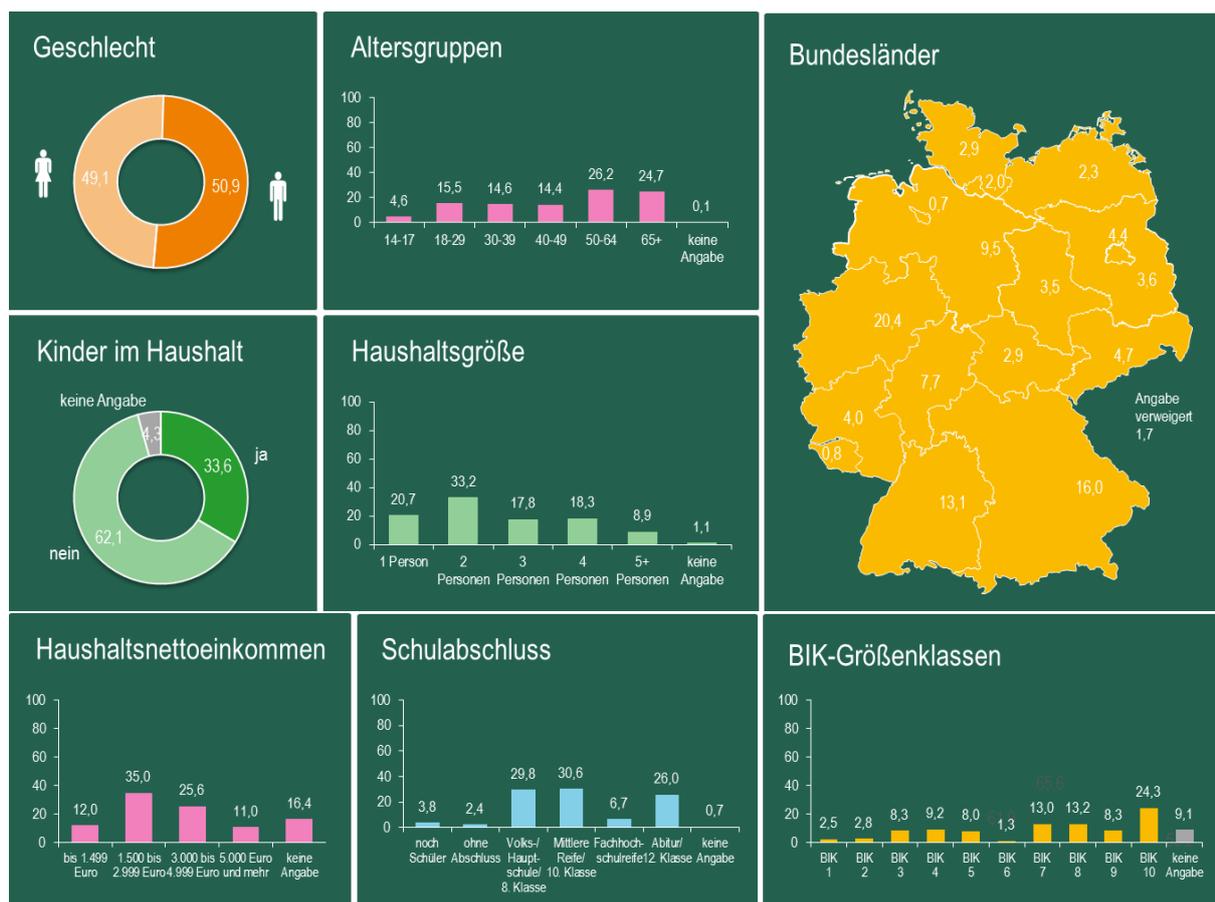
Detaillierte Informationen zu den Parametern der Datenerhebung stellen wir in Abschnitt 8 „Methodenbericht“ bereit.

3.2 Struktur der Stichprobe

Demographische Struktur

Die meisten in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse basieren auf der Grundgesamtheit der deutschen Wohnbevölkerung ab dem 14. Lebensjahr. Die Fälle aus der Online-Befragung wurden in diese Auswertung einbezogen. Jedoch wurde über ein statistisches Ausgleichsgewicht sichergestellt, dass sich alle Altersgruppen entsprechend der Grundgesamtheit verteilen. Die Fallzahl beträgt somit N=3.172. Abbildung 3-1 zeigt die wichtigsten demographischen Variablen, um einen Eindruck von der Stichprobe zu vermitteln.

Abbildung 3-1 Demographische Struktur der Gesamtstichprobe



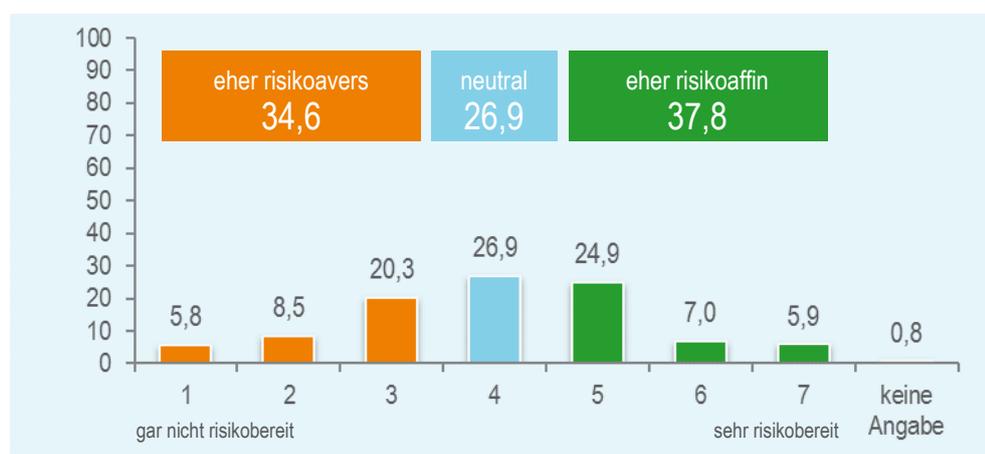
jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172

Risikoaffinität der Befragten

Neben den demographischen Angaben ist zur Erklärung einiger Antworten auf unsere Fragen auch interessant, wie risikoaffin die Befragten generell sind. Die These dahinter ist, dass diese Risikoeinstellung einen Einfluss auf die Einstellung zu einem Endlager für hochradioaktive Abfälle hat. Deshalb haben wir die Frage gestellt, für wie risikobereit sich die Befragten im Allgemeinen halten. Die Antwort konnte auf einer siebenstufigen Skala von 1=gar nicht risikobereit bis 7=sehr risikobereit gegeben werden. Damit sie als Differenzierungsvariable besser geeignet ist, haben wir die Risikobereitschaft dann in drei Risikotypen zusammengefasst: eher risikoavers, risikoneutral und eher risikoaffin. Die Verteilung der Risikobereitschaft und die Risikotypen zeigt Abbildung 3-2.

Die Antworten auf der siebenstufigen Skala bilden eine gaußähnliche Verteilung, die meisten Befragten ordnen sich auf den mittleren Skalenpunkten ein. In die drei Typen unterteilt existieren etwa gleich große Gruppen von eher risikoaversen und risikoaffinen Personen (35 und 38 Prozent) sowie eine kleinere neutrale Gruppe (27 Prozent). Die Werte finden wir so auch bei anderen Befragungen, in denen wir diese Frage einsetzen¹. Zum Thema Wahrnehmung von Magnetfeldern beim Stromausbau zeigten sich die Gruppen wie folgt: 34 Prozent eher risikoavers, 27 Prozent neutral und 38 Prozent eher risikoaffin. Diese Verteilung zeigte sich auch bei dem ähnlichen Thema „Was denkt Deutschland über Strahlung“ (eher risikoavers: 33 Prozent, neutral: 27 Prozent und eher risikoaffin: 39 Prozent).

Abbildung 3-2 Risikoeinstellung der Befragten



in Prozent aller Befragten | N=3.172

Fragestellung: Wie schätzen Sie sich persönlich ein: Wie risikobereit sind Sie im Allgemeinen? Bitte ordnen Sie sich auf einer 7-stufigen Antwortskala von 1 = „gar nicht risikobereit“ bis 7 = „sehr risikobereit“ ein. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

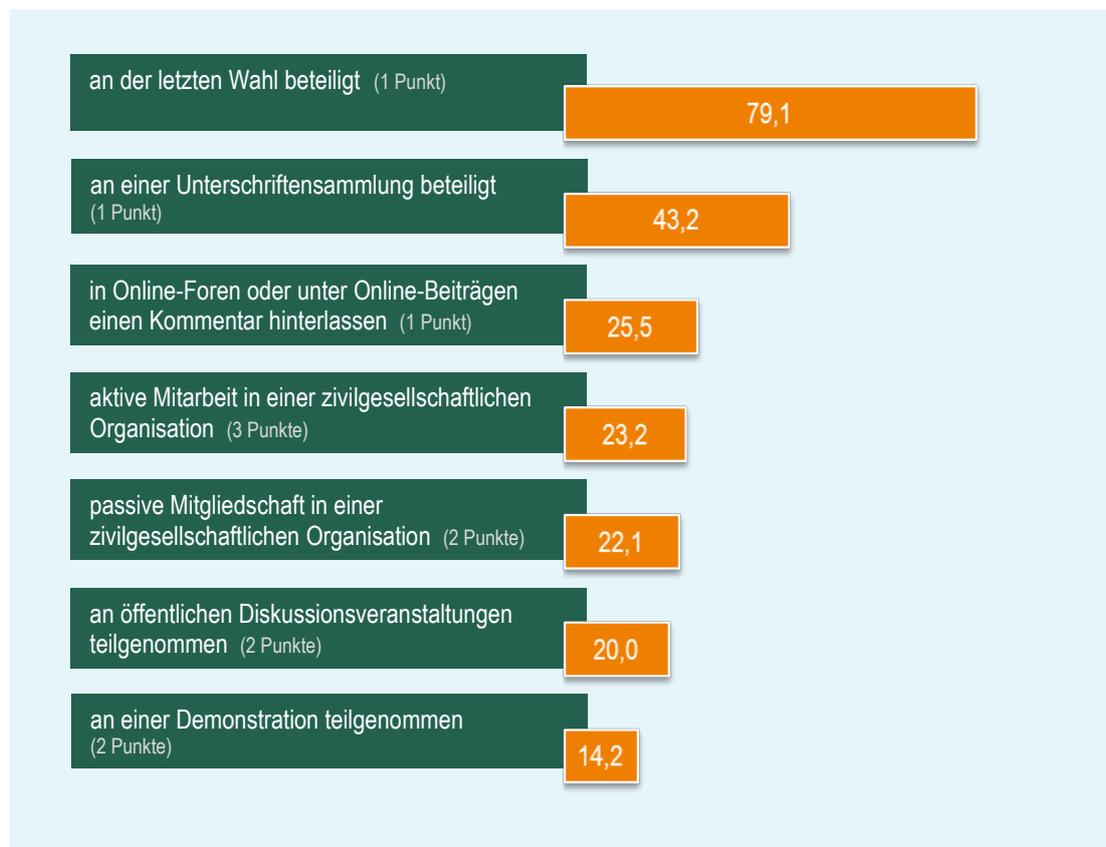
Zivilgesellschaftliches Engagement der Befragten

Auch die Stärke des zivilgesellschaftlichen Engagements einer Person könnte Einfluss haben auf ihre Einstellungen zur Endlagersuche und ihre Beteiligungsbereitschaft daran. Deshalb haben wir in einer umfangreichen Frage verschiedene mögliche Formen dieses Engagements ermittelt. Abbildung 3-3 zeigt, wie viel Prozent der Befragten die von uns abgefragten Formen jeweils in den letzten 12 Monaten praktiziert haben. Die Spanne reicht dabei von der Beteiligung an der letzten Wahl bis zur aktiven Mitgliedschaft in einer zivilgesellschaftlichen Organisation (Bürgerinitiative, ehrenamtliche Organisation, religiöse Vereinigung, Partei, etc.). Hinter den Aktivitäten haben wir Punktzahlen notiert. Diese geben eine von uns vergebene „Qualität“ dieser Aktivitäten in Bezug auf die Stärke des zivilgesellschaftlichen Engagements an. Mit 3 Punkten hat die aktive Mitgliedschaft in einer zivilgesellschaftlichen Organisation die höchste Qualität, da sie potenziell das stärkste Engagement erfordert. Mit 2 Punkten haben wir solche Aktivitäten versehen, die typischerweise nicht kontinuierlich geschehen, aber dennoch Aktivität erfordern. Außerdem fällt darunter auch die passive

¹ Zum Thema Wahrnehmung von Magnetfeldern beim Stromausbau zeigten sich die Gruppen wie folgt: 34 Prozent eher risikoavers, 27 Prozent neutral und 38 Prozent eher risikoaffin (vgl. Götte/Ludewig 2019a). Eine ähnliche Verteilung ergab sich in einer Studie zum Thema „Was denkt Deutschland über Strahlung?“ (eher risikoavers: 33 Prozent, neutral: 27 Prozent und eher risikoaffin: 39 Prozent, vgl. Götte/Ludewig 2019b).

Mitgliedschaft in einer zivilgesellschaftlichen Organisation. Einen Punkt erhalten Engagementformen mit einer niedrigen Hürde.

Abbildung 3-3 Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements

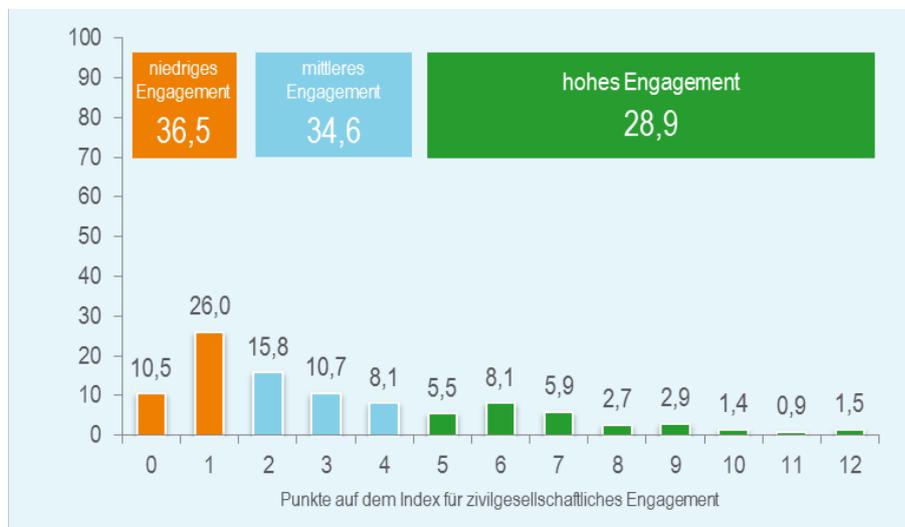


jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172 | nur Kategorie „habe ich getan“
 Fragestellung: Welche der folgenden Dinge haben Sie in den letzten 12 Monaten getan und welche nicht?

Auf Basis dieser Punktzahlen haben wir einen Index erstellt, der die Stärke des zivilgesellschaftlichen Engagements abbilden soll. Er kann natürlich nur eine Näherung sein, funktioniert aber den statistischen Zusammenhängen nach zu urteilen recht gut. Abbildung 3-4 zeigt die Verteilung der Befragten auf diesem Index. Maximal kann man darauf 12 Punkte erhalten, minimal 0. Zur besseren Handhabbarkeit als Differenzierungsvariable haben wir den Index wieder in drei Kategorien geclustert. Die Verteilung der Kategorien auf die Skalenpunkte erfolgte vor allem nach sachlogischen Überlegungen (so ist aus Sicht des Forschungsteams z. B. die alleinige Beteiligung an einer Wahl noch kein wirkliches zivilgesellschaftliches Engagement; wenn man allerdings passives Mitglied in einer Organisation ist oder an öffentlichen Diskussionsveranstaltungen teilnimmt, engagiert man sich bereits wahrnehmbar – deshalb verläuft die Grenze zwischen niedrigem und mittlerem Engagement zwischen einem und zwei Punkten). Da die meisten Befragten auf der linken Seite der Skala verortet sind, umfassen die Kategorien „niedriges Engagement“ und „mittleres Engagement“ deutlich weniger Skalenpunkte als „hohes Engagement“. Niedriges Engagement umfasst entweder kein Engagement oder ein niedrigschwelliges. Mittleres Engagement beginnt bei zwei niedrigschwelligen oder einer mit 2 Punkten bewerteten Form des Engagements. Hohes Engagement umfasst mindestens zwei Formen zivilgesellschaftlichen Engagements ab dem Punktwert 2. Wie Abbildung 3-4 zeigt, berichten etwa gleich viele Befragte ein niedriges oder mittleres zivilgesellschaftliches Engagement (37 bzw. 35 Prozent), etwas weniger ein hohes (29 Prozent). Da es sich hierbei um Eigenauskünfte der Befragten handelt,

ist eine Überschätzung aufgrund sozialer Erwünschtheit möglich. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die Kategorien neben den sachlogischen Überlegungen auch so gebildet wurden, dass jede eine für Differenzierungen ausreichende Fallzahl enthält. Wichtig ist jedoch weniger die Größe dieser Gruppen, sondern es sind die Unterschiede zwischen den Kategorien.

Abbildung 3-4 Grad des zivilgesellschaftlichen Engagements

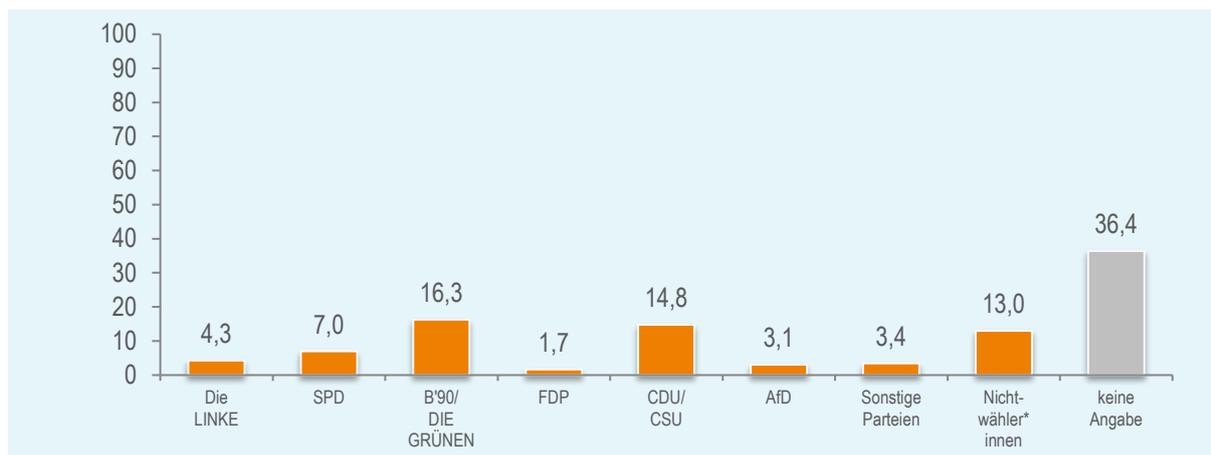


in Prozent aller Befragten | N=3.172 | summarischer Index auf Basis der in Abbildung 3-3 vergebenen Punkte

Wahlabsicht der Befragten

Als dritte psychographische Differenzierungsvariable haben wir die Wahlabsicht der Befragten in den Fragebogen aufgenommen. Hintergrund ist hier, dass die politische Einstellung einen Einfluss auf die Einstellung zur Endlagersuche haben könnte. Dazu haben wir gefragt, ob die Befragten zur Wahl gehen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Bejahten sie dies, haben wir gefragt, welche Partei sie wählen würden. Abbildung 3-5 zeigt die Informationen aus beiden Fragen in einer Grafik. Zu beachten ist, dass es sich dabei nicht um eine Projektion des Wahlverhaltens handelt – die Verteilung entspricht also nicht einem tatsächlich angenommenen Wahlergebnis. Uns dient die Frage lediglich dazu, die Befragten einer Wähler*innengruppe zuzuordnen und dies dann als Differenzierungsvariable verwenden zu können.

Abbildung 3-5 Wahlabsicht, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre



in Prozent aller Befragten | N=3.172

Fragestellung: Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie dann zur Wahl gehen? / Falls ja: Welche Partei würden Sie wählen?

Darstellung der Ergebnisse

In den folgenden Abschnitten werden wir neben den Ergebnissen in der Gesamtstichprobe auch in den meisten Fällen die differenzierten Ergebnisse in verschiedenen demographischen Gruppen, für die politischen Einstellungen und für die Risikoeinstellungen darstellen. Bei der Auswertung haben wir immer mit ermittelt, ob die Unterschiede zwischen den demographischen Gruppen statistisch signifikant sind. Das bedeutet, dass wir geprüft haben, ob gemessene Unterschiede zufällig sind oder nicht. Durch verschiedene statistische Gesetzmäßigkeiten kann es passieren, dass sich Werte zwischen Gruppen zwar unterscheiden, wir aber nicht zuverlässig sagen können, dass diese Unterschiede auch in der Bevölkerung so vorhanden sind. Solche demographischen Gruppen sind in den folgenden Abbildungen grau hinterlegt. Die dort berichteten Werte unterscheiden sich also augenscheinlich, wir können aber nicht sicher sagen, dass es wirklich Unterschiede sind. Alle Gruppen, für die wir dies sagen können, sind demgegenüber dunkelgrün hinterlegt.

Wir stellen die Ergebnisse auch nach Bundesländern differenziert dar. In diesen Kartengrafiken sind die Bundesländer grün (überdurchschnittlich) oder orange (unterdurchschnittlich) eingefärbt, deren Werte statistisch signifikant vom Wert in der Gesamtstichprobe abweichen. Alle anderen Bundesländer sind grau. Die Abweichungen auf Ebene der Bundesländer lassen sich jedoch in den seltensten Fällen sinnvoll interpretieren. Sie sind deshalb zunächst nur illustrativ zu betrachten, und wir gehen auch nur in Ausnahmefällen darauf ein.

Einzelne Fragen haben wir aus früheren Studien zum Thema Atomkraft und Endlagersuche übernommen. Für diese haben wir Vergleichsergebnisse aus der Vergangenheit dargestellt. Zum Teil liegen diese Erhebungen jedoch relativ weit zurück, so dass die beobachteten Veränderungen vielfältige Ursachen haben können. Deutlich interessanter werden die Veränderungen sein, die wir in der zweiten Erhebung im Rahmen dieser Studie (voraussichtlich Ende 2021 oder Anfang 2022) erheben werden. Für einen Überblick über themenverwandte Erhebungen in der Vergangenheit siehe Götte, Sebastian / Ludewig, Yvonne 2020, 13ff.

4 Vorstellungen von der Endlagersuche

Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle ist der wahrscheinlich ambitionierteste gesellschaftliche Prozess, den wir uns in Deutschland vorgenommen haben (vergleichbar noch mit dem Umgang mit dem Klimawandel). Wir benötigen ein möglichst sicheres Endlager für Stoffe, die den menschlichen Organismus voraussichtlich über mindestens 1 Millionen Jahre schädigen können. Entsprechend komplex gestaltet sich dieser Prozess. Um die aktuelle Einstellung der Menschen dazu möglichst umfassend ermitteln zu können, haben wir uns folgende fünf Leitfragen gestellt:

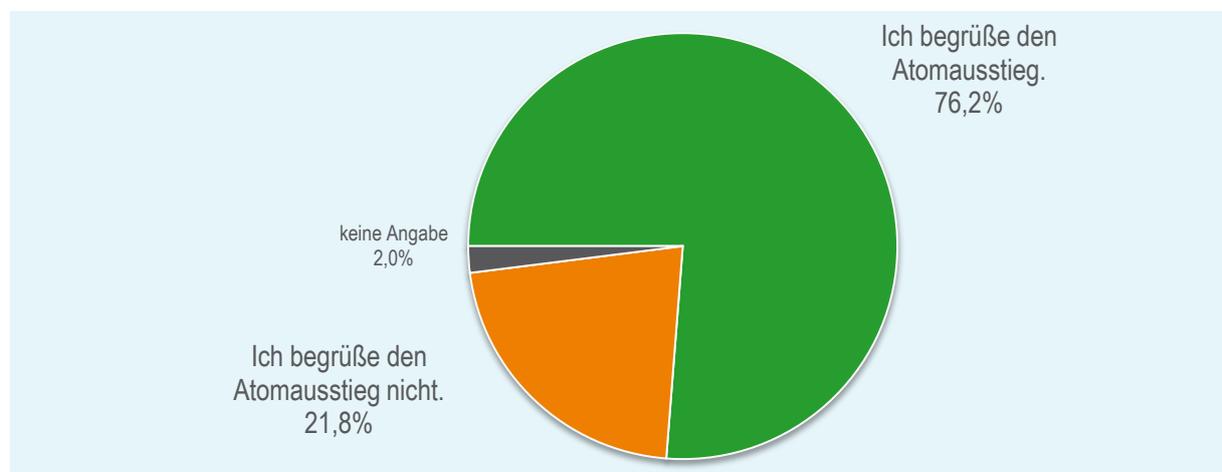
1. Welche Einstellungen haben die Menschen zur Kernenergienutzung und ihren Risiken allgemein?
2. Wie ist ihr Wissensstand zum aktuellen Umgang mit den Abfallstoffen der Kernenergienutzung?
3. Wie gut wissen sie über die *Aufgabe* der Endlagersuche Bescheid (Lagermengen und -zeitraum, Kriterien, etc.?)
4. Wie gut kennen sie den vorgesehenen *Prozess* der Endlagersuche (StandAG, Zeitplan, etc.?)
5. Wie gut kennen und wie bewerten sie die beteiligten Institutionen?

In diesem Abschnitt stellen wir die Antworten auf diese Fragen für den Zeitraum der Befragung – also vor der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete – dar.

4.1 Kernenergienutzung und Risiken

Der Ausstieg aus der Kernenergie wurde im Jahr 2011 beschlossen und wird Ende des Jahres 2022 mit der Stilllegung der Atomkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland vollendet. 76 Prozent der Befragten begrüßen diesen Atomausstieg, 22 Prozent tun dies nicht (vgl. Abbildung 4-1).

Abbildung 4-6 Einstellung zum Atomausstieg

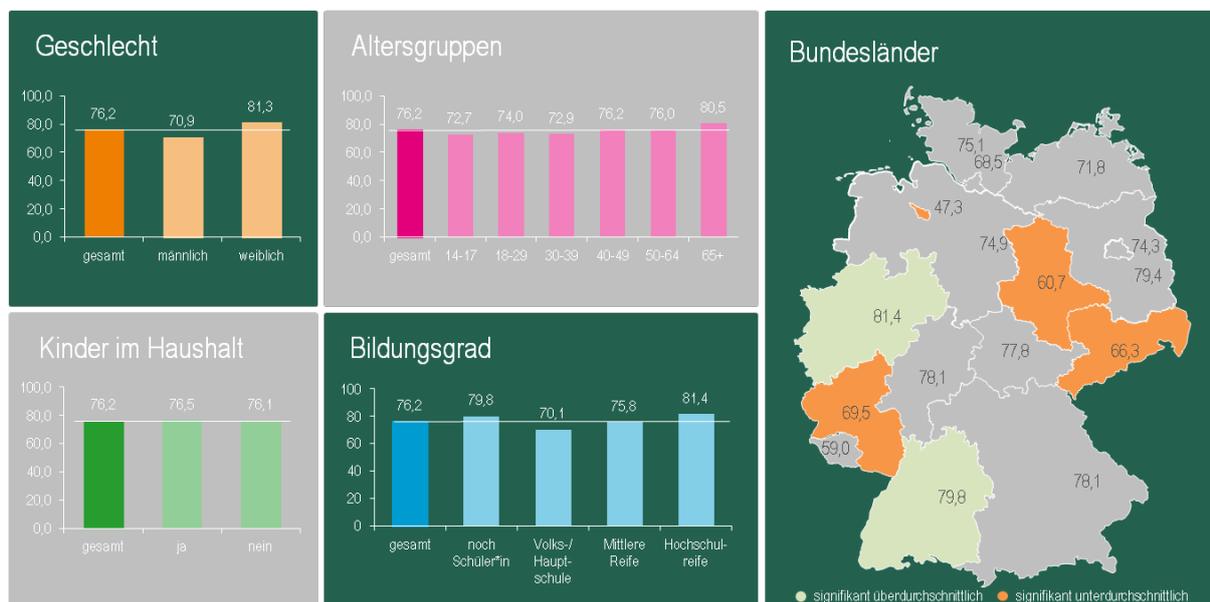


jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172

Fragstellung: Deutschland hat den stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie im Jahr 2011 beschlossen. Einmal alles in allem betrachtet: Begrüßen Sie grundsätzlich den Atomausstieg Deutschlands oder begrüßen Sie ihn nicht?

Die Zustimmung ist über alle demographischen Gruppen hoch, allerdings bestehen signifikante Unterschiede zwischen den Geschlechtern sowie nach Bildungsgrad. Unter den männlichen Befragten begrüßen den Atomausstieg 71 Prozent, unter den weiblichen dagegen 81 Prozent. Und von 70 Prozent bei den Volks- und Hauptschulabsolvent*innen steigt die Zustimmung auf 81 Prozent bei den Personen mit (Fach-)Hochschulreife. In Abbildung 4-2 ist außerdem die Zustimmungquote in den einzelnen Bundesländern zu sehen. Am höchsten ist sie in Nordrhein-Westfalen mit 81 Prozent, in Bremen mit 47 Prozent deutlich am niedrigsten. Relativ niedrig sind die Zustimmungsraten auch im Saarland (59 Prozent) und in Sachsen-Anhalt (61 Prozent).

Abbildung 4-7 Einstellung zum Atomausstieg nach demographischen Gruppen

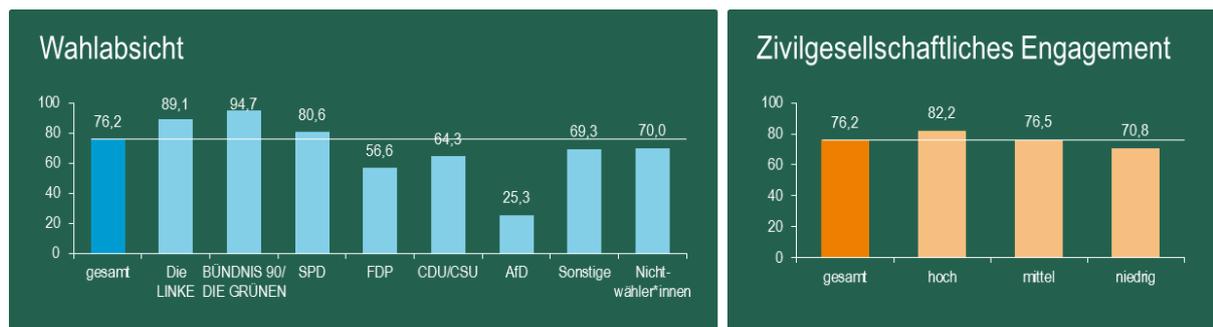


jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | nur „ich begrüße den Atomausstieg“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant²

Signifikante Unterschiede bestehen auch zwischen den Wähler*innengruppen (vgl. Abbildung 4-3). Wähler*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen mit 95 Prozent den Atomausstieg am einheitlichsten, gefolgt von Wähler*innen der LINKEN (89 Prozent) und der SPD (81 Prozent). Anhänger*innen von CDU/CSU (64 Prozent) und FDP (57 Prozent) stimmen dem Atomausstieg unterdurchschnittlich häufig zu. Am wenigsten erfreut darüber sind Wähler*innen der AfD (25 Prozent). Je höher das zivilgesellschaftliche Engagement der Befragten ist, desto stärker begrüßen sie den Atomausstieg (niedriges Engagement 71 Prozent, hohes Engagement 82 Prozent).

² Wie unter der Landkarte der Bundesländer vermerkt ist, wurden Bundesländer mit signifikant überdurchschnittlichen Anteilen für „ich begrüße den Atomausstieg“ grün eingefärbt, solche mit signifikant unterdurchschnittlichen Anteilen orange. Zu sehen ist auch, dass einzelne Bundesländer z. B. niedrige Anteile ausweisen, aber nicht eingefärbt sind. Das bedeutet, der Unterschied zur Gesamtstichprobe ist aus statistischer Sicht nicht ausreichend, um als signifikant bezeichnet zu werden – er könnte auch zufällig sein. Dies ist vor allem der Fall, wenn der Anteil auf einer relativ geringen Fallzahl basiert. Da z. B. das Saarland einen geringen Anteil an der Bevölkerung in Deutschland besitzt, wurden dort relativ wenige Menschen befragt. Deshalb wird es auch in einigen folgenden Abbildungen so sein, dass das Saarland eine hohe Abweichung von der Gesamtstichprobe ausweist, die aufgrund der geringen Fallzahl jedoch nicht signifikant ist. Dies kommt auch daher, dass Gruppen mit geringen Fallzahlen zu „extremen“ Ausschlägen neigen. Interessant für Vergleiche sind also immer nur die eingefärbten Bundesländer.

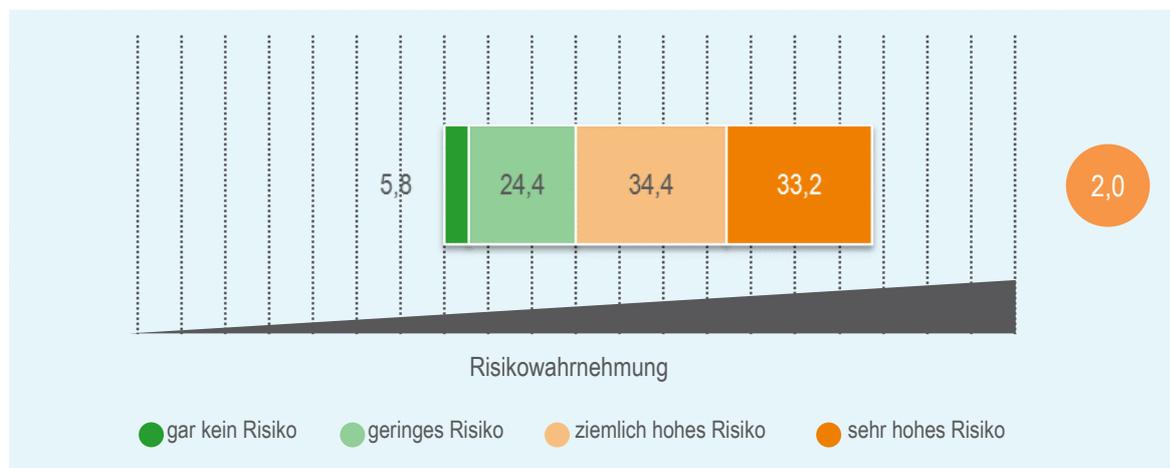
Abbildung 4-3 Einstellung zum Atomausstieg nach politischer Einstellung



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | nur „ich begrüße den Atomausstieg“ | Unterschiede sind signifikant

Weitgehend einig sind sich die Befragten auch beim Risiko der Nutzung von Kernenergie. Jeweils rund ein Drittel sieht darin ein ziemlich oder sehr hohes Risiko, 24 Prozent halten das Risiko für gering, 6 Prozent sehen keines (vgl. Abbildung 4-4). Die Gruppe der Personen, die in der Nutzung von Kernenergie ein Risiko sieht, überwiegt also deutlich. Auffällige Unterschiede zwischen den Risikotypen und der Einschätzung des Nutzungsrisikos von Kernenergie gibt es kaum: Etwa 29 Prozent der eher risikoaversen sehen ein geringes oder gar kein Risiko, bei den eher risikoaffinen Menschen sind es 33 Prozent.

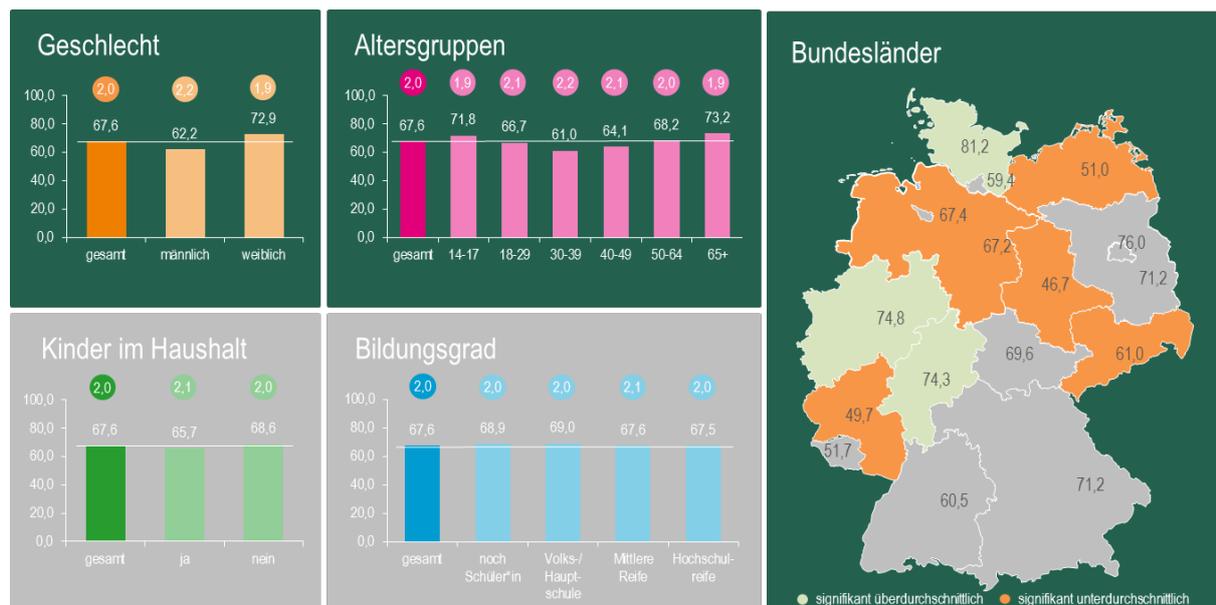
Abbildung 4-4 Risikowahrnehmung in Bezug auf die Nutzung von Kernenergie



jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172 | Mittelwert auf einer Skala von 1=gar kein Risiko bis 4=sehr hohes Risiko
Fragestellung: Bitte sagen Sie mir, ob die Nutzung von Kernenergie insgesamt aus Ihrer Sicht ein sehr hohes, ein ziemlich hohes, ein geringes oder gar kein Risiko darstellt.

Frauen schätzen das Risiko der Nutzung von Kernenergie größer ein als Männer. 73 Prozent von ihnen sagen, es bestehe ein sehr oder ziemlich hohes Risiko (Männer 62 Prozent). Außerdem sind junge (72 Prozent) und ältere Personen (73 Prozent) vorsichtiger als Befragte der mittleren Altersgruppen. Am unbesorgtesten sind Personen zwischen 30 und 39 Jahren (61 Prozent). Überdurchschnittlich skeptisch gegenüber der Nutzung von Kernenergie sind die Einwohner*innen in Schleswig-Holstein (81 Prozent), Nordrhein-Westfalen (75 Prozent) und Hessen (74 Prozent). Hingegen sehen in Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz weniger als die Hälfte der Befragten sehr oder ziemlich hohe Risiken (vgl. Abbildung 4-5).

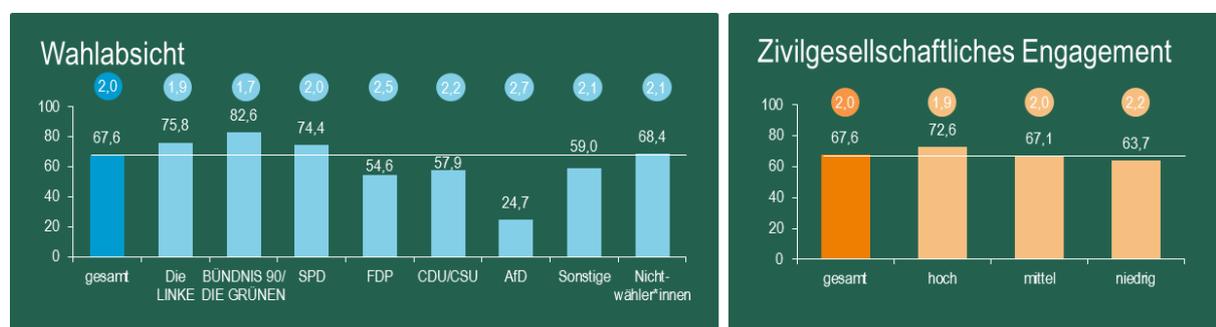
Abbildung 4-5 Risikowahrnehmung in Bezug auf die Nutzung von Kernenergie nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Summe der Kategorien „ziemlich hohes Risiko“ und „sehr hohes Risiko“ | Mittelwerte auf einer Skala von 1=gar kein Risiko bis 4=sehr hohes Risiko | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Deutliche Unterschiede bei der Risikoeinschätzung der Kernenergie bestehen auch zwischen den Wähler*innen bestimmter Parteien (vgl. Abbildung 4-6). Die meisten Befragten, die ein sehr oder ziemlich hohes Risiko sehen, finden sich unter den Wähler*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (83 Prozent). Dem stehen nur 25 Prozent der AfD-Wähler*innen gegenüber. Generell sehen Wähler*innen von Parteien links der Mitte mehr Risiken als solche von Parteien rechts der Mitte³. Je höher das zivilgesellschaftliche Engagement der Befragten ist, desto skeptischer sind sie auch in Bezug auf die Nutzung von Kernenergie (hohes Engagement 73 Prozent vs. niedriges Engagement 64 Prozent).

Abbildung 4-6 Risikowahrnehmung in Bezug auf die Nutzung von Kernenergie nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Summe der Kategorien „ziemlich hohes Risiko“ und „sehr hohes Risiko“ | Mittelwerte auf einer Skala von 1=gar kein Risiko bis 4=sehr hohes Risiko | Unterschiede sind signifikant

³ Über den Begriff der politischen Mitte und Links-Rechts-Positionierungen der Parteien gibt es zahlreiche politikwissenschaftliche Diskussionen, die hier nicht näher beleuchtet werden. Trotz aller Veränderungen hält sich eine gewisse Links-Rechts-Einordnung der Parteien in Deutschland weiterhin beständig. Demnach werden Die LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD eher links der Mitte verortet, die FDP, die CDU/CSU und die AfD eher rechts der Mitte. Wir verwenden diese Einordnung an einigen Stellen in diesem Bericht, wenn sie sich aus inhaltlichen Gründen anbietet.

Auch mit Blick auf die verschiedenen Schritte bei der Entsorgung von radioaktivem Abfall – den Transport, die Zwischenlagerung und die Endlagerung – sieht der überwiegende Teil der Befragten sehr oder ziemlich hohe Risiken (vgl. Abbildung 4-7). Als aus Sicht der Befragten am risikoreichsten erweist sich die Zwischenlagerung des radioaktiven Abfalls. 46 Prozent halten diese für sehr riskant, 31 Prozent für ziemlich riskant. In etwa gleich hohe Risiken sehen die Bürger*innen bei Transport und Endlagerung (70 bzw. 71 Prozent sehr oder ziemlich riskant).

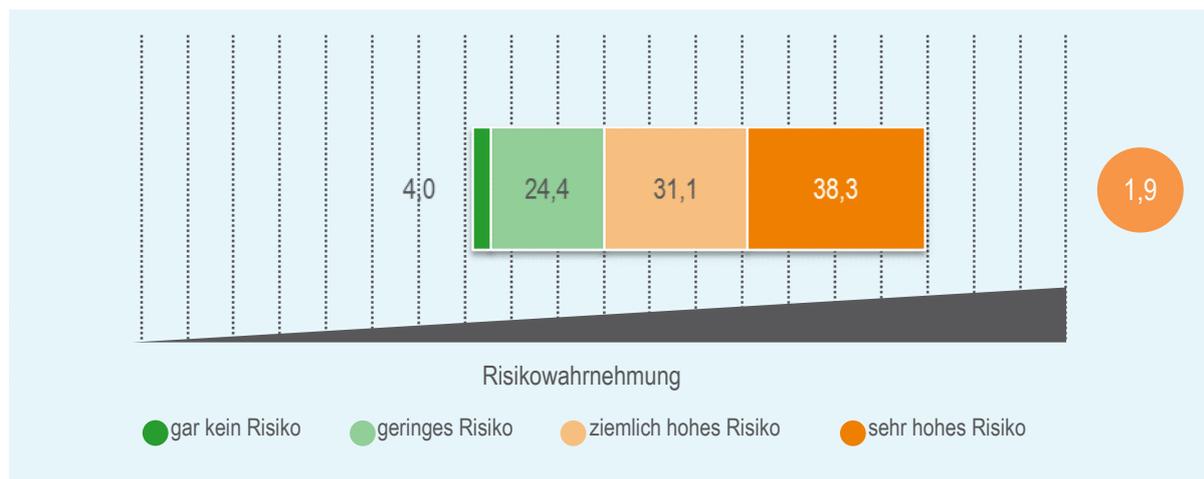
Abbildung 4-7 Risikowahrnehmung in Bezug auf die Entsorgung von radioaktivem Abfall



jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172 | Mittelwert auf einer Skala von 1=gar kein Risiko bis 4=sehr hohes Risiko
 Fragestellung: Ich nenne Ihnen jetzt einige Aspekte der Kernenergienutzung. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese aus Ihrer Sicht ein sehr hohes, ein ziemlich hohes, ein geringes oder gar kein Risiko darstellen.

Die Risikoeinschätzung der Endlagerung bleibt konstant hoch (wird aber nicht größer), wenn angenommen werden soll, dass es in der eigenen Wohnumgebung betrieben wird. Hier sagen 38 Prozent der Befragten, sie sähen dabei ein hohes Risiko, 31 Prozent ein ziemlich hohes Risiko. Ein gutes Viertel (28 Prozent) der Bevölkerung hielt das für wenig oder gar nicht riskant (vgl. Abbildung 4-8).

Abbildung 4-8 Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung



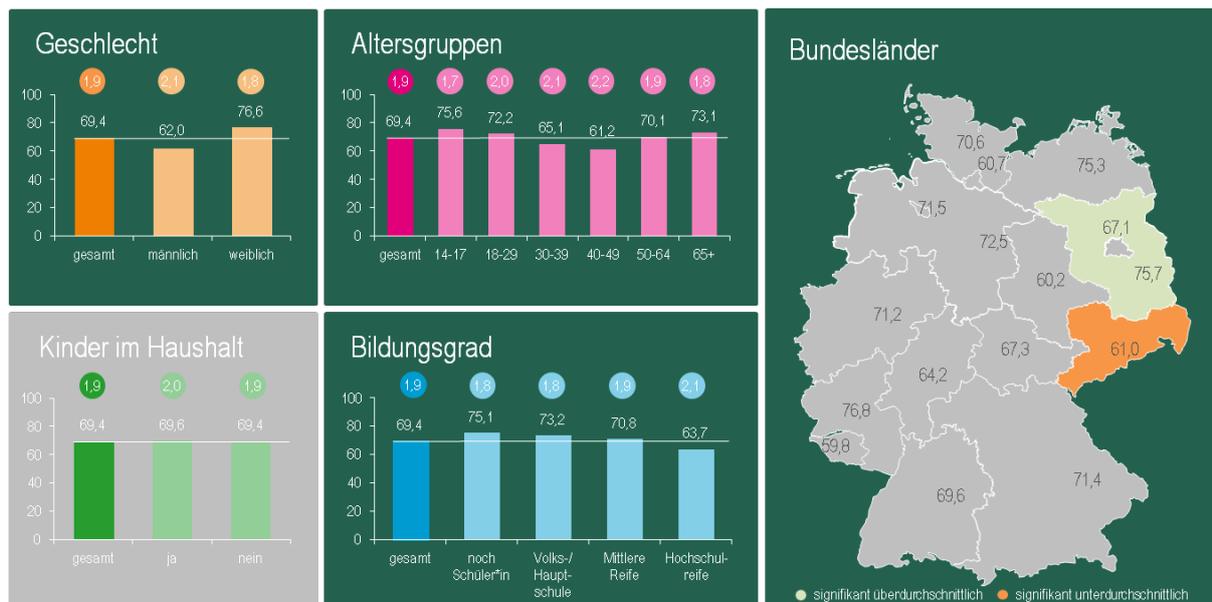
in Prozent aller Befragten | N=3.172 | Mittelwert auf einer Skala von 1=gar kein Risiko bis 4=sehr hohes Risiko

Fragestellung: Stellen Sie sich vor, in der Nähe Ihres Wohnortes soll ein Endlager für hochradioaktive Abfälle gebaut werden. Wie hoch schätzen Sie das Risiko einer Gefährdung von Mensch und Umwelt ein? Ist das aus Ihrer Sicht ein sehr hohes Risiko, ein ziemlich hohes Risiko, ein geringes Risiko oder gar kein Risiko?

Es gibt jedoch Unterschiede zwischen den demographischen Gruppen. Bei Geschlecht und Alter ähneln sie denen, die bei der Risikoeinschätzung der Kernkraft im Allgemeinen bestehen. Frauen halten ein Endlager in der eigenen Wohnumgebung für deutlich riskanter als Männer (77 zu 62 Prozent sehr oder ziemlich hohes Risiko). Beim Alter der Befragten beschreibt die Risikoeinschätzung eine U-Form: 76 Prozent der 14-17-Jährigen halten ein solches Endlager für sehr oder eher riskant, in der Altersgruppe 40-49 Jahre sind es nur 61 Prozent der Befragten und ab dem 65. Lebensjahr wieder 73 Prozent (vgl. Abbildung 4-9). Mit höherem Schulabschluss nimmt die Risikoeinschätzung ab (73 Prozent bei Volks- und Hauptschulabsolvent*innen und 64 Prozent bei Personen mit Hochschulreife). Nach Bundesländern betrachtet gibt es ebenfalls Unterschiede, die jedoch meist nicht signifikant sind. Einzig in Brandenburg ist die Risikoeinschätzung überdurchschnittlich hoch (76 Prozent), in Sachsen überdurchschnittlich niedrig (61 Prozent).

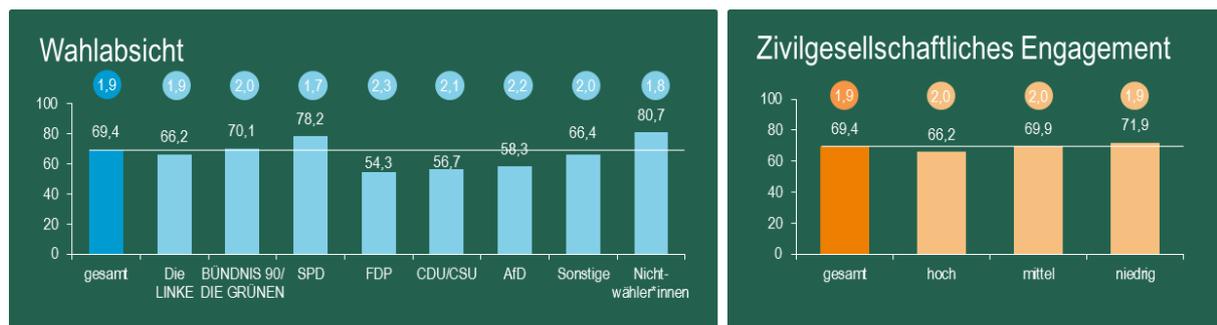
Mit Blick auf die politischen Einstellungen sind es vor allem Nichtwähler*innen, die ein Endlager in ihrer eigenen Wohnumgebung für riskant halten (81 Prozent sehr oder ziemlich hohes Risiko). Auch hier zeigt sich wieder der Trend, dass Wähler*innen von Parteien links der Mitte ein höheres Risiko sehen als solche von Parteien rechts der Mitte (vgl. Abbildung 4-10). Einen interessanten Unterschied gibt es bei AfD-Wähler*innen: Während nur 25 Prozent von ihnen die Nutzung von Kernkraft im Allgemeinen für sehr oder ziemlich riskant halten, tun dies bei einem Endlager in ihrer Nähe 58 Prozent. Mit steigendem zivilgesellschaftlichen Engagement sinkt die Risikoeinschätzung (niedriges Engagement 72 Prozent, hohes Engagement 66 Prozent).

Abbildung 4-9 Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung nach soziodemographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Summe der Kategorien „ziemlich hohes Risiko“ und „sehr hohes Risiko“ | Mittelwerte auf einer Skala von 1=gar kein Risiko bis 4=sehr hohes Risiko | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Abbildung 4-10 Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung nach politischen Einstellungen



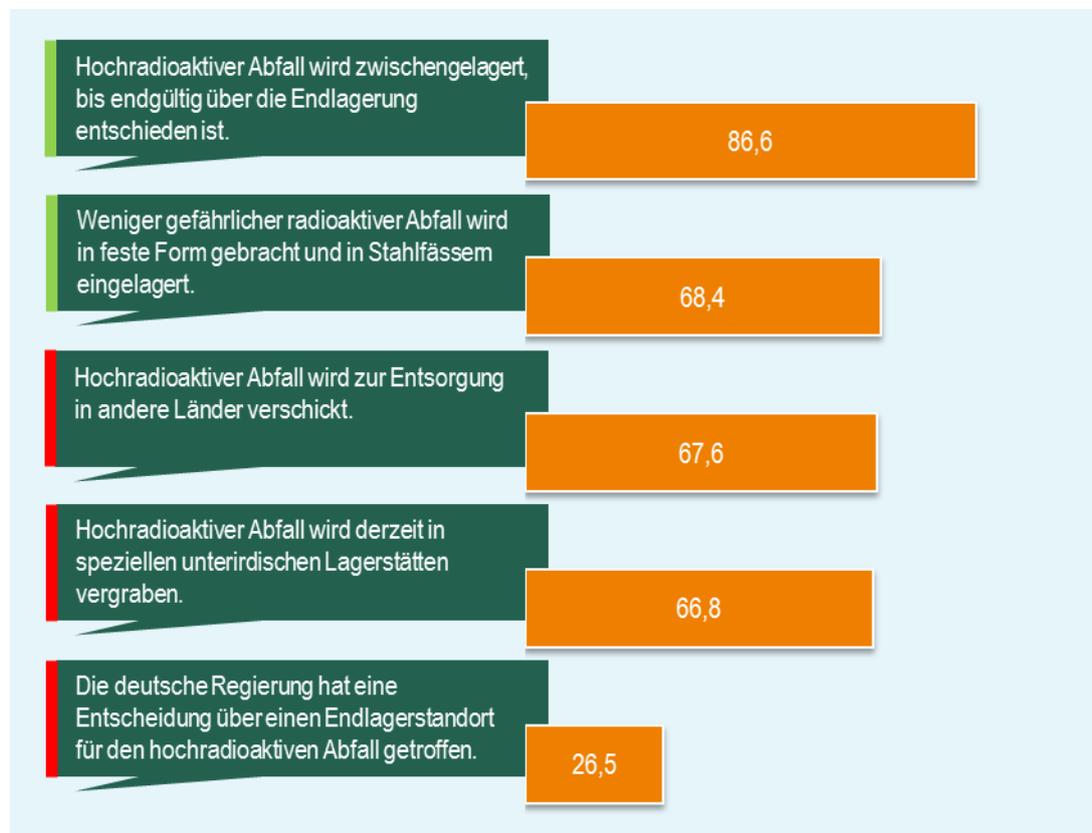
jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Summe der Kategorien „ziemlich hohes Risiko“ und „sehr hohes Risiko“ | Mittelwerte auf einer Skala von 1=gar kein Risiko bis 4=sehr hohes Risiko | Unterschiede sind signifikant

4.2 Aktuelle Situation

Die Einstellung zu einem Endlager für hochradioaktive Abfälle kann auch davon abhängen, wie der aktuelle Umgang mit diesen Reststoffen eingeschätzt wird. Deshalb haben wir den Befragten einige richtige und falsche Aussagen zur Entsorgung radioaktiver Abfälle präsentiert und geprüft, ob sie diese als richtig bzw. falsch erkennen. Abbildung 4-11 zeigt dazu ein heterogenes Bild. Dass hochradioaktiver Abfall momentan zwischengelagert wird, bis über die Endlagerung entschieden wird, wissen 87 Prozent der Befragten. Allerdings meinen auch 67 Prozent fälschlicherweise, dass diese Abfälle derzeit in speziellen unterirdischen Lagerstätten vergraben werden. 68 Prozent denken, er werde zur Entsorgung in andere Länder verschickt. Einen möglichen Einfluss auf diese Antworten kann haben, dass die Befragten Erkundungsschächte und Zwischenlager zu den unterirdischen Lagerstätten zählten – und dann Recht hätten. Außerdem könnten die Transporte zur

Wiederaufarbeitung in La Hague oder Sellafield auf die Einschätzung eingewirkt haben, der Atommüll werde im Ausland entsorgt. Nur 27 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die deutsche Regierung bereits eine Entscheidung über einen Endlagerstandort getroffen habe.

Abbildung 4-11 Kenntnis des aktuellen Standes der Entsorgung radioaktiver Abfälle

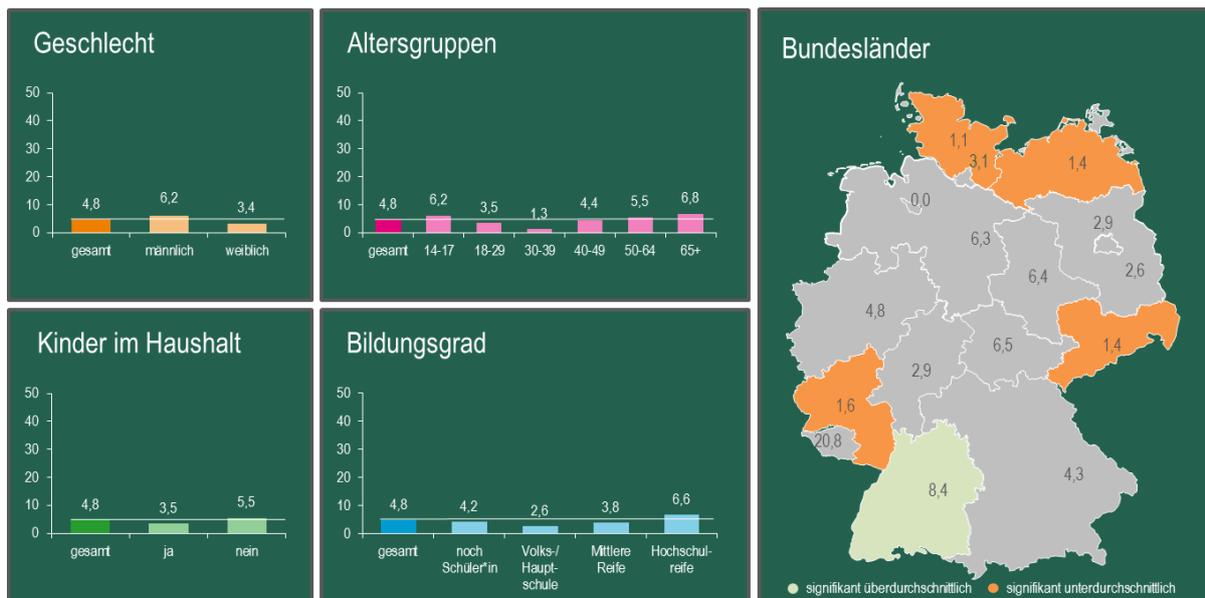


jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172

Fragestellung: Bitte sagen Sie mir, ob die jeweilige Aussage Ihrer Meinung nach stimmt oder nicht.

Nur fünf Prozent aller Befragten haben die Richtigkeit *aller* Aussagen korrekt eingeschätzt. Abbildung 4-12 zeigt den Anteil dieser Personen an den demographischen Gruppen. Männer haben dies doppelt so häufig getan wie Frauen (6 zu 3 Prozent). Bei den Altersgruppen beschreibt der Kenntnisreichtum erneut eine U-Form, bei der die Jüngsten (14-17-Jährige 6 Prozent) und Ältesten (ab 65 Jahre 7 Prozent) am stärksten sind, die Befragten zwischen 30 und 39 Jahren am schwächsten (1 Prozent). Mit steigendem Bildungsgrad nimmt auch der Grad der Kenntnis zu (Volks- und Hauptschulabsolvent*innen 3 Prozent, Personen mit Hochschulreife 7 Prozent). Nach Bundesländern betrachtet zeigen die Bürger*innen von Baden-Württemberg einen besonders hohen Kenntnisstand (8 Prozent), bei denen von Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Rheinland-Pfalz ist er unterdurchschnittlich.

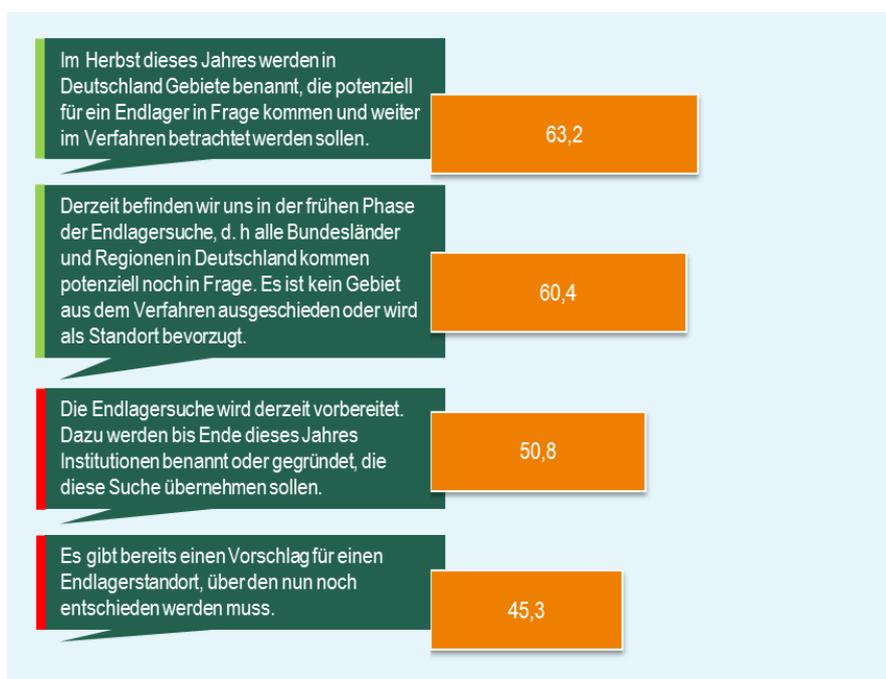
Abbildung 4-12 Anteil der Personen, die alle Aussagen zur Entsorgung radioaktiver Abfälle korrekt eingeordnet haben nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Unterschiede sind signifikant

Weiterhin haben wir den Befragten vier Aussagen zum aktuellen Stand der Endlagersuche präsentiert, die sie wiederum auf ihre Richtigkeit hin prüfen sollten. Diese repräsentieren verschiedene Phasen dieser Suche – von der bevorstehenden Gründung von Institutionen über die laufende Suche (die aktuell korrekte Phase) bis hin zur bevorstehenden Standortentscheidung. Da jede der vier Aussagen mit „stimmt“ oder „stimmt nicht“ bewertet werden konnte und keine Auswahl zwischen ihnen getroffen werden musste, zeigt sich ein überlappendes Bild (vgl. Abbildung 4-13).

Abbildung 4-13 Kenntnis des aktuellen Standes der Endlagersuche



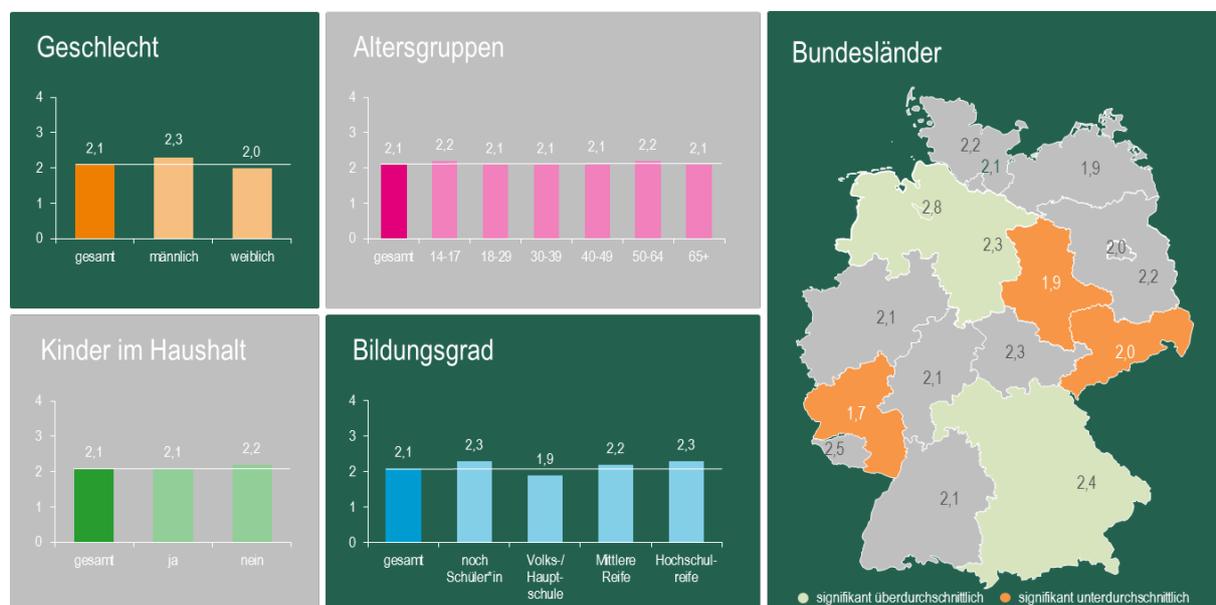
jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172

Fragestellung: Bitte sagen Sie mir, ob die nachfolgenden Aussagen zur Auswahl eines Endlagerstandortes Ihrer Meinung nach zutreffen oder nicht.

51 Prozent der Befragten meinen, dass die Endlagersuche sich in ihrer Gründungsphase befinde und die verantwortlichen Institutionen erst gegründet werden müssten. Um die 60 Prozent der Befragten sehen die Endlagersuche aktuell im Gange. 60 Prozent stimmen dabei der „weißen Landkarte“ zu, 63 Prozent wissen, dass im Herbst die erste Gebietsauswahl veröffentlicht wird. Eine relevante Minderheit von 45 Prozent der Befragten meint hingegen, dass es bereits einen Vorschlag für einen Endlagerstandort gebe, über den nur noch entschieden werden müsse. 9 Prozent der Befragten bewerteten alle vier Aussagen korrekt.

Auch bei den Aussagen zum aktuellen Stand der Endlagersuche zeigen sich Männer etwas kenntnisreicher als Frauen (10 zu 7 Prozent). Und auch hier nimmt die Kenntnis mit höherem Schulabschluss zu (Volks- und Hauptschulabsolvent*innen 5 Prozent, Personen mit Hochschulreife 11 Prozent). Als besonders gut informiert erweisen sich Befragte in den Bundesländern Thüringen (19 Prozent) und Bayern (13 Prozent). Signifikant unter dem Durchschnitt liegen die Einwohner*innen von Hamburg, Sachsen und Nordrhein-Westfalen (vgl. Abbildung 4-14).

Abbildung 4-14 Anteil vollständig korrekter Einschätzungen zum aktuellen Stand der Endlagersuche nach soziodemographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

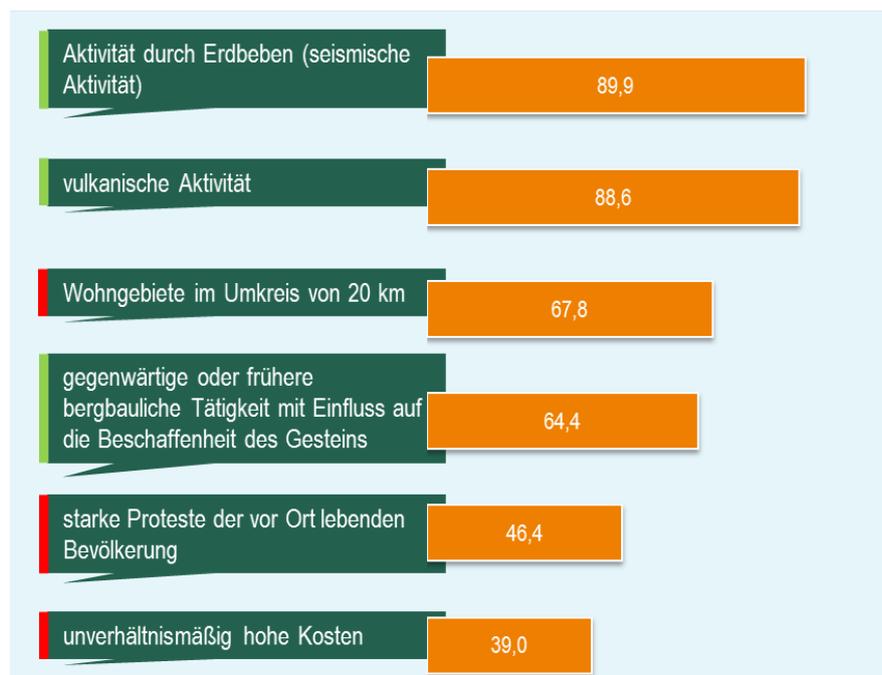
4.3 Aufgabe der Endlagersuche

Kenntnis der Ausschlusskriterien

Welche Aufgabe steht der Gesellschaft bei der Endlagersuche bevor? Zunächst braucht es möglichst objektive Kriterien für eine Standortauswahl. Im StandAG sind eine Reihe von Kriterien und Anforderungen festgelegt, die prinzipiell ungeeignete Gebiete von der „weißen Landkarte“ streichen sollen (§§ 22-25 StandAG). Wir wollten von den Befragten wissen, ob sie diese kennen – oder zumindest eine Vorstellung davon haben, welche Kriterien und Anforderungen für einen Ausschluss sorgen könnten. Dazu haben wir ihnen drei korrekte und drei falsche Ausschlusskriterien präsentiert (§ 22 StandAG). Sie sollten wieder einschätzen, welche davon korrekt

und welche falsch sind. Abbildung 4-15 zeigt, dass vor allem seismische und vulkanische Aktivitäten ein für die meisten Befragten logisches Ausschlusskriterium sind (90 und 89 Prozent). Das dritte korrekte Kriterium, die bergbauliche Tätigkeit mit Einfluss auf die Beschaffenheit des Gesteins, erkennen 64 Prozent der Befragten als richtig. Etwas mehr, nämlich 68 Prozent, vermuten jedoch fälschlicherweise, dass Wohngebiete im Umkreis von 20 Kilometern gegen einen Endlagerstandort sprächen. Nur eine Minderheit hält die beiden anderen falschen Ausschlusskriterien für richtig: 46 Prozent meinen, starke Proteste der vor Ort lebenden Bevölkerung würden ein Gebiet ausschließen, 39 Prozent unverhältnismäßige Kosten. Insgesamt ordneten sechs Prozent aller Befragten alle Kategorien korrekt ein.

Abbildung 4-15 Kenntnis der Ausschlusskriterien für einen Endlagerstandort

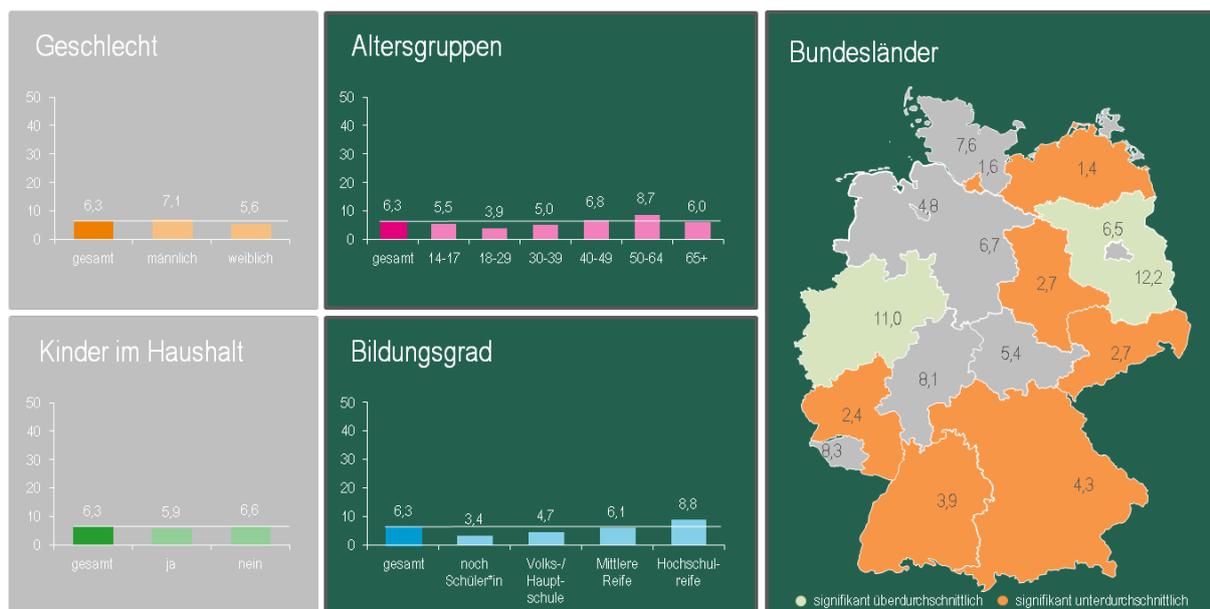


jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172 | nur Anteil „dieser Faktor trifft zu“

Fragestellung: Welche der folgenden Faktoren schließen Ihrer Meinung nach gemäß Standortauswahlgesetz Gebiete als Endlagerstandorte aus und welche nicht?

Diese sechs Prozent sind nach demographischen Gruppen betrachtet unterschiedlich verteilt (vgl. Abbildung 4-16). Diesmal bestehen keine signifikanten Differenzen zwischen Männern und Frauen, allerdings solche nach Alter. Tendenziell erweisen sich ältere Befragte als kenntnisreicher, die 50-64-Jährigen mit neun Prozent am stärksten. In der Altersgruppe 18-29 Jahre bewerteten nur vier Prozent der Befragten alle Ausschlusskriterien korrekt. Wie bei allen anderen Wissensfragen auch, sind Personen mit Hochschulreife besser informiert als solche mit Haupt- oder Volksschulabschluss (9 zu 5 Prozent). Zwischen den Bundesländern gibt es ebenfalls signifikante Unterschiede. In Brandenburg (12 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (11 Prozent) ist die Kenntnis der Kriterien besonders hoch, in einer ganzen Reihe von Bundesländern liegt sie signifikant unter dem Durchschnitt. Am niedrigsten ist sie in Mecklenburg-Vorpommern mit 1 Prozent.

Abbildung 4-16 Anteil der Personen, die Ausschlusskriterien für einen Endlagerstandort korrekt eingeordnet haben nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Kenntnis von Lagermenge und -zeitraum

Die Größe der Aufgabe – also die Anzahl der einzulagernden Castor-Behälter – überschätzen die Befragten deutlich. Sie hatten die Auswahl zwischen ca. 1.000, 2.000, 5.000 oder 10.000 Castor-Behältern. Jeweils ein gutes Drittel schätzte 5.000 oder 10.000 Behälter, also deutlich mehr als die tatsächliche Menge von ca. 2.000. Diese nennen nur 13 Prozent, weitere 6 Prozent tippten auf ca. 1.000 (vgl. Abbildung 4-17).

Abbildung 4-17 Kenntnis der Menge der einzulagernden Castor-Behälter

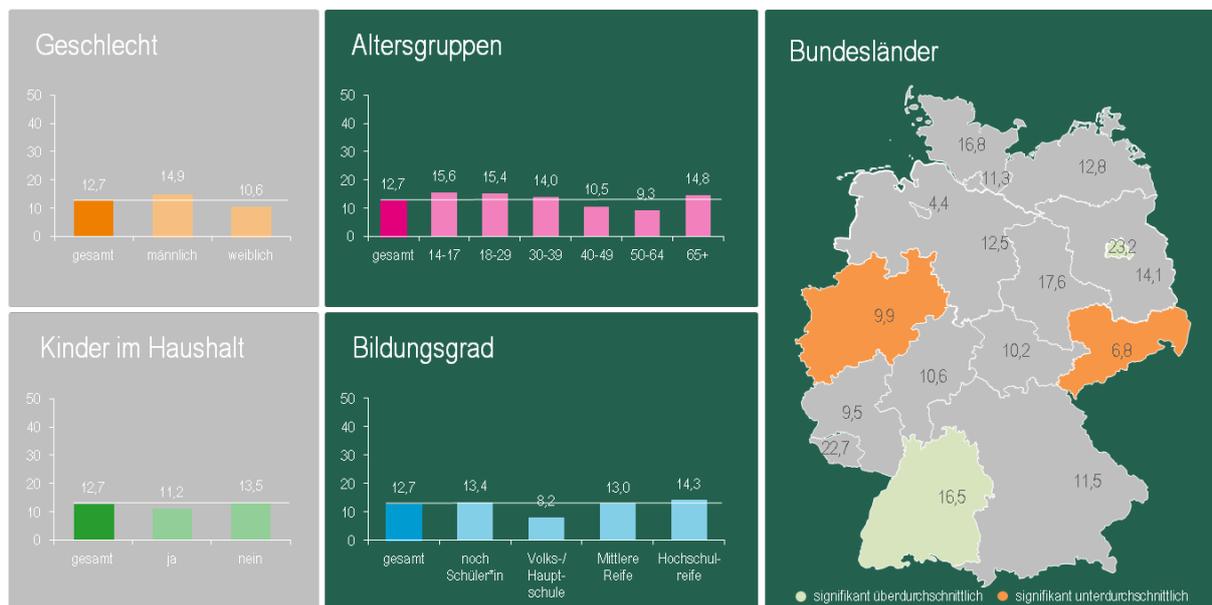


jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172

Fragestellung: Der hochradioaktive Müll wird in speziellen Castor-Behältern zwischengelagert. Was glauben Sie, wie vielen Castor-Behältern entspricht der hochradioaktive Müll, der endgelagert werden muss?

Bei der Kenntnis der korrekten Einlagerungsmenge gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Bei Befragten vor dem 40. Lebensjahr ist sie etwas höher als im Durchschnitt, am höchsten bei den 14-17-Jährigen mit 16 Prozent (vgl. Abbildung 4-18). Am niedrigsten ist sie mit 9 Prozent in der Altersgruppe der 50-64-Jährigen. Danach steigt sie wieder auf 15 Prozent. Mit Blick auf den Bildungsgrad nennen Volks- und Hauptschulabsolvent*innen am seltensten die korrekte Menge von Castor-Behältern (8 Prozent). Demgegenüber können das unter den Personen mit Hochschulreife 14 Prozent.

Abbildung 4-18 Kenntnis der korrekten Menge der einzulagernden Castor-Behälter nach soziodemographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Anteil der Antwort „ca. 2.000 Castor-Behälter“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Die Länge des notwendigen sicheren Lagerzeitraums können mehr Befragte korrekt benennen. Zur Auswahl standen mindestens 10.000 Jahre, mindestens 1 Mio. Jahre oder mindestens 10 Mio. Jahre. Ein gutes Drittel der Befragten nannte die korrekte Dauer von mindestens 1 Mio. Jahren. Allerdings entschied sich die Mehrheit für die deutlich kürzeren 10.000 Jahre (41 Prozent). Weitere 19 Prozent tippten auf 10 Mio. Jahre (vgl. Abbildung 4-19).

Abbildung 4-19 Kenntnis des notwendigen sicheren Lagerzeitraums



in Prozent aller Befragten | N=3.172

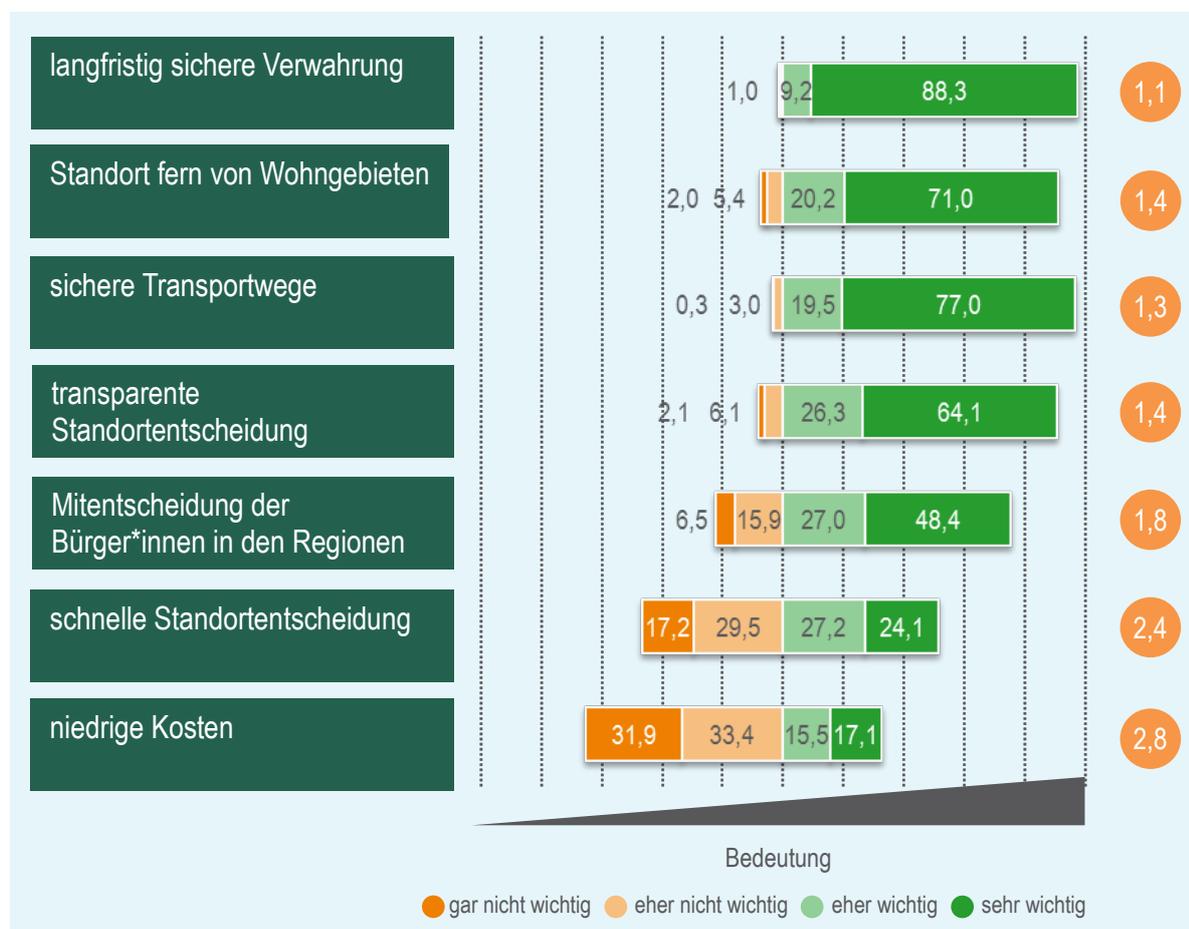
Fragestellung: Was glauben Sie, über welchen Zeitraum muss ein Endlager hochradioaktive Abfälle sicher lagern können?

Während also die Lagermenge von der Mehrheit deutlich überschätzt wird, wird der sichere Lagerzeitraum deutlich unterschätzt. Bei dieser Frage waren sich die Befragten relativ einig, es gibt keine größeren Differenzen zwischen den demographischen Gruppen. Einzige Auffälligkeit: Wähler*innen der AfD kennen sich bei beiden Wissensfragen überdurchschnittlich gut aus. 21 Prozent von ihnen geben die korrekte Lagermenge an, 48 Prozent den korrekten Lagerzeitraum.

Eigene Präferenzen für die Standortsuche

Neben dem Wissen zur Aufgabe der Standortsuche wollten wir von den Befragten auch wissen, welche Kriterien für sie die höchste Bedeutung besitzen. Dazu gaben wir ihnen eine Reihe von Kriterien vor, die im Suchprozess eine Rolle spielen könnten (vgl. Abbildung 4-20). Die höchste Priorität besitzt für die Befragten die langfristig sichere Verwahrung des hochradioaktiven Abfalls. Für 88 Prozent ist sie sehr wichtig, für weitere 9 Prozent eher. Fast keine*r meint, sie wäre unwichtig. Auf dem zweiten Rang steht ebenfalls ein Sicherheitsfaktor, nämlich der der Transportwege. 77 Prozent halten diese für sehr, 20 Prozent für eher wichtig. Ebenfalls für über 90 Prozent der Befragten ist sehr oder eher wichtig, dass der Standort fern von Wohngebieten liegt. Einem ähnlich hohen Anteil ist sehr oder eher wichtig, dass die Entscheidung über den Standort transparent gefällt wird. Einem ähnlich hohen Anteil ist sehr oder eher wichtig, dass die Entscheidung der Bürger*innen in den Regionen. Schnelle Standortentscheidung und niedrige Kosten sind für die Befragten weniger wichtig.

Abbildung 4-20 Präferenzen für die Standortsuche



jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172 | Mittelwerte auf einer Skala von 1=sehr wichtig bis 4= gar nicht wichtig
 Fragestellung: Wie wichtig sind Ihnen folgende Dinge bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle?

Die drei weiteren abgefragten Kriterien der Standortsuche fallen in der Wichtigkeit für die Bevölkerung sichtbar ab. So finden 22 Prozent der Befragten eher nicht oder gar nicht wichtig, dass die Bürger*innen in den betroffenen Regionen über den Standort mitentscheiden können. Dennoch möchte die große Mehrheit von 75 Prozent auch diesen Punkt bei der Standortsuche berücksichtigt wissen. Nur gut die Hälfte aller Befragten drückt jedoch aufs Tempo. Für 51 Prozent ist eine schnelle Standortentscheidung sehr oder eher wichtig, 30 Prozent halten das für eher nicht wichtig, 17 Prozent für überhaupt nicht. Und nur für eine Minderheit spielen die Kosten eine Rolle. 32 Prozent möchten die Kosten möglichst niedrig halten, für 65 Prozent spielt das eher keine oder überhaupt keine Rolle. Insgesamt kann man also sagen, dass die Sicherheit für die Bürger*innen kompromisslos an erster Stelle steht. Die Gestaltung des Prozesses ist mit kleineren Abstrichen ebenfalls sehr wichtig. Eher zweitrangig sind hingegen Zeit und Kosten.

Die Reihenfolge der Präferenzen gleicht sich weitgehend über alle Bevölkerungsgruppen hinweg. Frauen möchten noch etwas stärker als Männer die Sicherheit der Transportwege sowie die Standortferne von Wohngebieten berücksichtigt wissen. Außerdem halten sie ein Mitentscheidungsrecht für wichtiger als Männer. Etwas häufiger mitentscheiden als andere möchten auch die jüngsten Befragten zwischen 14 und 17 Jahren. Diese legen außerdem etwas mehr Wert auf Zeit und Kosten als andere Altersgruppen.

Diese Frage wurde aus einer Befragung von TNS Emnid im Jahr 2016 für die damalige Endlagerkommission übernommen (vgl. TNS Emnid 2016). Wie Tabelle 4-1 zeigt, hat sich an den Präferenzen der Bürger*innen für die Standortsuche kaum etwas geändert. Am wichtigsten war auch damals die langfristig sichere Verwahrung, gefolgt von der Standortferne von Wohngebieten und der Sicherheit der Transportwege. Die Transparenz der Standortentscheidung und Mitwirkungsmöglichkeiten wurden von rund der Hälfte der Befragten für sehr wichtig gehalten. Eher unwichtig waren und sind die Schnelligkeit und Kostengünstigkeit des Prozesses. Die jeweiligen numerischen Unterschiede zwischen den beiden Studien sollten dabei nicht überinterpretiert werden, da es sich hier nur um einen Vergleich der Präferenzreihenfolge auf Basis der Anteile des Skalenpunktes „sehr wichtig“ handelt.

Tabelle 4-1 Vergleich der Präferenzen bei der Standortsuche zwischen 2016 und 2020

	aktuelle Studie 2020	TNS Emnid 2016
langfristig sichere Verwahrung	88	80
Standort fern von Wohngebieten	71	75
sichere Transportwege	77	70
transparente Standortentscheidung	64	57
Mitentscheidung der Bürger*innen in den Regionen	48	53
schnelle Standortentscheidung	24	37
niedrige Kosten	17	23

jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172 | nur Anteile für „sehr wichtig“

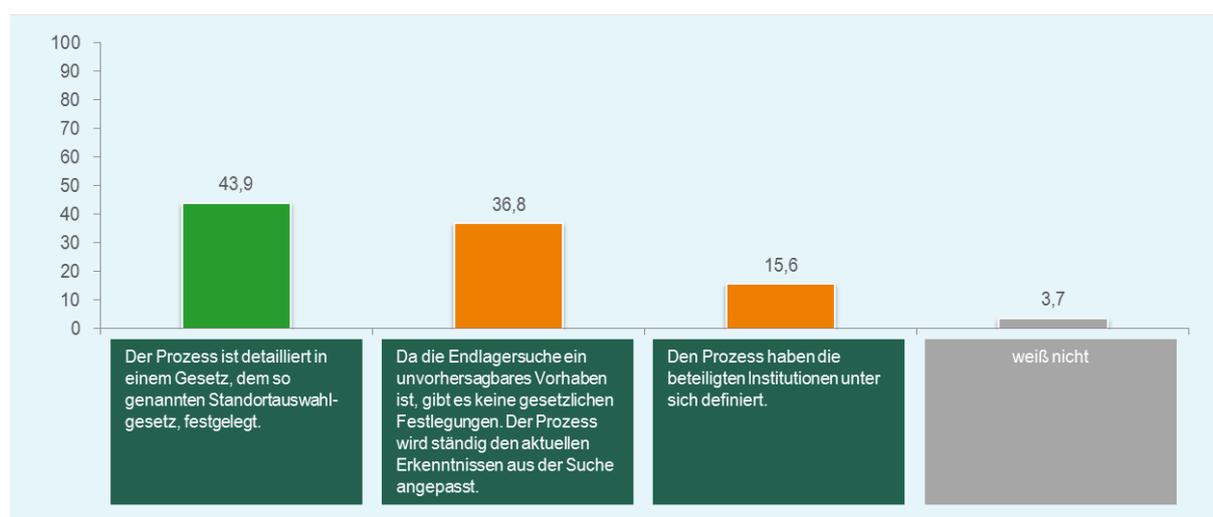
Fragestellung: Wie wichtig sind Ihnen folgende Dinge bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle?

4.4 Prozess der Endlagersuche

Bekanntheit des StandAG

Den Prozess der Endlagersuche regelt das so genannte Standortauswahlgesetz (StandAG), das 2013 verabschiedet und 2017 novelliert wurde. Wir wollten von den Befragten wissen, ob sie dieses StandAG kennen. Dazu haben wir ihnen die Frage gestellt, wie der Prozess der Standortsuche reglementiert ist und ihnen die drei Möglichkeiten in Abbildung 4-21 zur Auswahl gestellt. Wie dort auch zu sehen ist, geben die meisten von ihnen an, dass der Prozess detailliert im StandAG geregelt sei (44 Prozent). Etwas weniger sagen, dass es keine gesetzlichen Vorgaben gebe, weil die Endlagersuche ein unvorhersagbares Vorhaben sei (37 Prozent). Eine Minderheit meint, dass die beteiligten Institutionen den Prozess unter sich regelten (16 Prozent).

Abbildung 4-21 Bekanntheit des Standortauswahlgesetzes

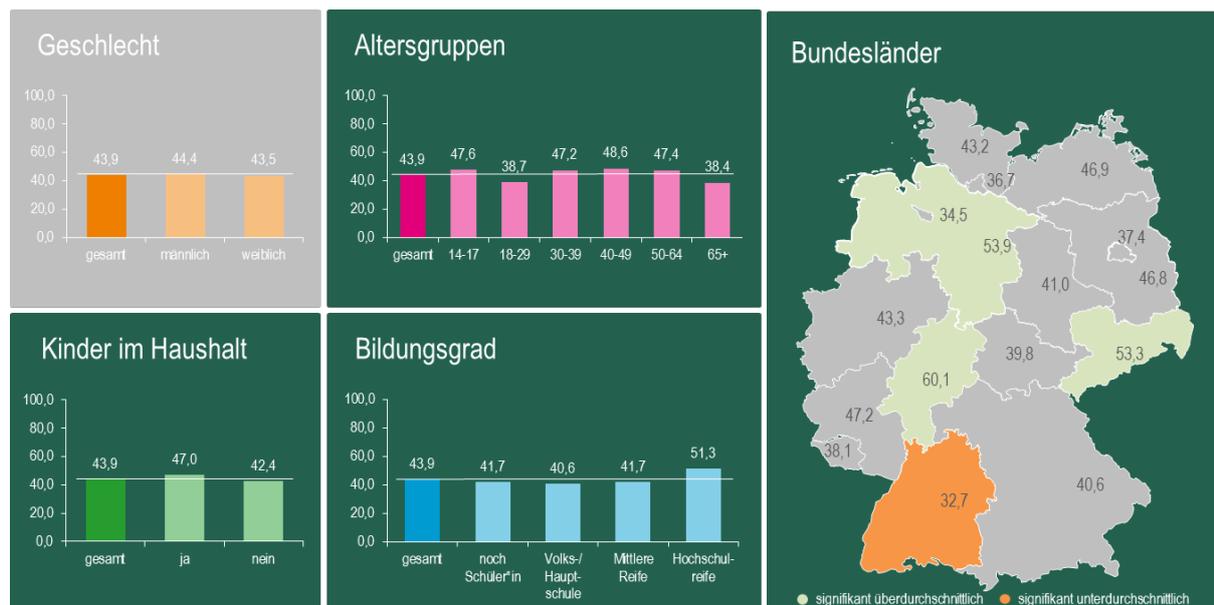


in Prozent aller Befragten | N=3.172

Fragestellung: Wie ist Ihrer Meinung nach in Deutschland der Prozess der Suche nach einem Endlagerstandort reglementiert?

Das StandAG ist in den meisten Bevölkerungsgruppen ähnlich gut bekannt (vgl. Abbildung 4-22). Es gibt signifikante Unterschiede zwischen den Altersgruppen, die jedoch keine Systematik aufweisen. Die 18-29-Jährigen und Befragte ab 65 Jahren kennen es unterdurchschnittlich oft (39 bzw. 38 Prozent). Nach Bildungsgrad betrachtet ist das StandAG bei Personen mit (Fach-)Hochschulreife besonders bekannt (51 Prozent).

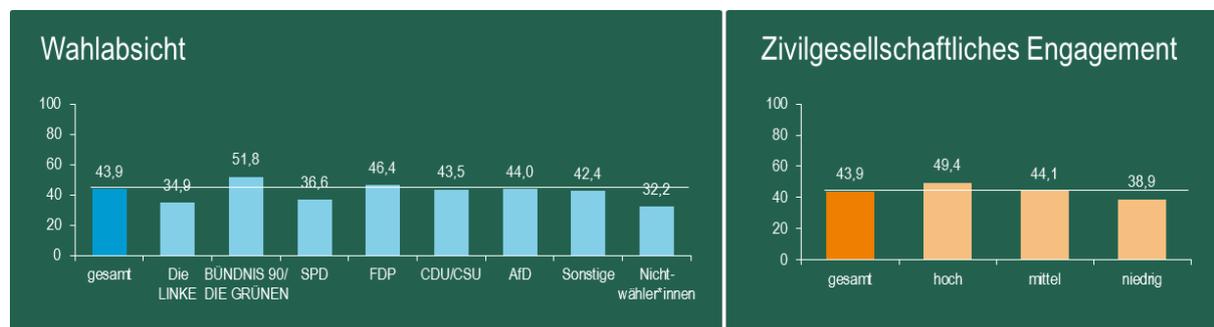
Abbildung 4-22 Bekanntheit des Standortauswahlgesetzes nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Anteil der Antwort „Der Prozess ist detailliert in einem Gesetz, dem so genannten Standortauswahlgesetz, festgelegt.“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Besonders Wähler*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kennen das StandAG (52 Prozent), während es bei Wähler*innen der LINKEN (32 Prozent), der SPD (37 Prozent) sowie bei Nichtwähler*innen (32 Prozent) deutlich unbekannter ist als beim Durchschnitt der Bevölkerung (vgl. Abbildung 4-23). Bei Personen mit hohem zivilgesellschaftlichem Engagement ist das StandAG überdurchschnittlich (49 Prozent), bei solchen mit niedrigem zivilgesellschaftlichem Engagement unterdurchschnittlich bekannt (39 Prozent).

Abbildung 4-23 Bekanntheit des Standortauswahlgesetzes nach politischen Einstellungen



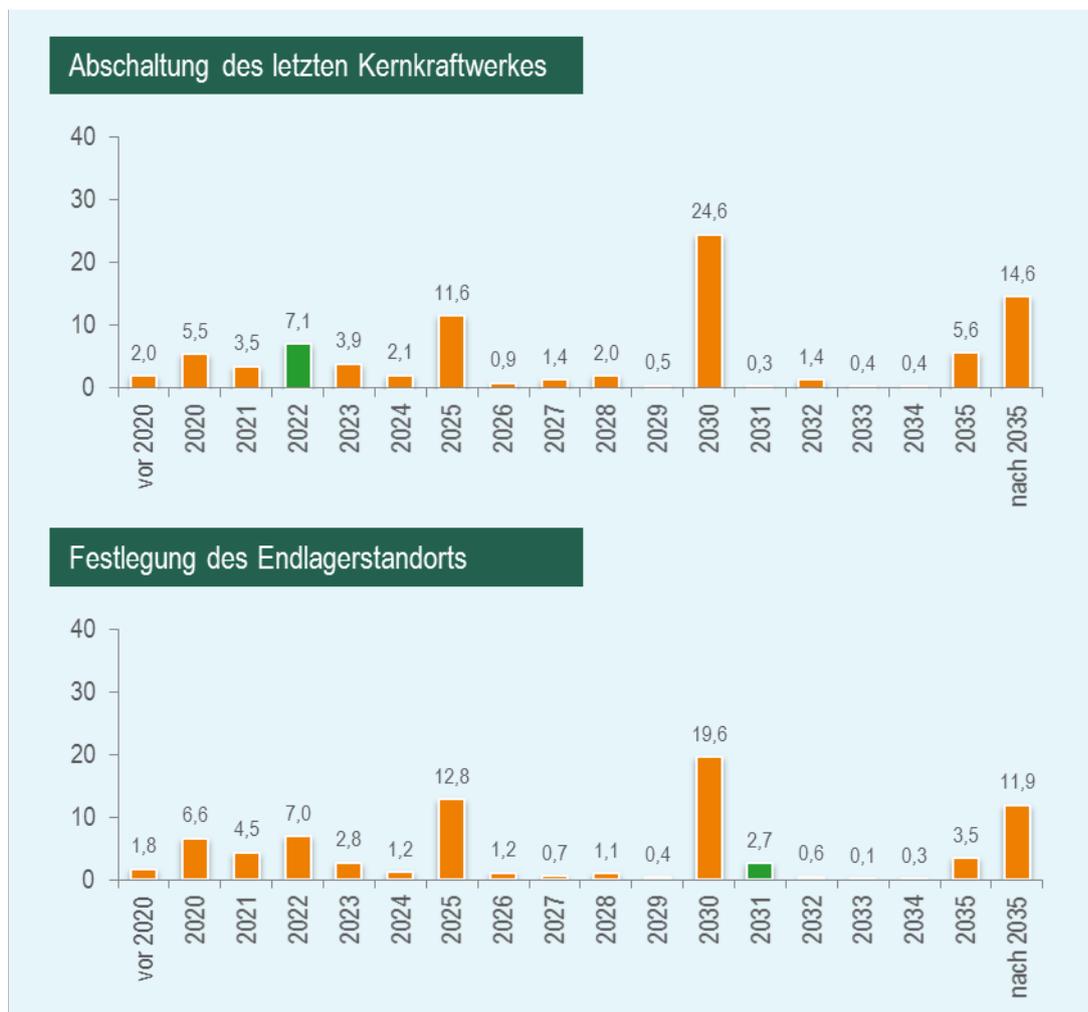
jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Anteil der Antwort „Der Prozess ist detailliert in einem Gesetz, dem so genannten Standortauswahlgesetz, festgelegt.“ | Unterschiede sind signifikant

Kenntnis des Zeitplans der Standortsuche

Während also knapp der Hälfte der Bevölkerung bekannt ist, dass der Suchprozess nach einem Endlager gesetzlich geregelt ist, sind damit zusammenhängende Zieldaten deutlich unbekannter. So wissen nur 7 Prozent der Befragten, dass das letzte Kernkraftwerk in Deutschland im Jahr 2022 abgeschaltet werden soll (vgl. Abbildung 4-24). Sehr viel mehr Personen tippen auf das Jahr 2030 (25 Prozent), weitere 23 Prozent sogar auf

ein noch entfernteres Datum. Das richtige Jahr für die Festlegung des Endlagerstandorts kennen sogar nur 3 Prozent der Befragten, immerhin tippen jedoch 20 Prozent auf das Jahr 2030 und damit nur knapp daneben. 40 Prozent der Befragten nennen ein früheres Datum, die meisten von ihnen bis 2025. 16 Prozent gehen davon aus, dass das Endlager später als 2031 gefunden werden soll. Schaut man sich die beiden Verteilungen gemeinsam an, so fällt auf, dass sich deren Verlauf stark ähnelt. Das bestärkt die Annahme, dass die Befragten in der Mehrzahl keine genaue Vorstellung von den Zieldaten des Prozesses haben und deshalb nur Schätzungen abgeben.

Abbildung 4-24 Bekanntheit des Zeitplans der Standortsuche



jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172

Fragestellung oben: Wann soll das letzte Atomkraftwerk in Deutschland abgeschaltet werden?

Fragestellung unten: Bis wann soll ein Standort für ein Endlager gefunden werden?

Beteiligungsmöglichkeiten am Suchprozess

Etwas konkreter sind die Vorstellungen der Bevölkerung von Beteiligungsmöglichkeiten am Suchprozess. Zunächst ist die Hälfte von ihnen der Meinung, dass die Beteiligung der Bevölkerung eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Endlagersuche ist (vgl. Abbildung 4-25). Etwa genau so viele wissen, dass diese Bevölkerungsbeteiligung wie auch die der Kommunen gesetzlich geregelt ist. Etwas mehr sind darüber im Bilde, dass es neben den gesetzlich festgelegten Teilnehmungsformaten auch weitere Formate gibt, über die sich die

Bevölkerung einbringen kann (56 Prozent). Darüber hinaus kennen die meisten Befragten auch die Grenzen der Beteiligung: So halten nur 27 Prozent für eine korrekte Aussage, dass die Bevölkerung über Volksabstimmungen den Standort mitbestimmen kann. Allerdings meinen 48 Prozent, dass eine ausgewählte Region ein Vetorecht aus triftigen Gründen habe.

Abbildung 4-25 Bekanntheit der Beteiligungsmöglichkeiten am Suchprozess

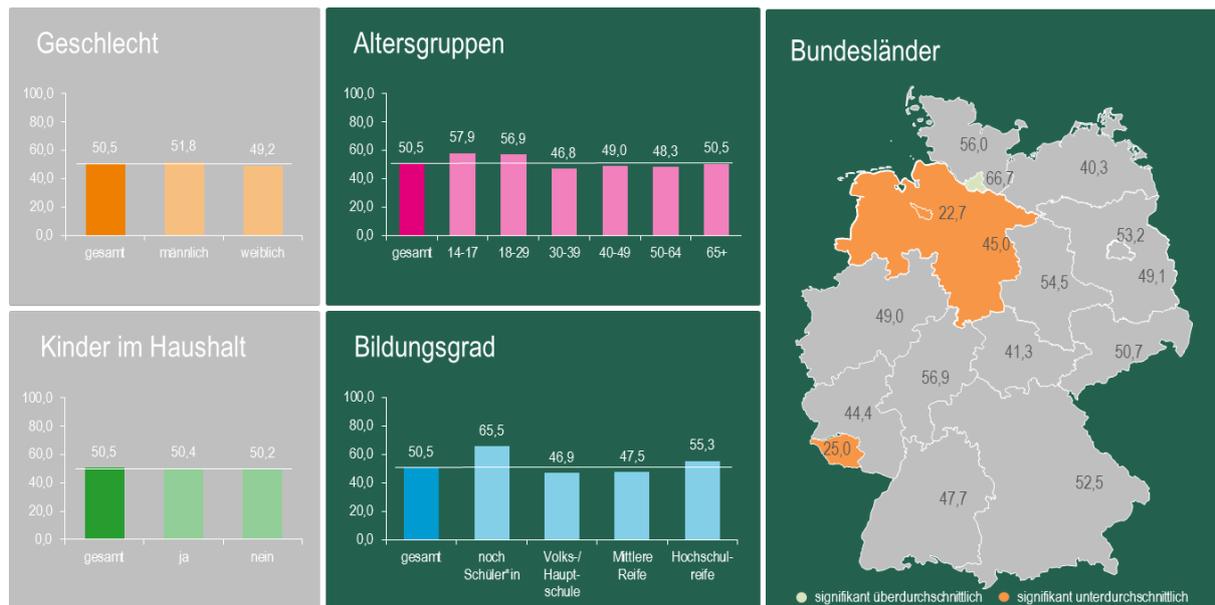


jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172

Fragestellung: Bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland sollen die Kommunen und die Bevölkerung vor Ort umfassend einbezogen werden. Ich lese Ihnen im Folgenden einige Aussagen zu Beteiligungsmöglichkeiten im Prozess der Standortsuche vor. Bitte sagen Sie mir, ob die jeweilige Aussage Ihrer Meinung nach wahr oder falsch ist.

Die Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung ist bei Personen unterhalb des 30. Lebensjahrs höher als im mittleren Alter (vgl. Abbildung 4-26). Dort liegt sie bei 57 Prozent, anschließend sinkt sie knapp unter die 50-Prozent-Marke, bevor sie ab dem 65. Lebensjahr wieder bei 51 Prozent liegt. Am höchsten ist sie bei Schüler*innen (66 Prozent), bei allen anderen steigt sie mit dem Grad des Schulabschlusses. Unter den Volks- und Hauptschulabsolvent*innen messen ihr 47 Prozent eine entscheidende Bedeutung bei, unter den Personen mit (Fach-)Hochschulabschluss 55 Prozent.

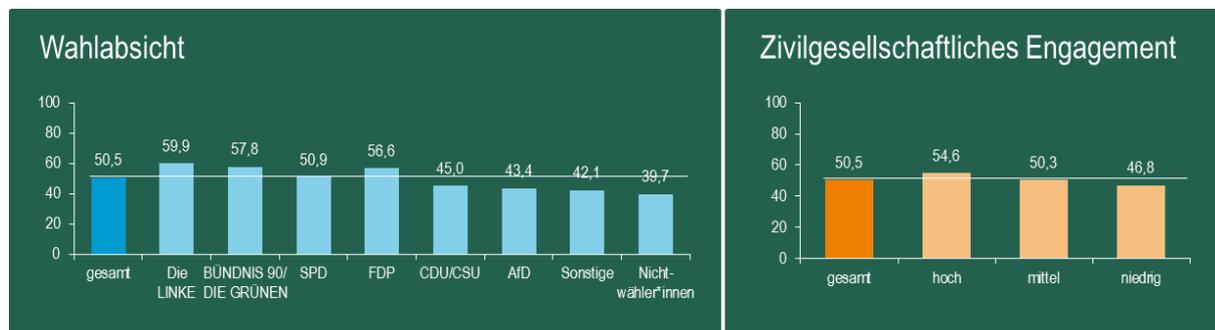
Abbildung 4-26 Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung am Suchprozess nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Zustimmung zur Aussage „Die Beteiligung der Bevölkerung ist eine Voraussetzung, damit die Endlagersuche gelingen kann.“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Wähler*innen der LINKEN (60 Prozent), von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (58 Prozent) und der FDP (57 Prozent) messen der Bevölkerungsbeteiligung deutlich häufiger eine Bedeutung bei als der Durchschnitt. Auf der anderen Seite stimmen dem Wähler*innen der AfD (43 Prozent), sonstiger Parteien (42 Prozent) und Nichtwähler*innen (40 Prozent) unterdurchschnittlich häufig zu (vgl. Abbildung 4-27). Je höher das zivilgesellschaftliche Engagement ist, desto höher ist aus nachvollziehbaren Gründen die Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung. Bei Personen mit hohem zivilgesellschaftlichem Engagement wird ihr von 55 Prozent eine entscheidende Bedeutung für den Suchprozess zugemessen, bei solchem mit niedrigem zivilgesellschaftlichem Engagement von 47 Prozent.

Abbildung 4-27 Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung am Suchprozess nach politischen Einstellungen

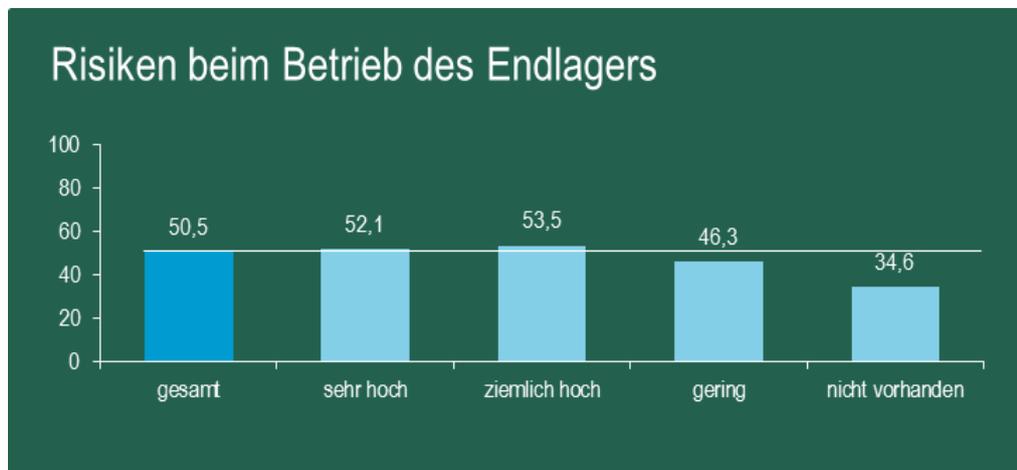


jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Zustimmung zur Aussage „Die Beteiligung der Bevölkerung ist eine Voraussetzung, damit die Endlagersuche gelingen kann.“ | Unterschiede sind signifikant

Wie hoch man die Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung für den Suchprozess einschätzt, hängt auch davon ab, für wie risikoreich man den Betrieb eines Endlagers hält (vgl. Abbildung 4-28). Hält man ihn für sehr oder ziemlich hoch – was der Großteil der Stichprobe tut –, dann ist für gut jede*n Zweite*n die Beteiligung der

Bevölkerung eine Voraussetzung, damit die Endlagersuche gelingen kann. Meint man, es gäbe beim Betrieb des Endlagers kein Risiko, dann sinkt dieser Anteil auf gut jede*n Dritte*n.

Abbildung 4-28 Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung am Suchprozess nach Risikoeinschätzung des Endlagers



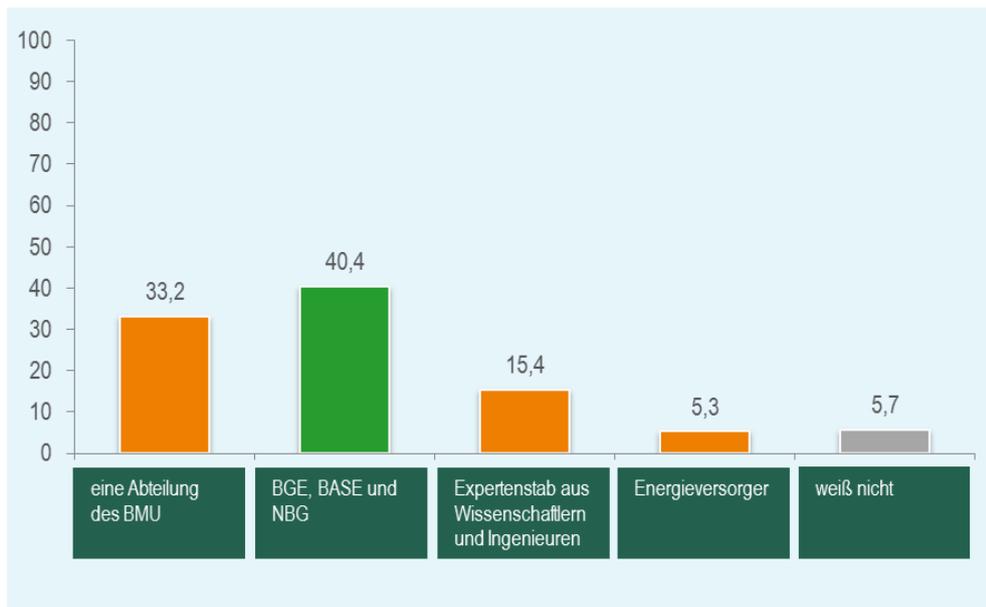
jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Zustimmung zur Aussage „Die Beteiligung der Bevölkerung ist eine Voraussetzung, damit die Endlagersuche gelingen kann.“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

4.5 Beteiligte Institutionen

Bekanntheit der beteiligten Institutionen

Wer ist verantwortlich dafür, dass das Endlager in Deutschland gefunden wird? Wir haben den Befragten vier Optionen angeboten, die jeweils unterschiedliche Herangehensweisen repräsentieren: die alleinige Verantwortung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), die Übergabe an einen Expert*innenkreis, die Verantwortung der Energieversorger als Eigentümer der Kernkraftwerke und die tatsächlich gewählte Herangehensweise über die drei Institutionen. Die meisten von ihnen entschieden sich für die richtige und meinen, es seien „drei Akteure: eine Bundesgesellschaft für die Endlagerlagersuche, ein Bundesamt für deren Beaufsichtigung und ein Begleitgremium für die Interessen der Zivilgesellschaft“ (40 Prozent). Etwas weniger tippen darauf, dass eine Abteilung des BMU die Suche allein übernimmt (33 Prozent). Auf einen Expert*innenstab aus Wissenschaftler*innen und Ingenieur*innen (15 Prozent) und die Energieversorger (5 Prozent) entfallen nur wenige Stimmen (vgl. Abbildung 4-29).

Abbildung 4-29 Bekanntheit der Verantwortlichkeiten für die Endlagersuche

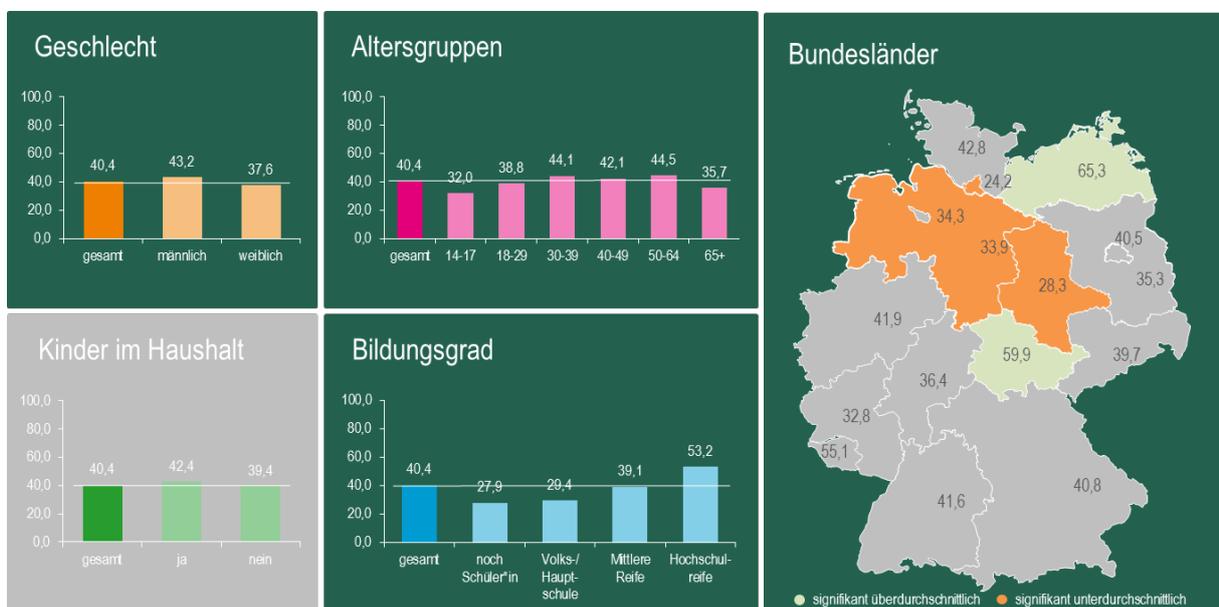


in Prozent aller Befragten | N=3.172

Fragestellung: Was meinen Sie, wer ist in Deutschland für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle zuständig? Ich lese Ihnen vier Möglichkeiten vor und Sie sagen mir bitte, welche Aussage korrekt ist.

Die Kenntnis der korrekten Akteure ist bei Männern etwas höher als bei Frauen (43 zu 38 Prozent). Außerdem ist sie in den mittleren Altersgruppen leicht überdurchschnittlich (zwischen 42 und 45 Prozent), während sie bei den 14-17-Jährigen (32 Prozent) und bei den Personen ab dem 65. Lebensjahr (36 Prozent) deutlich unter dem Durchschnitt liegt. Am sichtbarsten sind jedoch die Unterschiede nach dem Schulabschluss. Während die Antwort auf die für den Suchprozess zuständigen Akteure bei den Volks- und Hauptschulabsolvent*innen nur zu 29 Prozent auf BGE, BASE und NBG fiel, geschah dies bei den Personen mit (Fach-)Hochschulreife zu 53 Prozent (vgl. Abbildung 4-30).

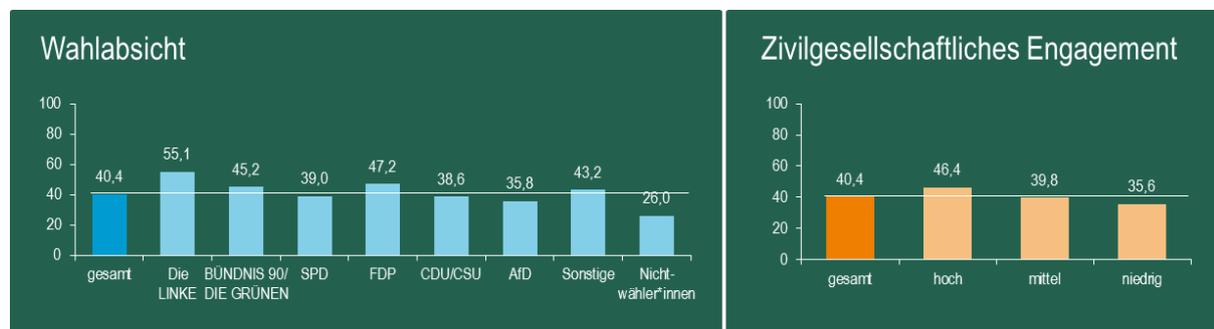
Abbildung 4-30 Nennung der korrekten Verantwortlichen für den Suchprozess nach demographischen Angaben



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Antwort „BGE, BASE und NBG“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Beim Blick auf die Wahlabsicht stellten sich die Wähler*innen der LINKEN in Bezug auf die für die Endlagersuche verantwortlichen Akteure als die kenntnisreichsten Befragten heraus (55 Prozent). Vor allem Nichtwähler*innen (26 Prozent), aber auch Wähler*innen der AfD (36 Prozent) konnten die richtige Antwort seltener geben als der Durchschnitt (vgl. Abbildung 4-31). Außerdem steigt die Kenntnis mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement (hohes zivilgesellschaftliches Engagement 46 Prozent vs. niedriges 36 Prozent, vgl. Abbildung 4-31).

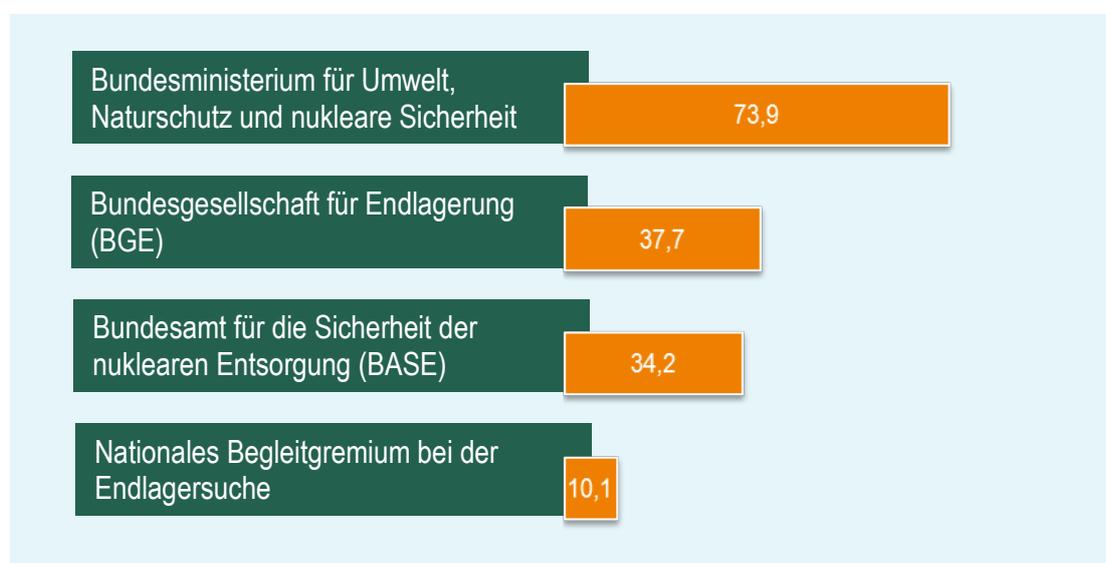
Abbildung 4-31 Nennung der korrekten Verantwortlichen für den Suchprozess nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Antwort „BGE, BASE und NBG“ | Unterschiede sind signifikant

An anderer Stelle des Fragebogens haben wir uns der Bekanntheit der beteiligten Institutionen auf einem anderen Wege genähert. Wir baten die Befragten uns zu sagen, ob sie von den in Abbildung 4-32 aufgeführten Institutionen im Rahmen der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle schon einmal etwas gehört oder gelesen haben. Den deutlich höchsten Bekanntheitsgrad erzielte bei dieser Frage mit 74 Prozent das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU). Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) kennen gut ein Drittel der Befragten. Am wenigsten bekannt ist mit 10 Prozent das Nationale Begleitgremium bei der Endlagersuche (NBG).

Abbildung 4-32 Bekanntheit der am der Endlagersuche beteiligten Institutionen



in Prozent aller Befragten | N=3.172

Fragestellung: Ich nenne Ihnen nun einige Institutionen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie von diesen im Zusammenhang mit der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall schon einmal gehört oder gelesen haben oder nicht.

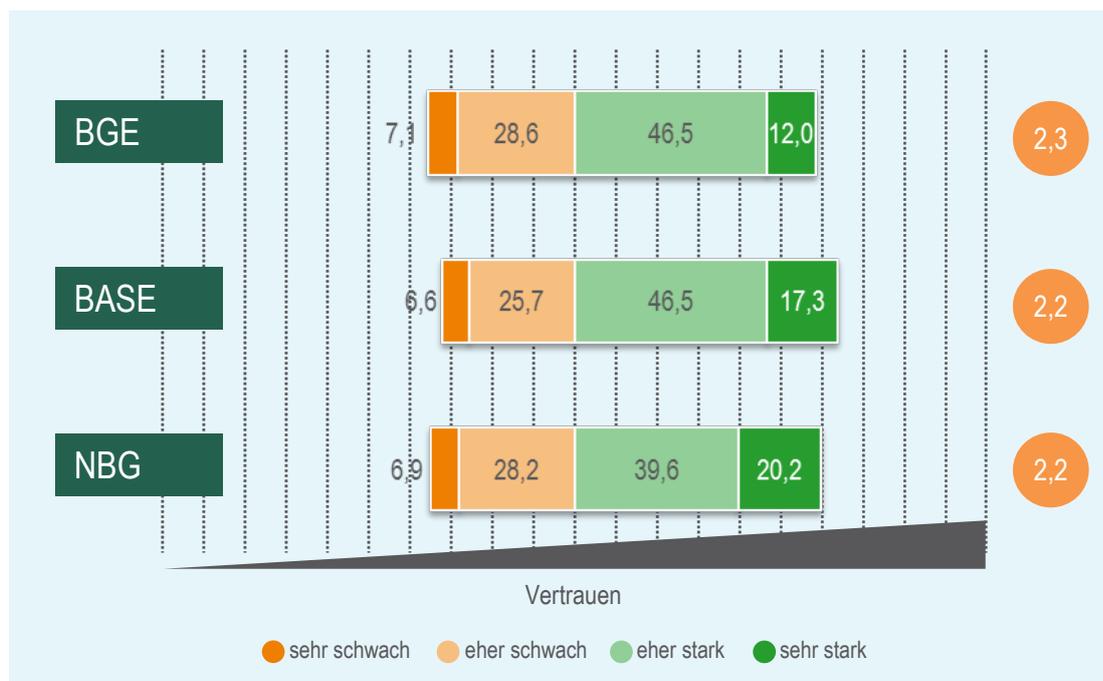
Vertrauen in die beteiligten Institutionen

Unabhängig davon, ob sie angegeben haben, die Institutionen zu kennen, baten wir die Befragten uns zu sagen, wie stark sie ihnen vertrauen. Dazu beschrieben wir allen Befragten kurz, was die Institutionen tun:

- ↪ „Die Bundesgesellschaft für Endlagersuche ist für die Suche nach dem Endlager und dessen Betrieb verantwortlich.“
- ↪ „Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung beaufsichtigt die Suche und organisiert die Beteiligung der Öffentlichkeit.“
- ↪ „Das Nationale Begleitgremium aus ausgewählten Bürgern vertritt die Interessen der Zivilgesellschaft.“

So konnten diejenigen, welche die Institutionen bisher noch nicht kannten, zumindest anhand der Aufgabenbeschreibung einschätzen, wie sehr sie ihnen aufgrund ihrer institutionellen Funktion vertrauen. Die Ergebnisse zeigt Abbildung 4-33. Das Vertrauen in die drei Institutionen ist demnach ähnlich hoch. Jeweils um die 60 Prozent der Befragten vertrauen den Institutionen sehr oder eher stark, etwa ein Drittel besitzt eher oder sehr schwaches Vertrauen. Das BASE und das NBG genießen ein etwas höheres Vertrauen, dieser Unterschied ist jedoch sehr gering (2,2 ggü. BGE 2,3 auf einer Skala von 1=sehr starkes bis 4=sehr schwaches Vertrauen). Wenn Befragte angeben, die BGE oder das BASE zu kennen, dann bewerten sie die jeweilige Institution geringfügig besser (BGE 61 Prozent sehr oder eher starkes Vertrauen vs. 57 Prozent bei Nicht-Bekanntheit, BASE 65 vs. 63 Prozent). Beim NBG hat die Bekanntheit keinen signifikanten Einfluss auf das Vertrauen, was wahrscheinlich auch an der geringen Bekanntheit dieser Institution liegt.

Abbildung 4-33 Vertrauen in die an der Endlagersuche beteiligten Institutionen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172 | Mittelwerte auf einer Skala von 1=sehr stark bis 4=sehr schwach
Fragestellung: An der Endlagersuche sind drei Akteure beteiligt. Ich nenne Ihnen diese Akteure und Sie sagen mir bitte, wie stark Ihr Vertrauen in deren Arbeit ist. Wenn Sie sich nicht kennen, dann gehen Sie bitte nach Ihrem Bauchgefühl.

In Tabelle 4-2 sind die wichtigsten Unterschiede zwischen demographischen Gruppen in Bezug auf das Vertrauen in die am Endlager beteiligten Institutionen dargestellt. Das Vertrauen sinkt mit steigendem Alter der Befragten. Genießen BGE und BASE noch bei über drei Viertel der 14-17-Jährigen ein eher oder sehr starkes Vertrauen, ist dies bei nur noch ungefähr der Hälfte der Personen ab dem 65. Lebensjahr der Fall. Beim Nationalen Begleitgremium ist eine ähnliche Tendenz erkennbar, auch wenn dort die Werte stärker schwanken. Mit Blick auf die Bildung wird das Vertrauen in alle drei Institutionen mit steigendem Schulabschluss größer. So vertrauen bei Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss zwischen 49 und 59 Prozent den Institutionen sehr oder eher stark. Bei denjenigen mit (Fach-)Hochschulabschluss sind es zwischen 63 und 66 Prozent. Jedoch ist das Vertrauen mit Abstand am größten bei den Schüler*innen. Hier liegt der Anteil zwischen 71 und 77 Prozent. Nach Wahlabsicht differenziert, genießen BGE und BASE das mit Abstand höchste Vertrauen bei Wähler*innen der FDP (89 und 81 Prozent), gefolgt von denen der CDU/CSU (72 und 74 Prozent). Dem NBG vertrauen ebenfalls vor allem Wähler*innen der FDP (71 Prozent) sowie von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (72 Prozent). Hier ist das Vertrauen der CDU/CSU-Wähler*innen eher unterdurchschnittlich (55 Prozent). Wähler*innen der LINKEN und der Grünen haben auch relativ hohes Vertrauen in das BASE (je 71 Prozent). Erstere sind jedoch gegenüber der BGE eher skeptisch (52 Prozent). Insgesamt das wenigste Vertrauen in die drei Institutionen haben Wähler*innen der AfD und Nichtwähler*innen.

Tabelle 4-2 Vertrauen in die an der Endlagersuche beteiligten Institutionen nach demographischen Gruppen

	BGE	BASE	NBG
Altersgruppen			
14-17 Jahre	77,9	79,5	68,3
18-29 Jahre	72,4	74,5	63,4
30-39 Jahre	62,1	68,8	59,4
40-49 Jahre	61,0	70,2	67,1
50-64 Jahre	52,2	57,2	61,4
65 Jahre und älter	49,2	54,3	50,4
Bildungsstatus			
noch Schüler*in	75,6	76,7	70,6
Volks-/Hauptschulabschluss	49,3	59,0	55,6
Mittlere Reife	60,0	63,6	62,5
(Fach-)Hochschulabschluss	66,0	68,0	63,3
Wahlabsicht			
Die LINKE	51,8	70,8	64,2
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	64,8	71,2	71,9
SPD	61,5	67,9	62,4
FDP	88,5	81,1	71,2
CDU/CSU	71,5	74,0	54,5
AfD	47,0	58,0	59,0
Sonstige	62,6	55,1	47,7
Nichtwähler*innen	46,0	56,7	53,5
Gesamt	58,5	63,8	59,8

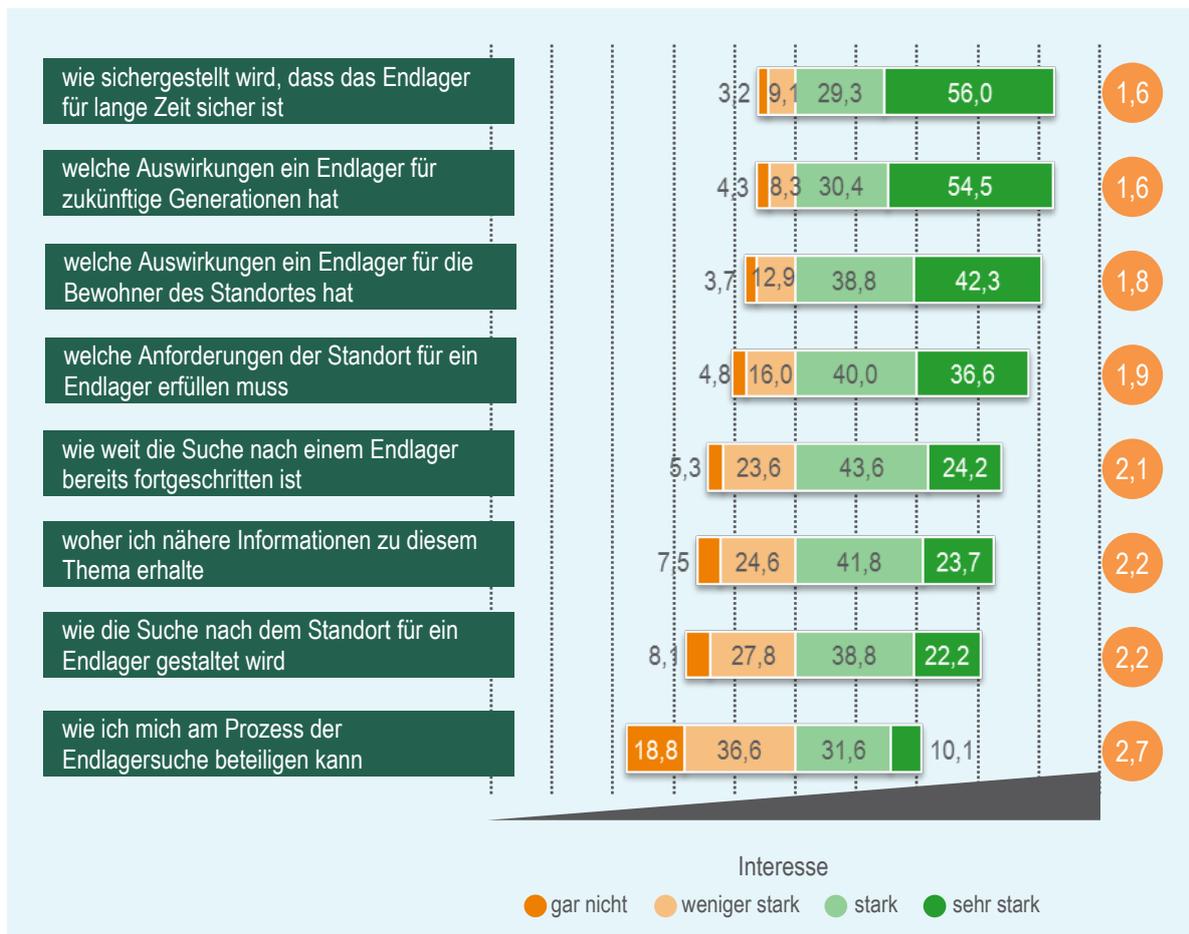
jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Summe aus „sehr starkes“ und „eher starkes Vertrauen“

5 Informiertheit und Informationsbedürfnis

5.1 Themeninteressen und Informiertheit

Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle ist ein komplexer Prozess. Um die Bevölkerung auf diesem Weg mitnehmen und ihr eine Teilhabe ermöglichen zu können, muss diese zunächst umfassend über den Prozess informiert werden. Wir haben die Befragten gefragt, in welchem Maße sie dabei verschiedene mögliche Themen interessieren. Abbildung 5-1 zeigt, dass von allen abgefragten Themen keines wirklich uninteressant ist. Dies ist jedoch ein typisches Phänomen bei solchen Fragestellungen – generell ist es einfacher, Interesse an einem Thema zu äußern als Desinteresse. Es lässt sich dennoch eine gewisse Präferenz feststellen (vgl. Abbildung 5-1).

Abbildung 5-8 Themeninteressen in Bezug auf die Endlagersuche



jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172 | zu 100 fehlende Prozent sind „weiß nicht“ | Mittelwerte auf einer Skala von 1=sehr stark bis 4=gar nicht

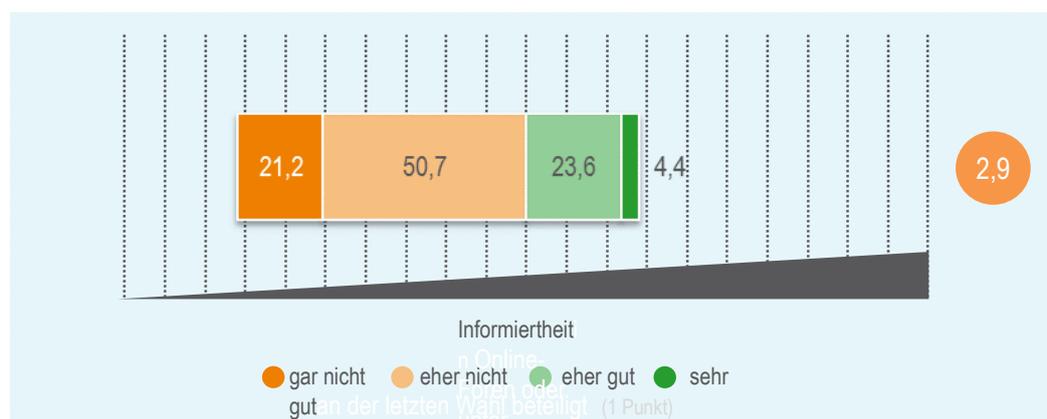
Fragestellung: Wie stark interessieren Sie sich für folgende Aspekte der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle?

So ist die langfristige Sicherheit des Endlagers das, was die meisten Befragten interessiert. Jeweils 85 Prozent hegen ein starkes oder sehr starkes Interesse dafür, wie sichergestellt wird, dass das Endlager für lange Zeit sicher ist und welche Auswirkungen ein Endlager für zukünftige Generationen hat. Ähnlich hoch ist das Interesse an den Auswirkungen für die Bewohner*innen des Standorts sowie welche Anforderungen ein

Standort für ein Endlager erfüllen muss (81 bzw. 77 Prozent). Schon weniger interessant sind prozessuale Fragen. Wie weit die Suche nach einem Endlager bereits fortgeschritten ist, wie sie gestaltet wird und wo es nähere Informationen zum Thema gibt, interessiert nur noch zwischen 68 und 61 Prozent der Befragten. Am wenigsten interessiert sich die Bevölkerung jedoch dafür, wie sie sich selbst am Standortsuchprozess beteiligen kann. Hierfür äußerte nur eine Minderheit von 42 Prozent starkes oder sehr starkes Interesse.

Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle ist ein Thema, das im Alltag der Menschen momentan noch keine Rolle spielt. Entsprechend stellt sich die subjektive Informiertheit dazu dar. Nur vier Prozent der Befragten fühlen sich über die sie interessierenden Aspekte der Endlagerung sehr gut informiert, 24 Prozent eher gut. Etwa die Hälfte der Befragten bezeichnet sich als eher nicht informiert, gut jede*r Fünfte als gar nicht (vgl. Abbildung 5-2). Diese Verteilung ist für solche speziellen Themen – und in dieser frühen Phase der Suche ist das Thema für die meisten Menschen noch recht speziell – nicht untypisch.⁴

Abbildung 5-2 Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung



in Prozent aller Befragten | N=3.172 | zu 100 fehlende Prozent sind „weiß nicht“ | Mittelwert auf einer Skala von 1=sehr gut bis 4=gar nicht

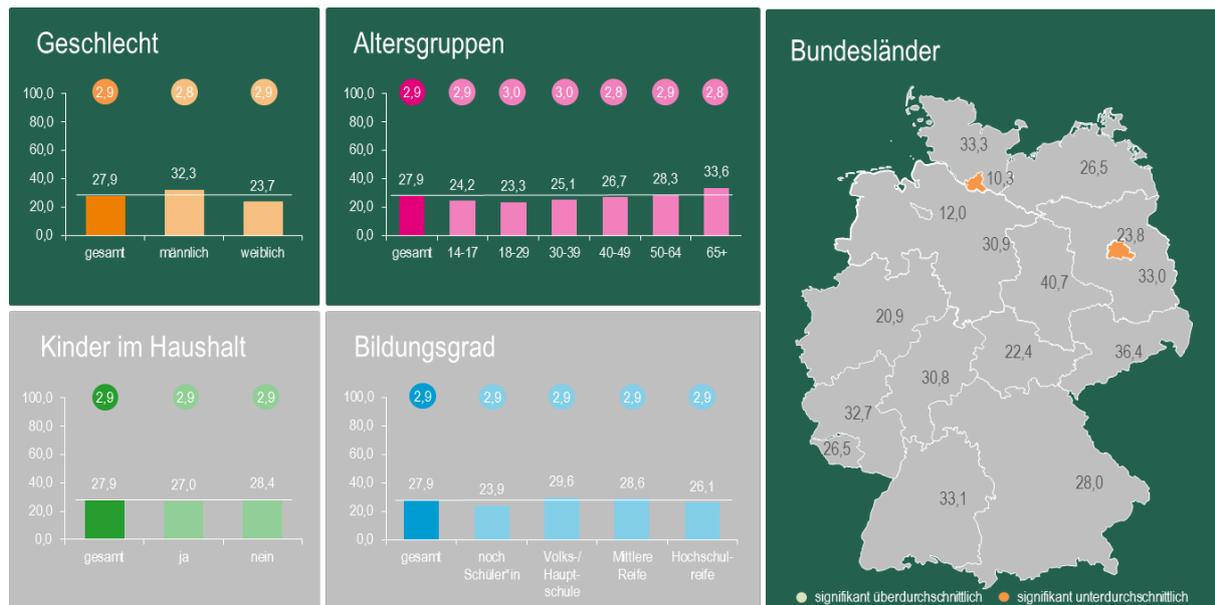
Fragestellung: Und wie gut fühlen Sie sich insgesamt über die Sie interessierenden Aspekte der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle informiert?

(1 Punkt)

Typischerweise fühlen sich Männer etwas besser über die sie interessierenden Aspekte der Endlagerung informiert als Frauen (32 vs. 24 Prozent sehr oder eher gut). Die subjektive Informiertheit steigt außerdem mit dem Alter. Bei den 14-17-Jährigen fühlen sich 24 Prozent sehr oder eher gut informiert, bei den Ab-65-Jährigen sind es 34 Prozent (vgl. Abbildung 5-3). Unterschiede zwischen Personen mit verschiedenen Schulabschlüssen sind nicht signifikant.

⁴ So berichten z. B. Götte/Ludewig (2019b) zum Thema Strahlenschutz, dass sich 49 Prozent der Bevölkerung ab dem 18. Lebensjahr in Deutschland schlecht und 24 Prozent sehr schlecht darüber informiert fühlen. In einer Evaluation der Arbeit des Bundesinstituts für Risikobewertung im Jahr 2016 gaben 45 Prozent der Befragten an, nur mittelmäßig über gesundheitlichen Verbraucherschutz informiert zu sein. 20 Prozent fühlten sich schlecht oder sehr schlecht informiert, 35 Prozent gut oder sehr gut (Götte et al. 2017).

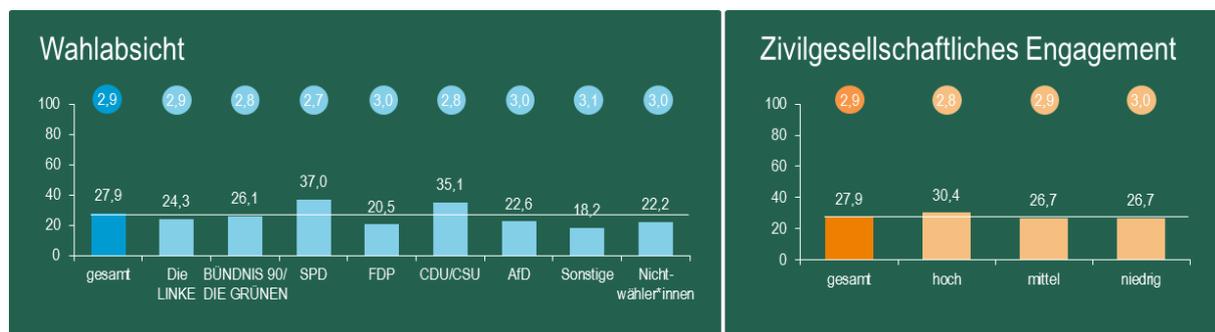
Abbildung 5-3 Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe der Antworten „sehr gut“ und „eher gut“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Demgegenüber existieren Unterschiede zwischen den Wähler*innengruppen. Am besten informiert fühlen sich Wähler*innen der Koalitionsparteien (SPD 37 Prozent, CDU/CSU 35 Prozent). Deutlich unter dem Durchschnitt liegen die der FDP (21 Prozent) und sonstiger Parteien (18 Prozent). Je höher das zivilgesellschaftliche Engagement der Befragten ist, desto informierter fühlen sie sich über die Endlagerung, auch wenn die Unterschiede eher marginal sind (hohes Engagement 30 Prozent vs. niedriges 27 Prozent, vgl. Abbildung 5-4).

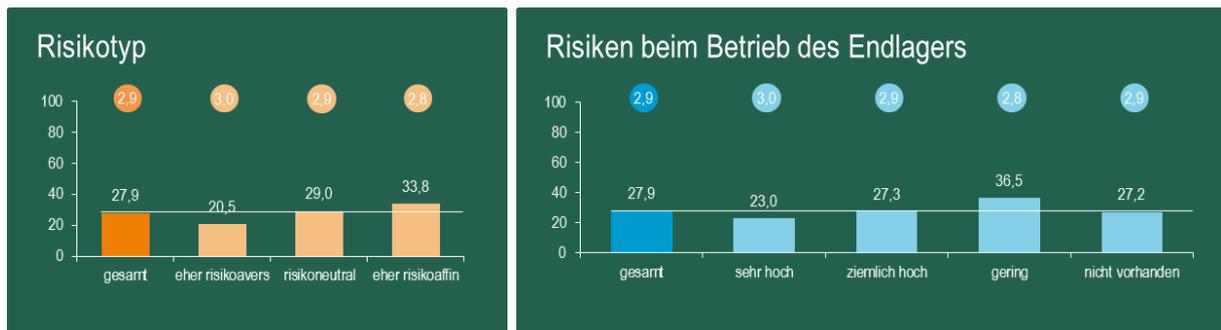
Abbildung 5-4 Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe der Antworten „sehr gut“ und „eher gut“ | Unterschiede sind signifikant

Die subjektive Informiertheit hängt auch davon ab, welcher Risikotyp die Befragten sind (vgl. Abbildung 5-5). Eher risikoaverse Personen fühlen sich weniger gut informiert als eher risikoaffine (21 zu 34 Prozent). Möglicherweise ist hier das objektive Maß an Informationen gar nicht so unterschiedlich, jedoch bewerten dies eher risikoaverse Menschen als weniger ausreichend als eher risikoaffine. Wenn jemand beim Betrieb des Endlagers sehr hohe Risiken sieht, fühlt er*sie sich ebenfalls unterdurchschnittlich gut informiert (23 Prozent). Sieht man nur geringe Risiken, ist die gefühlte Informiertheit sehr viel besser (37 Prozent).

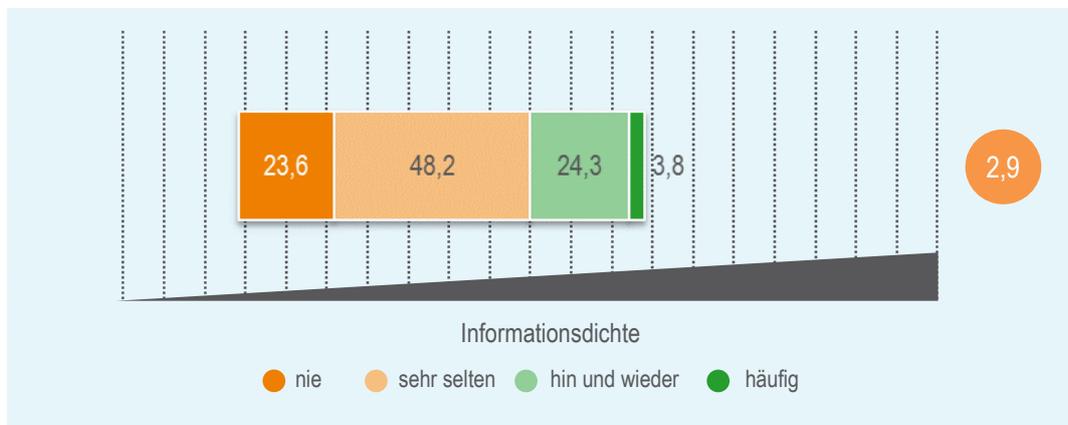
Abbildung 5-5 Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung nach Risikoeinschätzungen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe der Antworten „sehr gut“ und „eher gut“ | Unterschiede sind signifikant

Zusätzlich zur subjektiven Informiertheit wollten wir von den Befragten wissen, wie häufig sie in der letzten Zeit Meldungen oder Berichte über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien gehört, gesehen oder gelesen haben. Die Antwortverteilung bei dieser Frage gleicht im Prinzip der bei der Informiertheit (vgl. Abbildung 5-6). Demnach haben 28 Prozent der Befragten hin und wieder oder häufig Informationen zur Endlagersuche wahrgenommen, die überwiegende Mehrheit von 72 Prozent jedoch nur sehr selten oder nie.

Abbildung 5-6 Gefühlte Informationsdichte in Bezug auf die Endlagerung



in Prozent aller Befragten | N=3.172 | zu 100 fehlende Prozent sind „weiß nicht“ | Mittelwert auf einer Skala von 1=häufig bis 4=nie

Fragestellung: Wie häufig haben Sie in der letzten Zeit Meldungen oder Berichte über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien gehört, gesehen oder gelesen: häufig, hin und wieder, sehr selten oder nie?

Im Jahr 2015 hat forsa die deutsche Bevölkerung im Auftrag des Deutschen Atomforums zu ihrer Einstellung zur Endlagerung von radioaktiven Abfällen befragt (vgl. forsa Politik- und Sozialforschung GmbH 2015). In diesem Zusammenhang wurde auch die gefühlte Informationsdichte ermittelt. Wie Tabelle 5-1 zeigt, war sie aus Sicht der Befragten damals etwas höher als zum Zeitpunkt der aktuellen Befragung im Sommer 2020. Im Jahr 2015 antworteten 16 Prozent der Befragten, sie hätten im letzten Jahr häufig Berichte über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien wahrgenommen, 37 Prozent taten dies hin und wieder. Weniger als die Hälfte (45 Prozent) antwortete „sehr selten“ oder „nie“. Eine mögliche Ursache dafür könnte sein, dass von 2014 bis 2016 die „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ tagte und dadurch die mediale Berichterstattung über das Thema höher war. Verglichen damit war die Berichterstattung zum Thema Endlagerung vor der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete auch im Vergleich zu vergangenen Zeitpunkten eher gering.

Tabelle 5-9 Gefühlte Informationsdichte in Bezug auf die Endlagerung in den Jahren 2015 und 2020

	aktuelle Studie 2020	forsa 2015
häufig	4	16
hin und wieder	24	37
sehr selten	48	36
nie	24	9

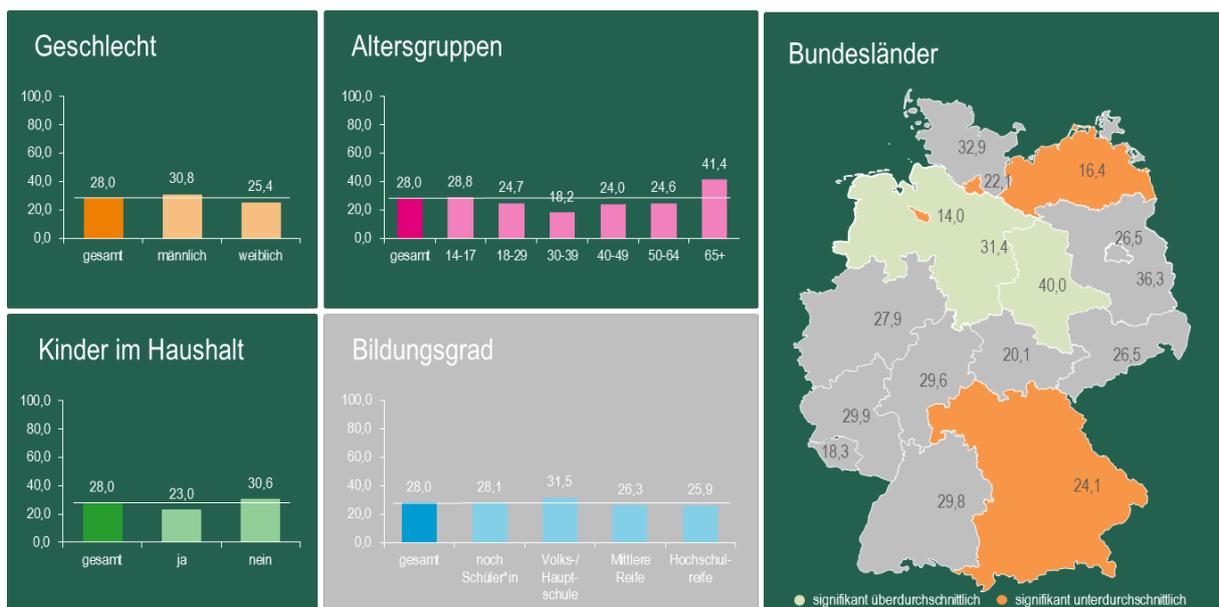
jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2015: N=1.000 | zu 100 fehlende Prozent sind „weiß nicht“

Fragstellung aktuelle Studie 2020: Wie häufig haben Sie in der letzten Zeit Meldungen oder Berichte über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien gehört, gesehen oder gelesen: häufig, hin und wieder, sehr selten oder nie?

Fragstellung forsa 2015: Wie häufig haben Sie diesem Jahr Meldungen oder Berichte über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien gehört, gesehen oder gelesen: häufig, hin und wieder, sehr selten oder nie?

Die Differenzierungen zwischen den demographischen Gruppen ähneln denen bei der Frage nach der subjektiven Informiertheit (vgl. Abbildung 5-7). Auch hier geben Männer häufiger als Frauen an, etwas über das Endlager gehört oder gelesen zu haben (31 vs. 25 Prozent „hin und wieder“ und „häufig“). Auch beobachten Personen ab dem 65. Lebensjahr eine deutlich häufigere Berichterstattung als andere (41 Prozent). Am seltensten haben jedoch Personen zwischen dem 30. und 39. Lebensjahr etwas über das Endlager gehört oder gelesen (18 Prozent). Jüngere Befragte sind etwas besser informiert (14-17 Jahre 29 Prozent).

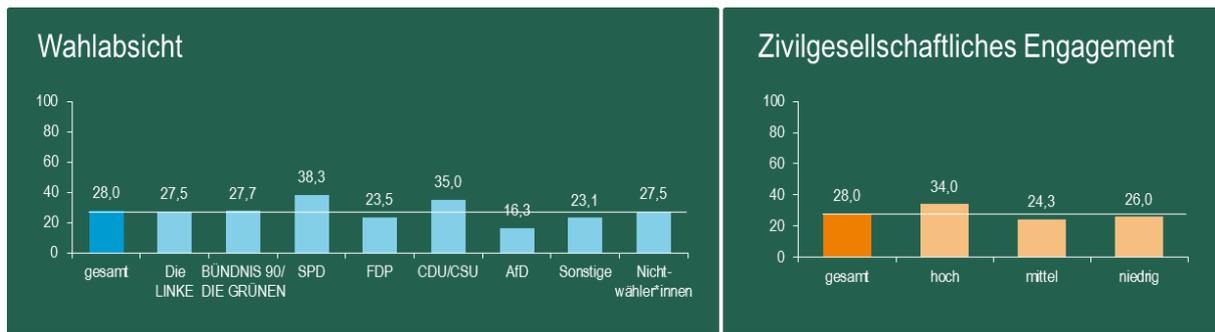
Abbildung 5-7 Gefühlte Informationsdichte in Bezug auf die Endlagerung nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe der Antworten „hin und wieder“ und „häufig“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Auch bei der beobachteten Berichterstattung liegen die SPD- und CDU/CSU-Wähler*innen vor allen anderen (38 bzw. 35 Prozent „hin und wieder“ oder „häufig“). Am seltensten haben AfD-Wähler*innen eine Berichterstattung beobachtet (16 Prozent). Personen mit einem hohen zivilgesellschaftlichen Engagement hören oder lesen etwas häufiger vom Endlager als andere (34 Prozent, vgl. Abbildung 5-8).

Abbildung 5-8 Gefühlte Informationsdichte in Bezug auf die Endlagerung nach politischen Einstellungen

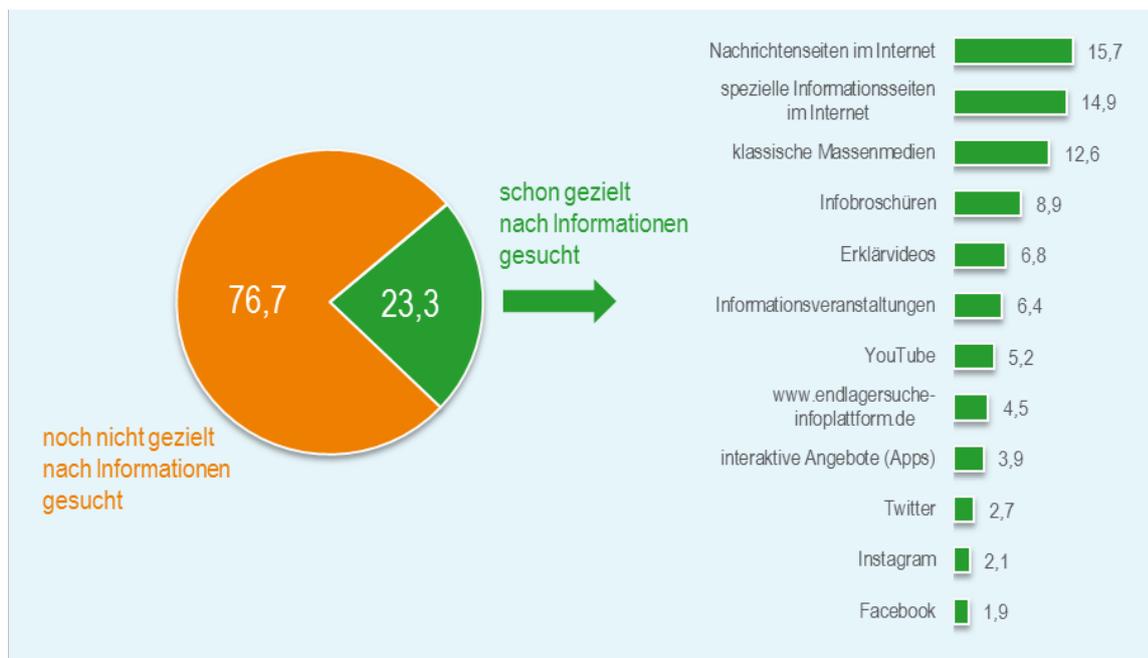


jeweils in Prozent aller Befragten | Summe der Antworten „hin und wieder“ und „häufig“ | Unterschiede sind signifikant

5.2 Aktive Informationssuche

23 Prozent aller Befragten geben an, bereits einmal aktiv nach Informationen in Bezug auf die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle gesucht zu haben (vgl. Abbildung 5-9). Die Intensität und Tiefe der Suche kann nicht bewertet werden, insofern dürften dort auch Fälle erfasst sein, die sich eher oberflächlich mit dem Thema beschäftigt haben.

Abbildung 5-9 Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager



jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172

Fragestellung links: Einmal abgesehen von dem, was man in den Nachrichten darüber mitbekommt: Haben Sie sich schon einmal selbst aktiv über das Thema der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle informiert oder ist das bisher noch nicht vorgekommen?

Fragestellung rechts: Wo haben Sie sich selbst aktiv über das Thema Endlagersuche informiert?

Bei der Recherche wurden vor allem allgemeine oder spezielle Informationsseiten im Internet angesteuert (16 bzw. 15 Prozent auf Basis aller Befragten), an dritter Stelle stehen die klassischen Massenmedien (13 Prozent).

Die Seite „endlagersuche-infoplattform.de“ gaben 5 Prozent aller Befragten an, ähnlich viele YouTube. Soziale Medien rangieren am Ende der genutzten Kanäle (Twitter 3 Prozent, Instagram und Facebook 2 Prozent).

Bei der aktiven Informationssuche hat sich im Vergleich zur forsa-Befragung im Jahr 2015 nichts geändert (vgl. Tabelle 5-2). Damals gaben insgesamt 25 Prozent der Befragten an, schon einmal gezielt nach Informationen zur Endlagerung gesucht zu haben (damals unterteilt in bis zu fünfmal, bis zu zehnmal und häufiger als zehnmal).

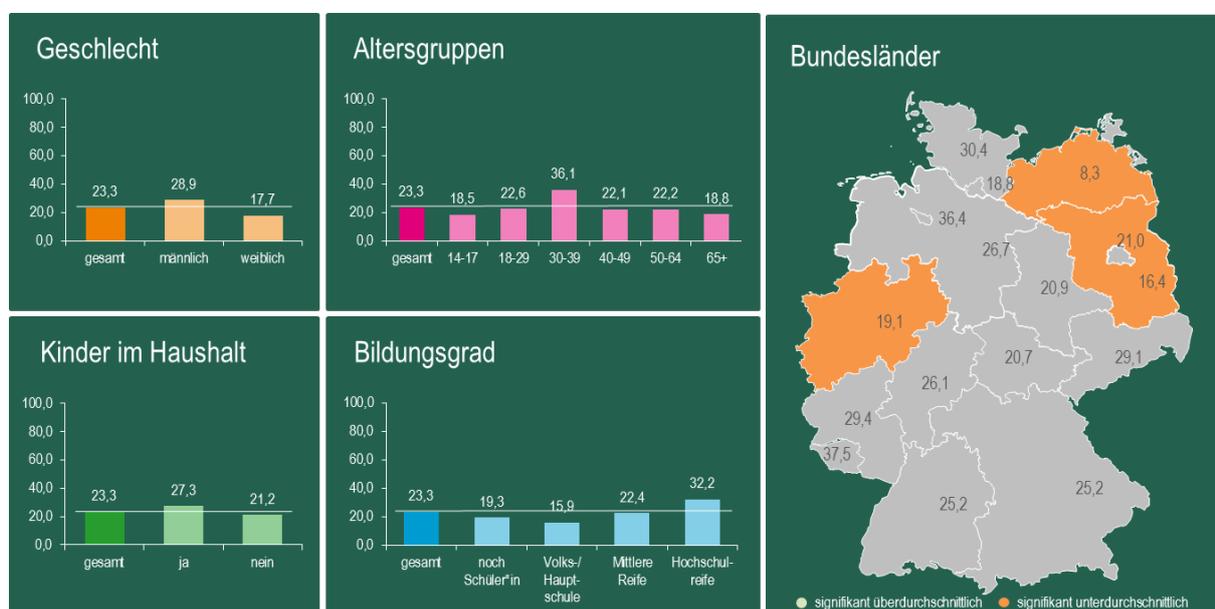
Tabelle 5-2 Aktive Informationssuche in Bezug auf die Endlagerung in den Jahren 2015 und 2020

	aktuelle Studie 2020	forsa 2015
ja, gezielt gesucht	23	25
nein, nicht gezielt gesucht	77	75

jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2015: N=1.000

Bei der Frage, ob überhaupt schon einmal aktiv nach Informationen über das Thema der Endlagerung radioaktiver Abfälle gesucht wurde, gibt es deutliche Unterschiede zwischen den demographischen Gruppen. So geben dies 29 Prozent der Männer an, aber nur 18 Prozent der Frauen (vgl. Abbildung 5-10). Nach Altersgruppen betrachtet zeigt sich eine umgekehrte U-Form. Sehr deutlich am häufigsten haben dies nach eigenen Angaben Befragte aus der Gruppe der 30-39-Jährigen getan (36 Prozent), eher unter dem Durchschnitt liegen die jüngste und älteste Befragtengruppe (je 19 Prozent). Entsprechend sind Personen mit Kindern im Haushalt deutlich häufiger auf der Suche nach Informationen als andere (27 Prozent). Nach Bildungsgrad betrachtet, nimmt die aktive Informationssuche mit steigendem Schulabschluss zu. Unter den Volks- und Hauptschulabsolvent*innen haben 16 Prozent schon einmal nach Informationen zur Endlagerung gesucht, bei den Personen mit (Fach-) Hochschulabschluss sind es doppelt so viele.

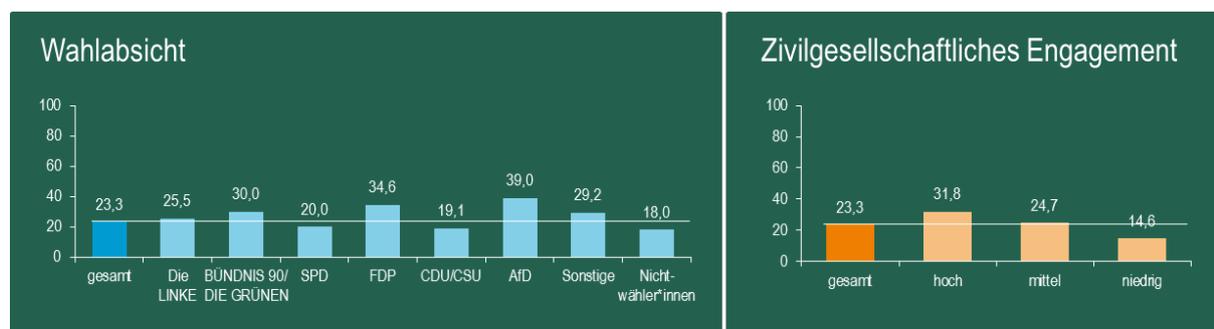
Abbildung 5-10 Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten | Antwort „ja, habe gezielt nach Informationen gesucht“ | Unterschiede sind signifikant

Signifikante Unterschiede bei der aktiven Informationssuche zeigen sich auch mit Blick auf die Wahlabsicht. So informieren sich Wähler*innen der AfD (39 Prozent) und der FDP (35 Prozent) besonders häufig (vgl. Abbildung 5-11). Dies könnte unter anderem dadurch beeinflusst sein, dass sich darunter besonders viele Männer befinden (69 Prozent der AfD-Wähler*innen in unserer Stichprobe sind männlich). Ebenfalls überdurchschnittlich aktiv sind Wähler*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (30 Prozent). Eher unter dem Durchschnitt liegen die von SPD (20 Prozent), CDU (19 Prozent) und die Nichtwähler*innen (18 Prozent). Personen mit einem hohen zivilgesellschaftlichen Engagement haben mehr als doppelt so häufig gezielt nach Informationen zur Endlagerung gesucht wie solche mit niedrigem (32 vs. 15 Prozent).

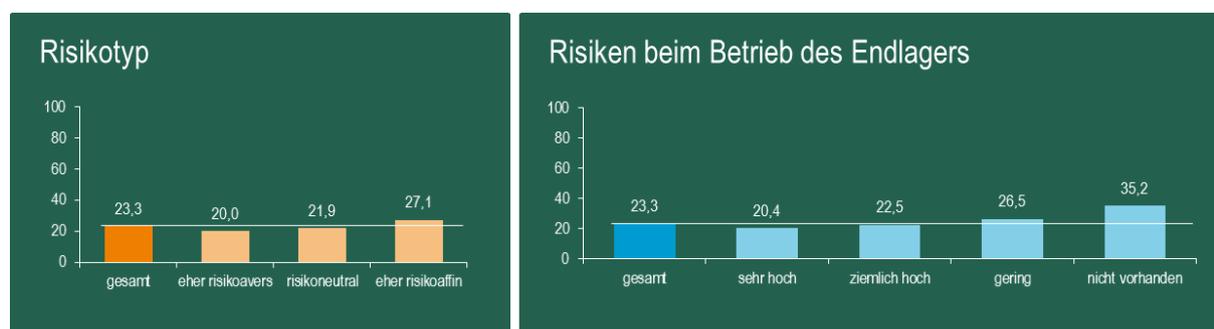
Abbildung 5-11 Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten | Antwort „ja, habe gezielt nach Informationen gesucht“ | Unterschiede sind signifikant

Signifikante Zusammenhänge bestehen auch zu Risikoeinstellungen der Befragten (vgl. Abbildung 5-12). So haben Personen, die im Allgemeinen eher risikoaffin sind, häufiger Informationen gesucht als risikoaverse (27 vs. 20 Prozent). Interessant ist außerdem, dass sich Personen, die keine Risiken beim Betrieb eines Endlagers sehen, deutlich häufiger aktiv darüber informiert haben als solche mit Risikobedenken (35 Prozent). Inwiefern die geringe Risikoeinschätzung durch die Informationen zustande gekommen ist, kann aber nicht gesagt werden. Hierzu wären ggf. vertiefende Forschungen interessant, inwieweit die öffentlich verfügbaren Informationen dazu dienen, die wahrgenommenen Risiken eines Endlagers einzuordnen und damit möglicherweise überzogene Risikowahrnehmungen zu objektivieren.

Abbildung 5-12 Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager nach Risikoeinstellungen

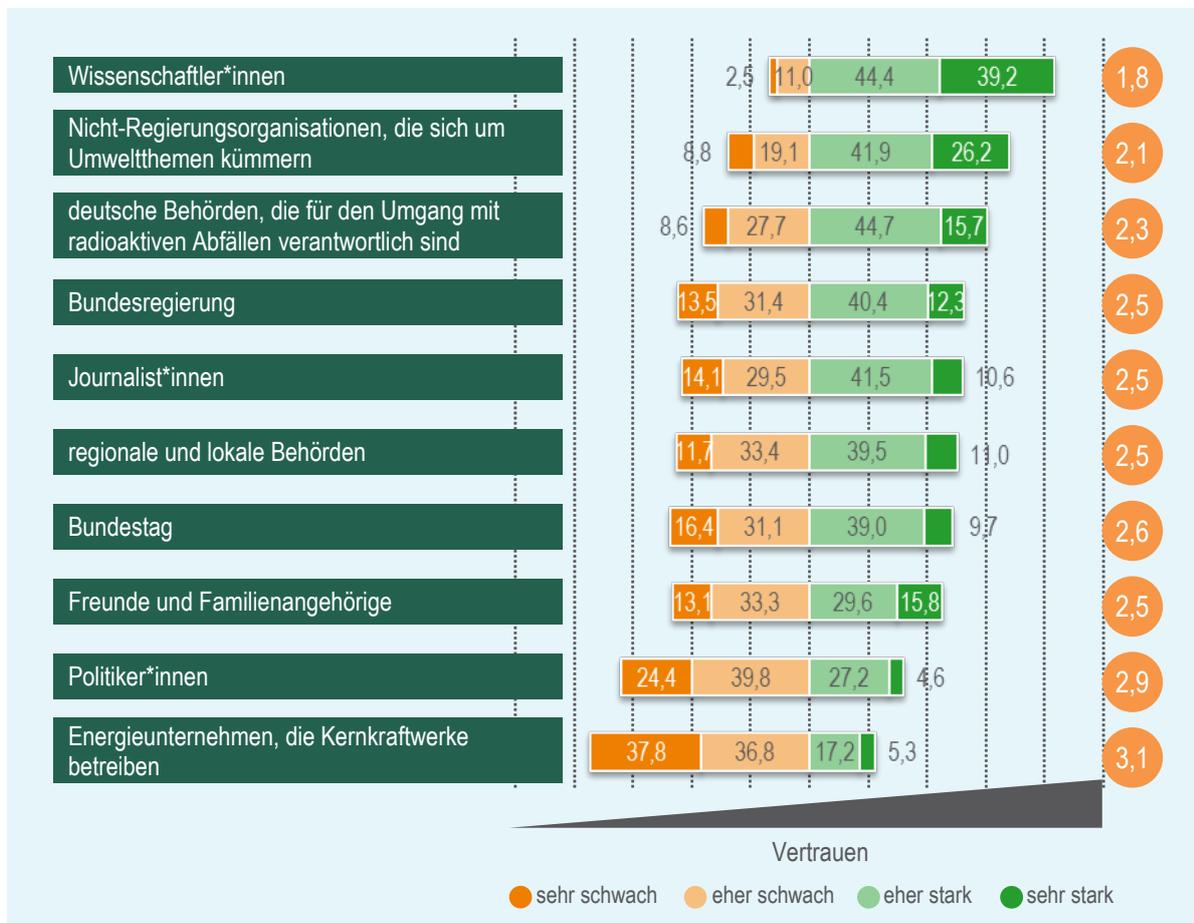


jeweils in Prozent aller Befragten | Antwort „ja, habe gezielt nach Informationen gesucht“ | Unterschiede sind signifikant

5.3 Vertrauen in Informationsquellen

Informationsquellen sind umso wirkungsvoller, je mehr Vertrauen ihnen die Adressat*innen schenken. Je höher dies ist, desto weniger intensiv muss die Information geengeprüft werden und desto wahrscheinlicher löst sie eine gewünschte Handlung aus. Wegen ihrer zugeschriebenen Objektivität und Unabhängigkeit sind Wissenschaftler*innen regelmäßig sehr vertrauenswürdige Informationsquellen. In unserer Befragung vertrauen ihnen 39 Prozent der Befragten auch in Bezug auf Informationen zur Endlagersuche sehr stark, 44 Prozent eher stark. Nur bei 14 Prozent ist das Vertrauen eher oder sehr schwach ausgeprägt (vgl. Abbildung 5-13). Die Informationsquelle, der die Befragten am zweitstärksten vertrauen, folgt erst mit einigem Abstand. Es sind die mit Umweltthemen beschäftigten Nicht-Regierungsorganisationen, wie z. B. Greenpeace oder BUND (26 Prozent sehr und 42 Prozent eher starkes Vertrauen). An dritter Stelle folgen die mit dem Umgang mit radioaktiven Abfällen beschäftigten Behörden in Deutschland: Ihnen vertrauen 16 Prozent der Befragten sehr, 45 Prozent eher. 36 Prozent misstrauen ihnen eher. An dieser Stelle sei gesagt, dass es sich bei BGE und NBG nicht um Behörden handelt, diese aber durch ihre Handlung im öffentlichen Auftrag möglicherweise von den Befragten darunter subsumiert werden.

Abbildung 5-13 Vertrauen in verschiedene Informationsquellen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172 | zu 100 fehlende Prozent sind „weiß nicht“ | Mittelwerte auf einer Skala von 1=sehr stark bis 4=sehr schwach

Fragestellung: Wie stark vertrauen Sie den folgenden Akteuren, wenn es um Informationen darüber geht, wie in Deutschland mit radioaktiven Abfällen umgegangen wird?

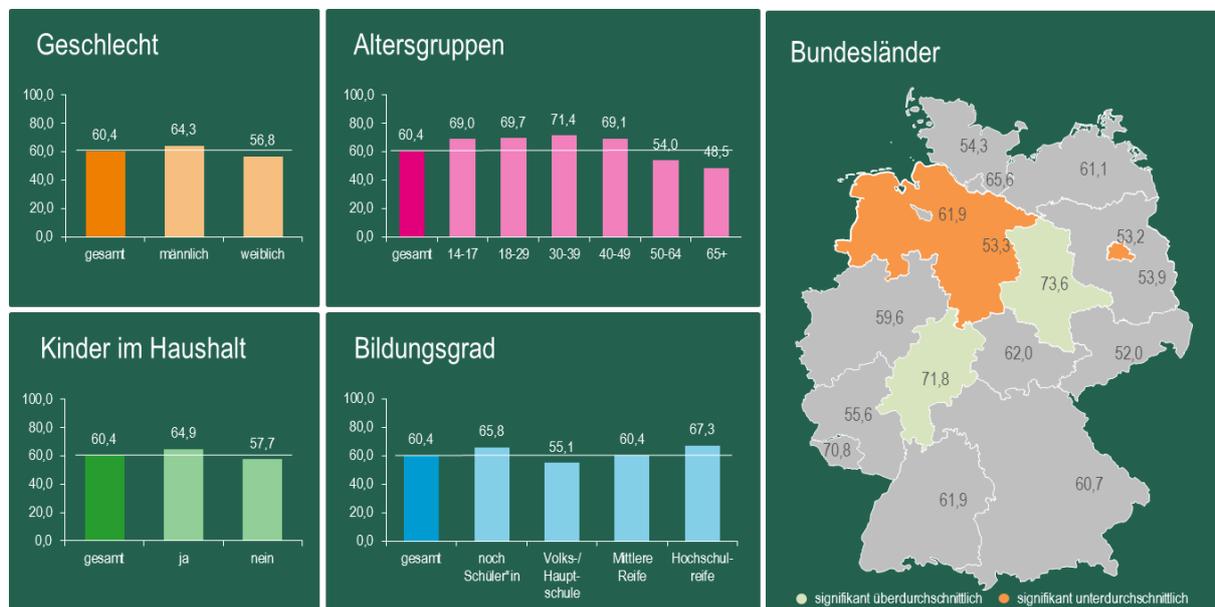
Die Bundesregierung ist etwas weniger vertrauenswürdig, 53 Prozent aller Befragten haben eher oder sehr starkes Vertrauen in ihre Informationen. Etwas weniger als die Hälfte vertraut ihr eher oder sehr schwach. Sie liegt auf einer Ebene mit dem Bundestag, regionalen und lokalen Behörden – und Journalist*innen. Allen vieren vertraut etwa die Hälfte Bevölkerung, etwas geringer ist der Anteil derjenigen, die ihnen weniger vertraut. Es gibt nur zwei abgefragte Institutionen, denen mehr Befragte miss- als vertrauen: Politiker*innen und Kernkraftwerkbetreiber. Interessant daran ist, dass die politischen Institutionen das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung genießen, ihre einzelnen Akteure (also die Politiker*innen) jedoch nicht. 64 Prozent der Befragten vertrauen Politiker*innen nur eher oder sehr schwach. Bei den Kernkraftwerkbetreibern sind es 75 Prozent.

Die Ergebnisse dieser Frage ähneln denen aus anderen Studien: Staatliche Institutionen genießen häufig ein hohes Vertrauen, sowohl als Absender von Informationen als auch als handelnde Akteure. Eine Studie zu einem anderen spezifischen technologischen Gegenstand, die wir für das Bundesamt für Strahlenschutz durchgeführt haben, zeigt die hohe Kompetenz, die sowohl Bundesinstitutionen als auch Wissenschaftler*innen bei solchen Dingen zugeschrieben wird. Auf die Frage, wie gut die jeweiligen Einrichtungen mögliche Fragen und Probleme im Hinblick auf „Strahlung und Gesundheit“ beantworten und lösen können, beurteilen 79 Prozent der Befragten „Bundesinstitutionen, wie das BfS“ als eher oder sehr kompetent. Zusammen mit Wissenschaftler*innen (ebenfalls 79 Prozent) genießen sie damit die höchste Kompetenzzuschreibung aller abgefragten Institutionen (vgl. Götte/Ludewig 2019a). Nicht abgefragt wurden dort allerdings Nicht-Regierungsorganisationen. Ein ganz anderes Bild zeichnet hingegen eine Studie, die wir im Jahr 2016 für das Bundesinstitut für Risikobewertung durchführten. Dort wurden die Befragten gebeten, die Vertrauenswürdigkeit von Absendern bei der Suche von Informationen zu einem potenziell gesundheitsgefährdenden Lebensmittel oder Produkt anzugeben. Nur 52 Prozent der Befragten hielten öffentliche Institutionen und Behörden für sehr oder eher vertrauenswürdig. Genaus so hoch war auch das Vertrauen in Nichtregierungsorganisationen sowie Verbraucher- und Umweltverbände. Neben Ärzt*innen und Apotheker*innen genossen auch hier die Wissenschaftler*innen das höchste Vertrauen (70 Prozent, vgl. Götte et al. 2017). Dies weist darauf hin, dass das Vertrauen in öffentliche Institutionen themenspezifisch sein könnte. Allerdings ist aktuell auch ein zeitlicher Faktor in den Studien zu Institutionenvertrauen zu erkennen. Das mit einer langen Zeitreihe zu diesem Thema versehene RTL/ntv-Trendbarometer, durchgeführt vom Meinungsforschungsinstitut forsa, zeigt im Mai 2020 einen deutlichen Anstieg des Vertrauens in Bundeskanzlerin, Bundesregierung und Bundestag seit der letzten Erhebung im Januar 2020. Auch andere staatliche Akteure legten in diesem Zeitraum an Vertrauen zu (vgl. <https://www.rtl.de/cms/rtl-ntv-trendbarometer-72-der-deutschen-haben-vertrauen-zu-bundeskanzlerin-angela-merkel-4543318.html>). Grund dafür ist mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit die Corona-Krise. In besonderen Situationen können staatliche Akteure demnach mit Handlungsfähigkeit das Vertrauen in sie befördern.

Für die Arbeit von BGE, BASE und NBG ist vor allem das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der „deutschen Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind“ wichtig. Wie bereits im vorhergehenden Abschnitt ausgeführt, vertreten wird die These vertreten, dass BGE und NBG von einem Großteil der Befragten unter diesem Punkt subsumiert werden, weil sie gemeinsam mit dem BASE im öffentlichen Auftrag handeln. Dieser These folgend können die Antworten für diese Akteursgruppe auf alle drei Institutionen projiziert werden. Streng genommen fallen jedoch nur das BASE (und im weiteren Sinne das BMU) in diese Akteursgruppe. 60 Prozent der Befragten vertrauen den „deutschen Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind“ eher oder sehr stark. Dabei gibt es Unterschiede zwischen den demographischen Gruppen (vgl. Abbildung 5-14). So vertrauen Männer ihnen etwas stärker als Frauen (64 vs. 57 Prozent). Mit Blick auf das Alter ist das Vertrauen bei Befragten bis zum 49. Lebensjahr überdurchschnittlich hoch (zwischen 69 und 71 Prozent), danach sinkt es deutlich. Unter Personen zwischen dem 50. und 64.

Lebensjahr vertrauen nur noch 54 Prozent eher oder sehr stark, ab dem 65. Lebensjahr noch 49 Prozent. Je höher der Schulabschluss der Befragten ist, desto stärker ist auch das Vertrauen in diese Behörden. Unter den Volks- und Hauptschulabsolvent*innen vertrauen ihnen 55 Prozent sehr oder eher stark, bei Personen mit (Fach-)Hochschulabschluss sind es 67 Prozent.

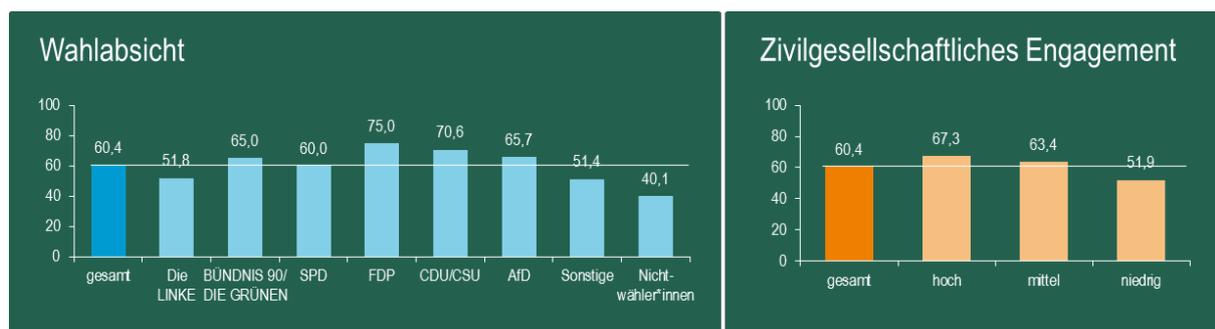
Abbildung 5-14 Vertrauen in Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „sehr starkes Vertrauen“ und „eher starkes Vertrauen“ | Unterschiede sind signifikant

Mit Blick auf die Wahlabsicht zeigt sich, dass Wähler*innen von CDU/CSU und FDP ein deutlich höheres Vertrauen in die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlichen Behörden haben als andere (71 und 75 Prozent sehr oder eher starkes Vertrauen). Auch AfD-Wähler*innen vertrauen mit 66 Prozent überdurchschnittlich. Skeptischer als andere zeigen sich Wähler*innen der LINKEN (52 Prozent), sonstiger Parteien (51 Prozent) und Nichtwähler*innen (40 Prozent). Personen mit hohem zivilgesellschaftlichen Engagement vertrauen den Behörden überdurchschnittlich stark (67 Prozent), solche mit niedrigem Engagement unterdurchschnittlich (52 Prozent, vgl. Abbildung 5-15).

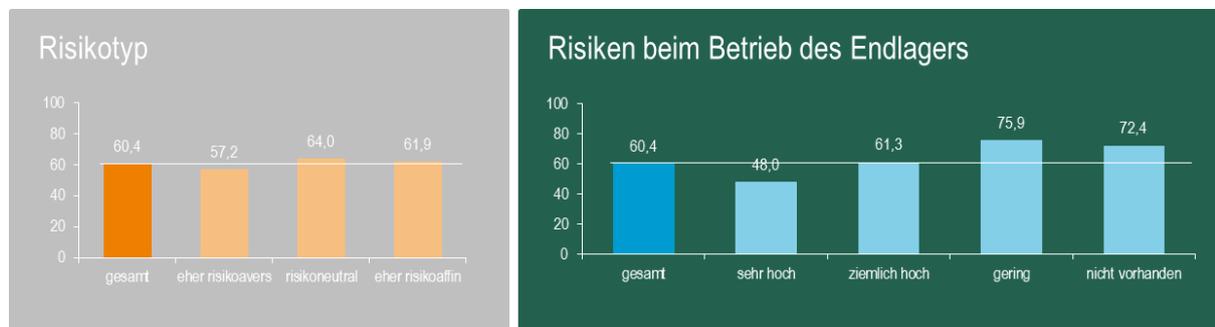
Abbildung 5-15 Vertrauen in Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „sehr starkes Vertrauen“ und „eher starkes Vertrauen“ | Unterschiede sind signifikant

Nicht verwunderlich ist, dass Personen, die beim Betrieb des Endlagers sehr hohe Risiken sehen, den Behörden weniger vertrauen als andere (vgl. Abbildung 5-16). Nur 48 Prozent haben hier sehr oder eher starkes Vertrauen. Bei denen, die nur geringe oder gar keine Risiken sehen, ist es entsprechend höher (76 und 72 Prozent).

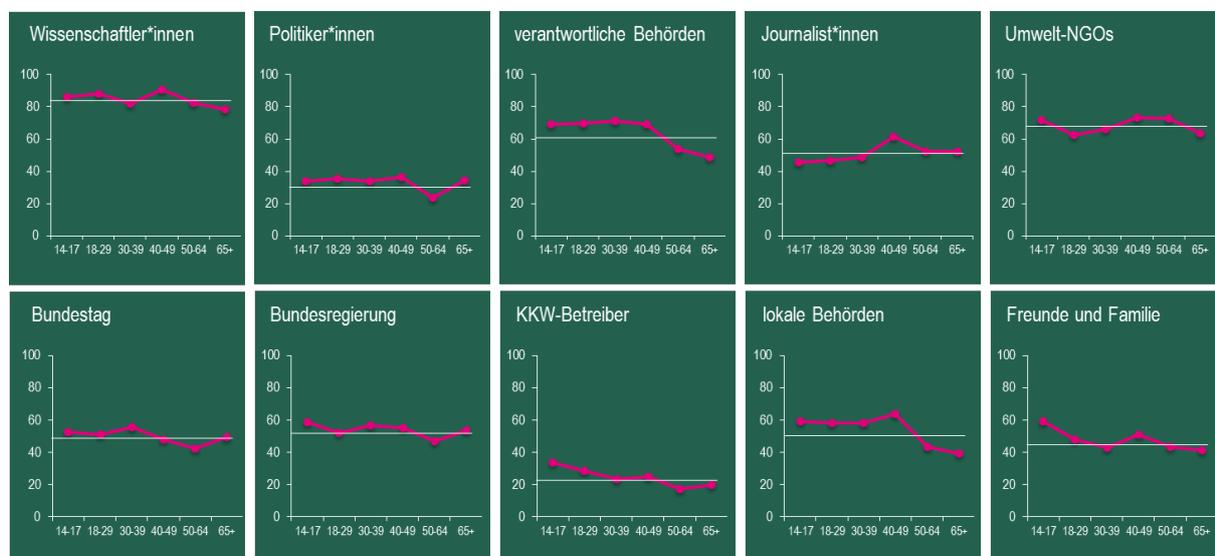
Abbildung 5-16 Vertrauen in Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind nach Risikoeinstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „sehr starkes Vertrauen“ und „eher starkes Vertrauen“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Um das Vertrauen in die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlichen Behörden im Kontext beurteilen zu können, ist auch die Vertrauensverteilung für die anderen abgefragten Informationsquellen interessant. Da es für die zielgruppenspezifische Ansprache eine große Rolle spielt, konzentrieren wir uns dabei zunächst auf das Alter. In Abbildung 5-17 sind dazu die Summen der Anteile „sehr starkes Vertrauen“ und „eher starkes Vertrauen“ für alle abgefragten Informationsquellen nach Altersgruppen dargestellt. Da es eher um Muster in der Verteilung geht, haben wir die konkreten Prozentzahlen nicht ausgewiesen.

Abbildung 5-17 Vertrauen in verschiedene Informationsquellen nach Altersgruppen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „sehr starkes Vertrauen“ und „eher starkes Vertrauen“

Es zeigen sich verschiedene Muster. So sinkt nicht nur das Vertrauen in die für den Umgang mit hochradioaktiven Abfällen verantwortlichen Behörden ab dem 50. Lebensjahr, sondern auch das in lokale und regionale Behörden – also möglicherweise in das Behördenhandeln allgemein. Auch bei den anderen

Informationsquellen zählen ältere Befragte eher zu den skeptischeren. Vertrauensspitzen gibt es demgegenüber bei vielen Quellen in der Gruppe der 40-49-Jährigen. Jüngere Befragte zeigen vor allem bei Umwelt-NGOs, den Betreibern von Kernkraftwerken sowie Freunden und Familienmitgliedern ein höheres Vertrauen als andere.

Mit Blick auf den Bildungsgrad zeigt sich bei den meisten Informationsquellen ein ähnliches Muster: Je höher der Schulabschluss ist, desto stärker ist das Vertrauen. Eine Ausnahme bilden Energieunternehmen, die Kernkraftwerke betreiben: Hier sinkt das Vertrauen mit steigendem Bildungsgrad.

Interessant ist noch die Differenzierung nach dem Grad, wie hoch das Risiko beim Betrieb eines Endlagers eingeschätzt wird (vgl. Abbildung 5-18). Wird es als gering oder nicht vorhanden betrachtet, dann ist das Vertrauen in die für den Umgang mit hochradioaktiven Abfällen verantwortlichen Behörden, den Bundestag, die Bundesregierung und Politiker*innen überdurchschnittlich hoch. Demgegenüber werden in dieser Personengruppe Umwelt-NGOs und vor allem Freunde und Familienmitglieder als deutlich weniger vertrauenswürdig betrachtet als bei Personen, die ein eher oder sehr hohes Risiko beim Betrieb eines Endlagers sehen. Generell vertrauen also durch ein Endlager weniger beunruhigte Personen eher den staatlichen Institutionen. Auf der anderen Seite vertrauen die eher beunruhigten Personen stärker nicht-staatlichen Akteuren.

Abbildung 5-18 Vertrauen in verschiedene Informationsquellen nach Einschätzung des Risikos beim Betrieb eines Endlagers



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „sehr starkes Vertrauen“ und „eher starkes Vertrauen“

6 Akzeptanz und Teilhabe

6.1 Akzeptanzstatus in Bezug auf ein mögliches Teilgebiet am Wohnort

Gewünschte Entfernung des Endlagers

Deutschland ist ein dicht besiedeltes Land. Deshalb ist es sehr wahrscheinlich, dass sich das geplante Endlager für hoch radioaktive Abfälle in der Nähe einer oder mehrerer Siedlungen befinden wird. Wir wollten von den Befragten wissen, wie weit ein solches Endlager mindestens von ihrem eigenen Wohnort entfernt sein sollte. Wie Abbildung 6-1 zeigt, präferieren diese eine möglichst große Entfernung. 21 Prozent können mit einem Abstand von bis zu 50 Kilometern leben, 27 Prozent mit einem zwischen 50 und 250 Kilometern. Fast die Hälfte (46 Prozent) plädiert jedoch für einen Abstand von mindestens 250 Kilometern. In dieser Kategorie befinden sich auch einige Befragte, die nach eigenen Angaben das Endlager möglichst mehrere Tausend Kilometer weit entfernt, „auf dem Mond“ oder irgendwo anders „im Universum“ positioniert wissen wollen.

Abbildung 6-10 Gewünschte Entfernung eines Endlagers vom eigenen Wohnort

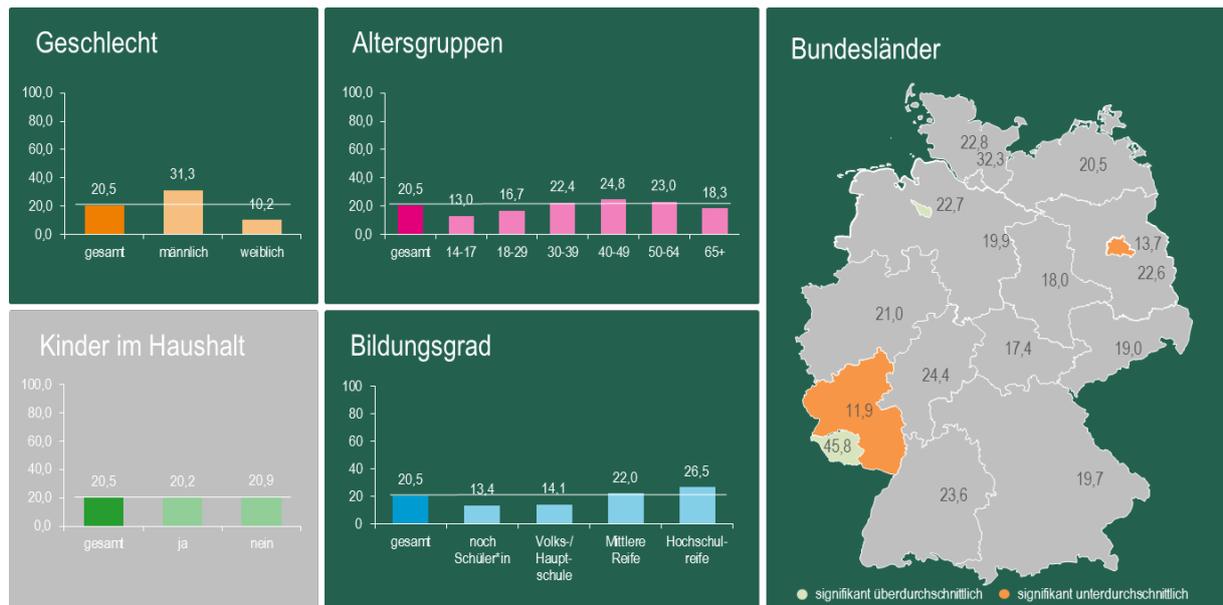


in Prozent aller Befragten | N=3.172

Fragestellung: Wie weit sollte ein Endlager für hochradioaktive Abfälle Ihrer Meinung nach mindestens von Ihrem Wohnort entfernt sein?

Bei der präferierten Entfernung des Endlagers vom eigenen Wohnort gibt es Unterschiede zwischen verschiedenen demographischen Gruppen. Um diese zu verdeutlichen, haben wir darauf geschaut, wie hoch der Anteil derjenigen ist, die das Endlager in der näheren Umgebung – also im Umkreis von bis zu 50 Kilometern – akzeptieren würden. Abbildung 6-2 zeigt, dass Männer dies deutlich häufiger tun würden als Frauen. 31 Prozent von ihnen gaben eine Entfernung von bis zu 50 Kilometern an – bei weiblichen Befragten taten dies nur 10 Prozent. Außerdem steigt die Akzeptanz des Endlagers in der näheren Umgebung mit dem Alter. Unter den 14-17-Jährigen wären nur 13 Prozent mit einer Entfernung bis zu 50 Kilometern einverstanden, am höchsten ist der Wert bei den 40-49-Jährigen (25 Prozent). Danach sinkt er wieder leicht. Auch der Bildungsabschluss hat einen Einfluss auf die Akzeptanz. Während nur 14 Prozent der Volks- und Hauptschulabsolvent*innen das Endlager in einer Entfernung von bis zu 50 Kilometern von ihrem Wohnort akzeptieren würden, sind es bei den Personen mit (Fach-)Hochschulreife 27 Prozent.

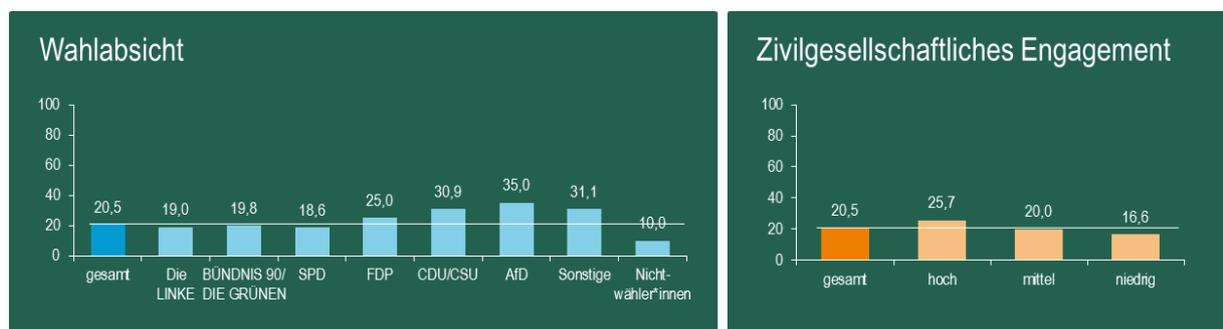
Abbildung 6-2 Akzeptanz eines Endlagers in bis zu 50 km Entfernung nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Summe der Anteile von „bis 5 km“ und „5 bis 50 km“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Überdurchschnittlich häufig akzeptieren Wähler*innen der AfD (35 Prozent), der CDU und sonstiger Parteien (jeweils 31 Prozent) das Endlager im 50-km-Umkreis um ihren Wohnort. Besonders selten sagen dies die Nichtwähler*innen (10 Prozent). Und je höher das zivilgesellschaftliche Engagement ist, desto häufiger beträgt die Mindestentfernung für das Endlager bis zu 50 Kilometer (26 Prozent bei hohem und 17 Prozent bei niedrigem Engagement, vgl. Abbildung 6-3).

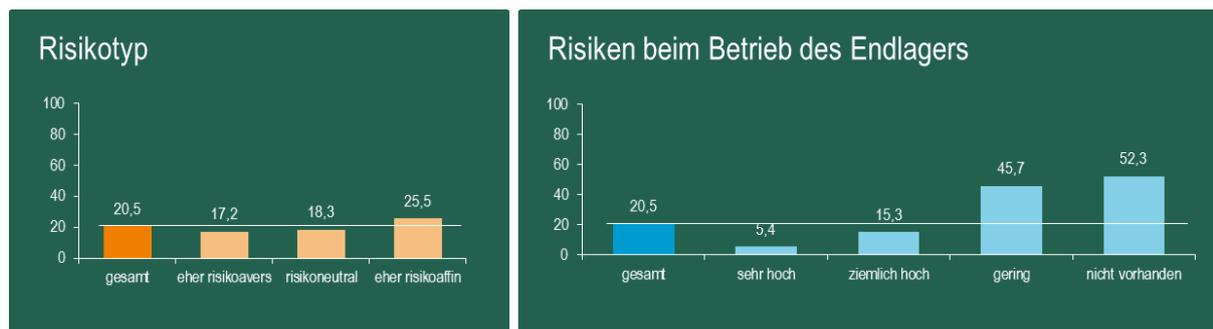
Abbildung 6-3 Akzeptanz eines Endlagers in bis zu 50 km Entfernung nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Summe der Anteile von „bis 5 km“ und „5 bis 50 km“ | Unterschiede sind signifikant

Natürlich hat die Entfernung vom Wohnort, in der man ein Endlager akzeptiert, auch etwas mit dem wahrgenommenen Risiko zu tun. Hält man den Betrieb des Endlagers für sehr riskant, dann akzeptieren es nur 5 Prozent der Befragten im Umkreis bis zu 50 Kilometern. Bei der Erwartung ziemlich hoher Risiken sind es 15 Prozent. Hält man den Betrieb jedoch für (fast) sicher, dann kann rund jede*r Zweite mit einem Endlager in der näheren Umgebung leben (vgl. Abbildung 6-4).

Abbildung 6-4 Akzeptanz eines Endlagers in bis zu 50 km Entfernung nach Risikoeinstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Summe der Anteile von „bis 5 km“ und „5 bis 50 km“ | Unterschiede sind signifikant

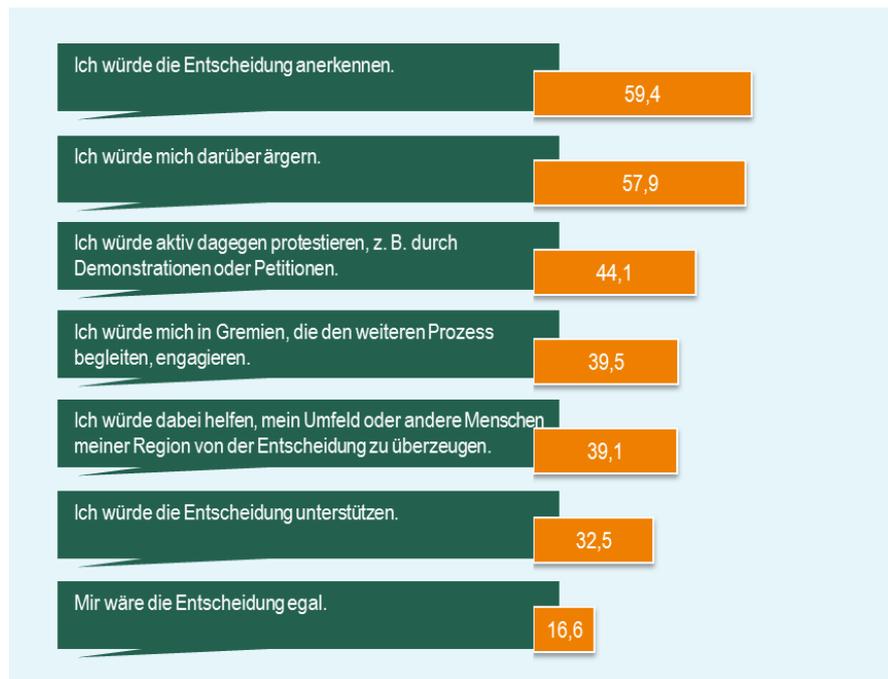
Akzeptanz und Widerstand in Bezug auf die Teilgebiete

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat am 28. September 2020 den „Zwischenbericht Teilgebiete“ veröffentlicht und dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung übergeben. Damit sind erstmals Gebiete der „weißen Landkarte“ von Deutschland für die Endlagersuche ausgeschlossen. Der Bericht und die nachfolgende „Fachkonferenz Teilgebiete“ bieten erste Einblicke in den Prozess und die Zwischenergebnisse der Standortsuche. Außerdem besteht nun die Möglichkeit, sich als Bürger*in in den Suchprozess einzubringen.

Wir haben die Befragten noch vor Veröffentlichung dieses Berichts (zum Untersuchungszeitraum siehe Abschnitt 9) darum gebeten uns mitzuteilen, was sie tun würden, wenn ihr Wohnort in einem der nicht ausgeschlossenen Teilgebiete liegen würde. Dazu haben wir verschiedene Verhaltensweisen vorgegeben, die von einer aktiven Unterstützung dieser Entscheidung bis hin zu aktivem Widerstand gegen die Entscheidung reichen. Anhand der Zustimmung zu diesen Aussagen können wir eine so genannte „Akzeptanz-Matrix“ (vgl. Schweizer-Ries 2011) entwerfen, die aufzeigt, wie aktiv sich die Bevölkerung für oder gegen die Einbeziehung ihres Wohnortes in die weitere Endlagersuche einsetzt. Zur Auswahl der Akzeptanz-Matrix für die Konzeption der vorliegenden Studie siehe auch Götte, Sebastian / Ludewig, Yvonne 2020, 7ff.

Zunächst zeigt Abbildung 6-5 aber die reinen Zustimmungswerte zu den einzelnen Aussagen. Da die Aussagen einzeln präsentiert wurden und auch einzeln bewertet werden sollten, ergeben sich zwischen den Zustimmungen Überschneidungen. Wie wir diese in Bezug auf die (Nicht-)Akzeptanz bewerten, erklären wir später. Jeweils etwa gut die Hälfte aller Befragten erkennt die Entscheidung an bzw. ärgert sich darüber. Beides sind zunächst passive Positionen. Die Aussage „Ich würde die Entscheidung unterstützen.“ weist bereits in eine aktivere Richtung. Ihr stimmen 33 Prozent der Befragten zu. Weitere 39 Prozent würden noch einen Schritt weiter gehen und dabei helfen, andere Menschen in ihrem Umfeld oder ihrer Region von der Entscheidung zu überzeugen. Auf der anderen Seite würden 44 Prozent der Befragten aktiv gegen die Auswahl ihrer Region als Teilgebiet protestieren. 40 Prozent stimmen der Aussage zu, dass sie sich in Gremien, die den weiteren Prozess begleiten, engagieren würden. Nur 17 Prozent der Befragten wäre die Entscheidung egal.

Abbildung 6-5 Akzeptanz oder Widerstand in Bezug auf die Teilgebiete

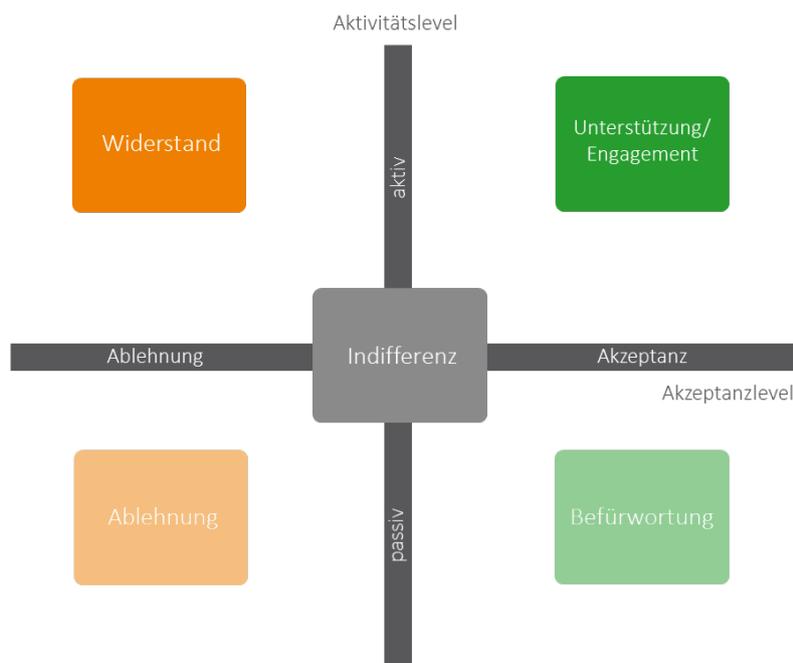


jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172

Fragestellung: Im Herbst sollen von der Bundesgesellschaft für Endlagerung Gebiete in Deutschland benannt werden, die günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle erwarten lassen. Was würden Sie tun, wenn Sie in einem dieser Gebiete leben würden?

Diese Antworten kann man nun in einer so genannten „Akzeptanz-Matrix“ anordnen, wie sie Schweizer-Ries et al. (2011) entworfen haben. Sie unterscheiden dabei zwischen aktiver Handlung und passiver Einstellung und versehen die Matrix deshalb mit den zwei Dimensionen des Akzeptanzlevels und des Aktivitätslevels (vgl. Abbildung 6-6). Die Matrix besteht dann aus fünf Bereichen: Der Idealzustand ist erreicht, wenn ein Individuum oder eine Gruppe von Akteuren ein Akzeptanzobjekt sowohl akzeptiert als auch aktiv unterstützt. Diesen Sektor der aktiven Akzeptanz bezeichnen die Autor*innen als „Unterstützung/Engagement“. Akzeptanz ohne größere Aktivitäten ist danach „Befürwortung“. Auf der anderen Seite können Individuen dem Akzeptanzobjekt eher ablehnend gegenüber stehen, jedoch keine Aktivität zeigen. Sie befinden sich dann den Autor*innen zufolge im Zustand der „Ablehnung“. Entwickeln sie Aktivitäten, gelangen sie in den Zustand des „Widerstands“. Nicht immer entwickeln Individuen eine eindeutige Position zu einem Akzeptanzobjekt. Dann verhalten sie sich „indifferent“.

Abbildung 6-6 Akzeptanzmatrix nach Schweizer-Ries (eigene Darstellung nach Schweizer-Ries 2011, S. 11)



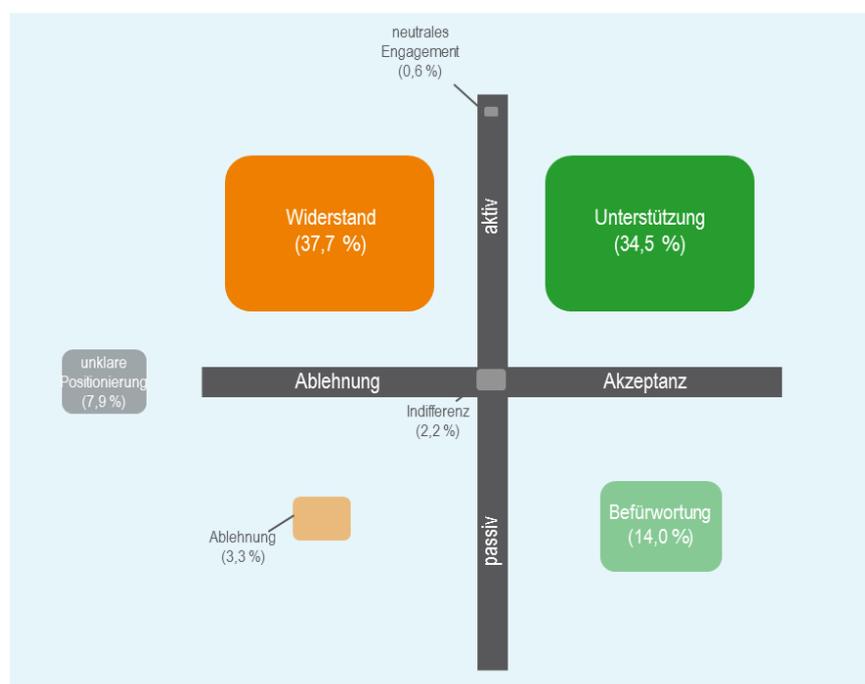
Im vorliegenden Fall ist das Akzeptanzobjekt, dass der eigene Wohnort in einem weiter zu untersuchenden Teilgebiet im Rahmen der Endlagersuche liegt. In Tabelle 6-1 haben wir dargestellt, wie wir aus den in Abbildung 6-5 geäußerten Positionen die Befragten den fünf Gruppen der Akzeptanzmatrix zugeordnet haben.

Tabelle 6-11 Zuordnung der Aussagen zu Akzeptanz oder Widerstand zu den Feldern der Akzeptanz-Matrix

Aussage	in Verbindung mit der Aussage	Akzeptanzstatus
Ich würde aktiv dagegen protestieren, z. B. durch Demonstrationen oder Petitionen.	immer	Widerstand
Ich würde mich in Gremien, die den weiteren Prozess begleiten, engagieren.	Ich würde mich darüber ärgern.	Widerstand
Ich würde mich darüber ärgern.	ohne Aussage aus Kategorie „Widerstand“	Ablehnung
Ich würde die Entscheidung unterstützen.	immer	Unterstützung
Ich würde dabei helfen, mein Umfeld oder andere Menschen meiner Region von der Entscheidung zu überzeugen.	immer	Unterstützung
Ich würde mich in Gremien, die den weiteren Prozess begleiten, engagieren.	Ich würde die Entscheidung anerkennen.	Unterstützung
Ich würde die Entscheidung anerkennen.	ohne Aussage aus Kategorie „Unterstützung“	Befürwortung
Mir wäre die Entscheidung egal.	allein stehend	Indifferenz

Die daraus entstehende Akzeptanzmatrix für ein Teilgebiet, in dem sich der eigene Wohnort befindet, stellt Abbildung 6-7 dar. Deutlich zu sehen ist dort, dass sich die meisten Befragten in die Sektoren Widerstand und Unterstützung einordnen lassen – also den aktiven Teil der Matrix. Beide sind etwa gleich stark gefüllt, jeweils ein gutes Drittel der Befragten würde ein solches Teilgebiet aktiv unterstützen oder bekämpfen. Auf der passiven Seite würden es 14 Prozent befürworten und 3 Prozent ablehnen. Komplette indifferent sind nur 2 Prozent der Befragten, bei 8 Prozent war aufgrund der Zustimmung zu sich widersprechenden Aussagen die Zuordnung nicht möglich. Diese Verteilung würde prognostizieren, dass mit der Festlegung der Teilgebiete in den betroffenen Regionen spürbare zivilgesellschaftliche Aktivitäten entstehen würden. Bei der Prognose ihres eigenen Verhaltens sind Menschen jedoch typischerweise zu „optimistisch“. Nur ein Teil dessen, was sie tun wollen, tun sie auch wirklich. Wir gehen also sehr stark davon aus, dass die Verteilung auf der Dimension der Aktivität einen Bias in Richtung des aktiven Teils hat. Verlässlicher ist die Verteilung auf der Dimension der Akzeptanz. In einer nächsten Befragung wäre es sinnvoll, die tatsächlich stattgefundenen Aktivitäten zu ermitteln und so diese Matrix zu validieren.

Abbildung 6-7 Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete



in Prozent aller Befragten | N=3.172

Beim folgenden Blick auf die Akzeptanzmatrizen in den demographischen Gruppen konzentrieren wir uns auf die vier Felder „Unterstützung“, „Befürwortung“, „Ablehnung“ und „Widerstand“ (vereinfacht „Akzeptanzgruppen“ genannt). Die Gruppen „Indifferenz“ und „neutrales Engagement“ sind sehr gering und außerdem über die Gruppen weitgehend gleich stark besetzt, weshalb ihre weitere Differenzierung keine zusätzlichen Erkenntnisse bringt. Die Gruppen in den vier Sektoren der Matrix sind in ihrer demographischen Struktur relativ heterogen. Dennoch zeigen sich hinsichtlich einzelner demographischer Merkmale Spezifika. In Abbildung 6-8 ist die Verteilung der Akzeptanzgruppen nach Geschlecht dargestellt. Deutlich zu sehen ist, dass Männer am häufigsten der Gruppe „Widerstand“ zugeordnet werden können (45 Prozent), Frauen hingegen der Gruppe „Unterstützung“ (42 Prozent). Dies ist insofern interessant, als Frauen bei vielen anderen Fragen die vorsichtigeren oder skeptischeren Position eingenommen haben. Dies schlägt sich aber offensichtlich nicht in ihrem prognostizierten Verhalten gegenüber einer möglichen Betroffenheit ihrer Region nieder.

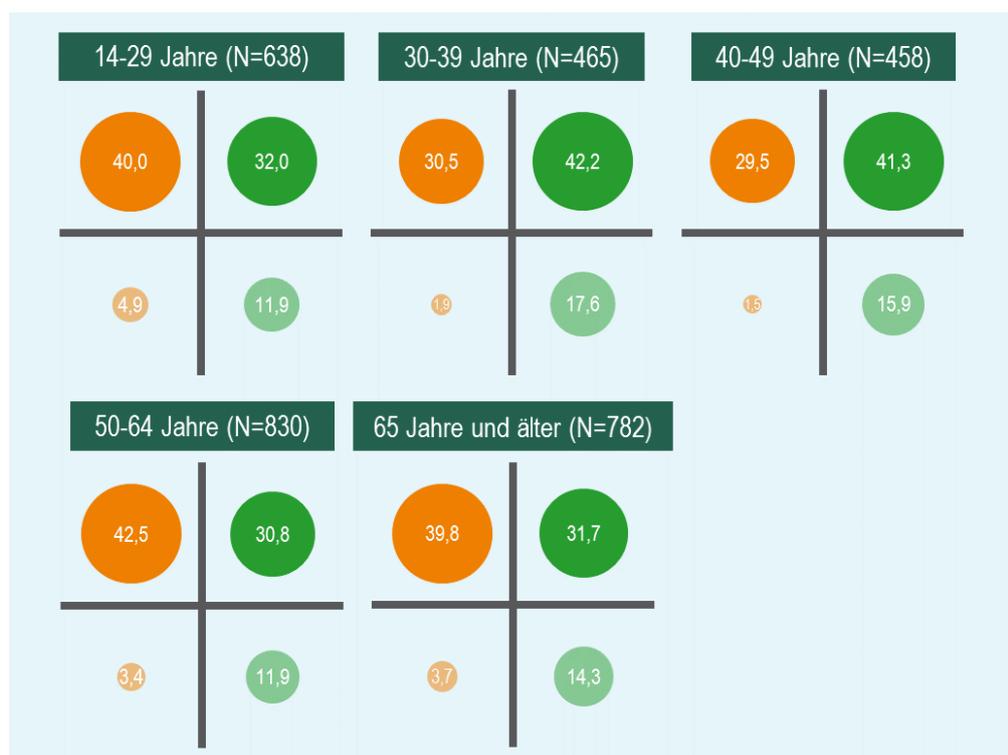
Abbildung 6-8 Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete differenziert nach Geschlecht



jeweils in Prozent aller Befragten

Ein Blick auf die Altersgruppen zeigt eine wellenförmige Verteilung. Im Alter zwischen 14 und 29 Jahren befinden sich die meisten Befragten in der Gruppe „Widerstand“ (40 Prozent vs. 32 Prozent „Unterstützung“). Zwischen 30 und 49 Jahren ist die Mehrheit Unterstützer*in (42 bzw. 41 Prozent), anschließend wechselt sie wieder zum „Widerstand“ (43 Prozent bei den 50-64-Jährigen und 40 Prozent darüber). Das Verhältnis zwischen den passiveren Gruppen „Befürwortung“ und „Ablehnung“ ändert sich dabei nicht wesentlich. Insgesamt ergibt sich dadurch folgendes Verhältnis zwischen (aktiver oder passiver) Akzeptanz und (aktiver oder passiver) Nicht-Akzeptanz: Bei den 14-29-Jährigen sowie Personen ab dem 50. Lebensjahr sind beide Gruppen etwa gleich groß. Zwischen dem 30. und 49. Lebensjahr überwiegt die Gruppe Akzeptanz die Gruppe Nicht-Akzeptanz um mehr als 25 Prozentpunkte (vgl. Abbildung 6-9).

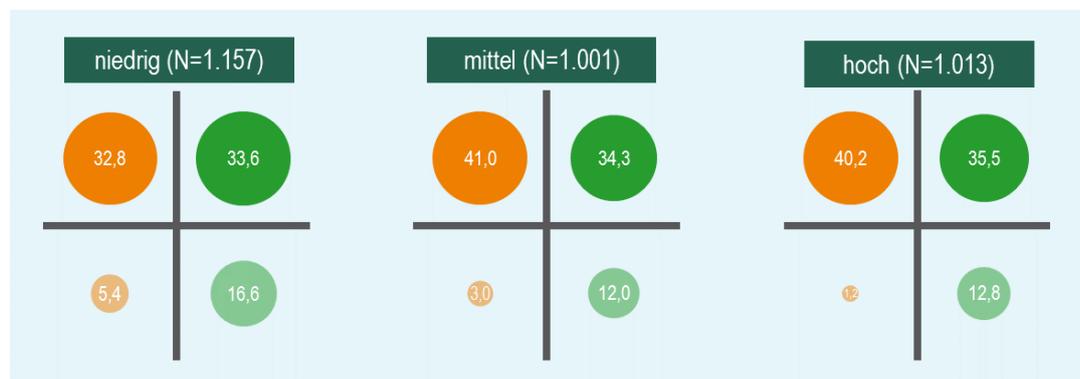
Abbildung 6-9 Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete differenziert nach Altersgruppen



jeweils in Prozent aller Befragten

Weitere wesentliche Unterschiede zwischen demographischen Gruppen existieren nicht. Kleinere Differenzen zeigen sich mit Blick auf das zivilgesellschaftliche Engagement der Befragten (vgl. Abbildung 6-10). Berichten sie ein niedriges Engagement, dann sind die Gruppen „Widerstand“ und „Unterstützung“ etwa gleich groß. Zieht man die passiven Gruppen hinzu, ergibt sich jedoch ein leichtes Übergewicht der Akzeptanz. Wird das zivilgesellschaftliche Engagement höher, dann sammeln sich mehr Befragte in der Gruppe „Widerstand“. Die passiven Gruppen schrumpfen etwas. Personen mit hohem zivilgesellschaftlichem Engagement finden sich überwiegend auf der Seite Akzeptanz.

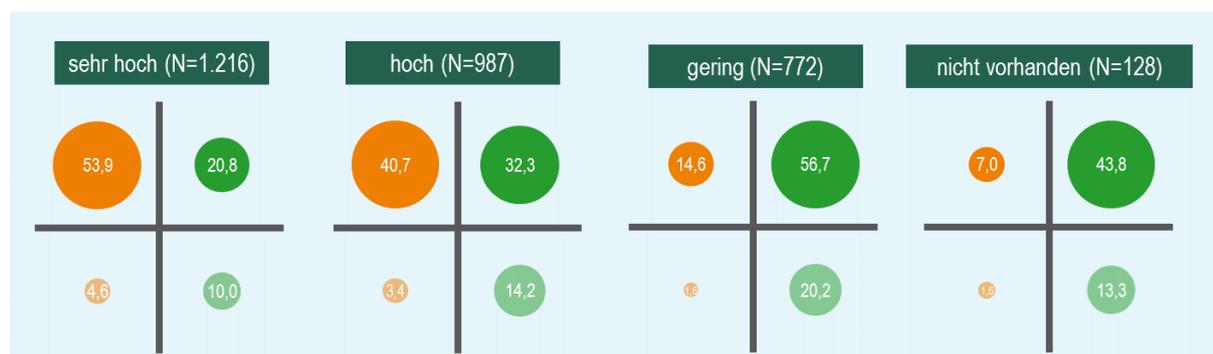
Abbildung 6-10 Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete differenziert nach zivilgesellschaftlichem Engagement



jeweils in Prozent aller Befragten

Sehr viel deutlicher sind die Unterschiede, wenn man die Wahrnehmung von Risiken beim Betrieb eines Endlagers als Differenzierungskriterium anwendet (vgl. Abbildung 6-11). Werden diese als sehr hoch betrachtet, dann sammeln sich 54 Prozent der Befragten in der Gruppe „Widerstand“, nur 21 Prozent sind dann Unterstützer*innen. Auch die passiven Befürworter*innen haben nur einen vergleichsweise geringen Anteil von 10 Prozent. Bei hohen wahrgenommenen Risiken überwiegt die Gruppe „Widerstand“ ebenfalls leicht die Gruppe „Unterstützung“ (41 vs. 32 Prozent). Insgesamt sind aber die beiden Seiten Akzeptanz und Nicht-Akzeptanz etwa gleich groß. Deutlich anders sieht die Verteilung bei den Personen aus, die entweder kein oder nur ein geringes Risiko beim Betrieb eines Endlagers sehen. Hier überwiegt die Gruppe der Unterstützer*innen klar die Gruppe Widerstand (bei geringem wahrgenommenen Risiko z. B. 57 Prozent zu 15 Prozent). Außerdem ist die Seite Akzeptanz deutlich größer als die Seite Nicht-Akzeptanz. Die wahrgenommenen Risiken haben also erwartbar einen sehr großen Einfluss auf die Akzeptanzgruppen.

Abbildung 6-11 Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete differenziert nach Einschätzung der Risiken beim Betrieb des Endlagers

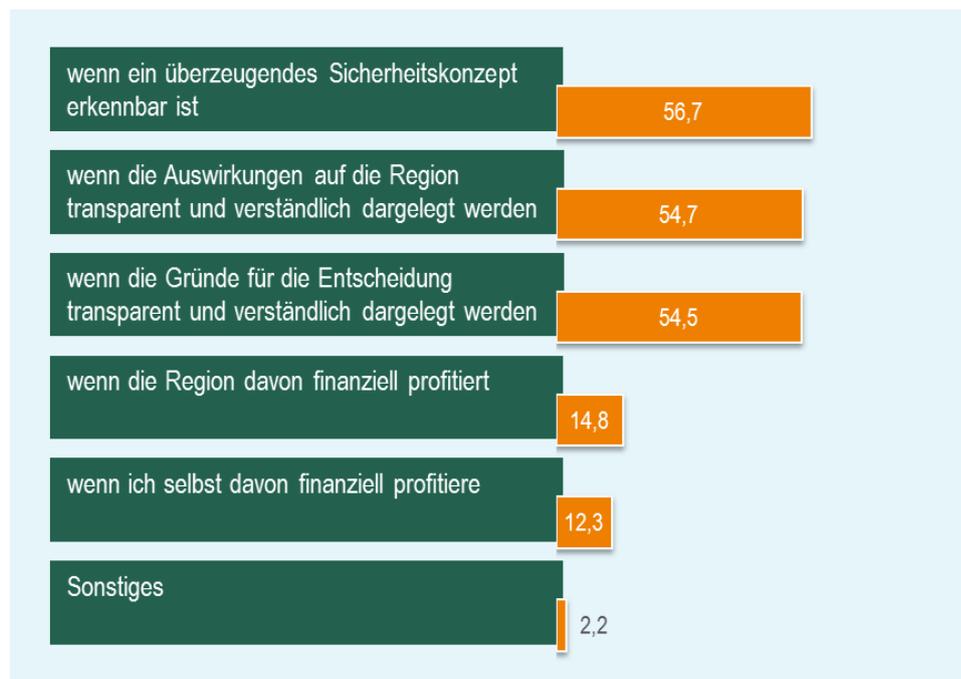


jeweils in Prozent aller Befragten

Mögliche Akzeptanztreiber

Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass sich ursprüngliche(r) Skepsis oder Widerstand abmildern oder sogar auflösen lassen. Dies kann zum einen geschehen, indem transparente und verständliche Informationen darüber gegeben werden, was geschehen soll und welche Auswirkungen es auf die Betroffenen hat. So können sie ihre Bedenken neu gewichten oder vielleicht auch revidieren. Zum anderen können für gefühlte Benachteiligungen durch ein mögliches Endlager Kompensationen angeboten werden. Dies könnte dazu führen, dass die Betroffenen das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Vorhabens neu bewerten und es dann nicht mehr so stark ablehnen oder sogar befürworten. Wir nennen diese Möglichkeiten, Widerstand oder Ablehnung in Befürwortung oder Unterstützung umzuwandeln, „Akzeptanztreiber“. Ihre mögliche Wirksamkeit ist in Abbildung 6-12 dargestellt. Ganz klar ist dort erkennbar, dass es vor allem Informationen sind, welche die Befragten zum Umdenken bewegen würden. Jeweils gut die Hälfte derjenigen, welche ein Teilgebiet in ihrem Wohnumfeld erst einmal nicht befürworten oder unterstützen würden, würde es eher tolerieren, wenn ein überzeugendes Sicherheitskonzept erkennbar ist oder transparent und verständlich dargelegt wird, auf welchen Gründen die Entscheidung basiert bzw. welche Auswirkungen diese auf die Region hat. Finanzielle Ausgleichs haben demgegenüber fast keine Wirkung auf den Akzeptanzstatus. Nur 15 Prozent würden einlenken, wenn die Region finanziell profitiert, 12 Prozent, wenn sie selbst es tun würden. In diesem noch frühen Prozess der Standortsuche sind also transparente und verständliche Informationen das A und O, wenn es darum geht, kritische Bevölkerungsteile mitzunehmen. Es ist jedoch auch denkbar, dass finanzielle Entschädigungen aufgrund sozialer Erwünschtheit etwas unterschätzt werden.

Abbildung 6-12 Mögliche Akzeptanztreiber in Bezug auf die Teilgebiete

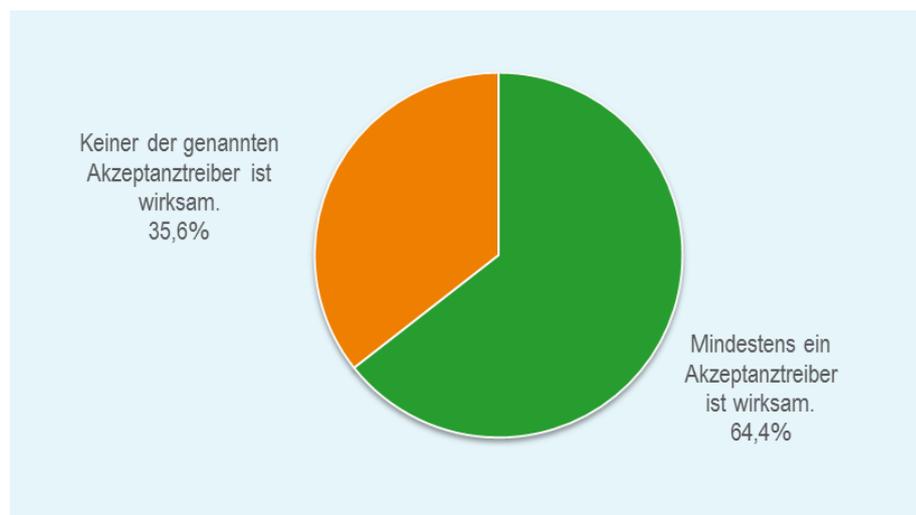


jeweils in Prozent aller Befragten, die die Entscheidung nicht anerkennen oder unterstützen bzw. bei der Überzeugung ihres Umfelds von der Entscheidung mithelfen würden | N=758

Fragestellung: Was würde Ihnen dabei helfen, die Entscheidung für ein mögliches Endlager in Ihrer Region eher zu tolerieren?

Alle angebotenen Akzeptanztreiber zusammen können rund zwei von drei Skeptiker*innen (das sind die Befragten, welche die Entscheidung für ihre Region nicht anerkennen oder unterstützen bzw. bei der Überzeugung ihres Umfelds von der Entscheidung mithelfen würden) dazu bewegen, eine Entscheidung für ein mögliches Endlager in ihrer Region eher zu tolerieren (vgl. Abbildung 6-13). Die Treiber ergänzen sich damit nur unwesentlich, wenn man bedenkt, dass allein eine der angebotenen Informationen über die Hälfte der Befragten zum Umdenken bewegen könnte. Auch hier gilt: Was uns die Befragten hier hypothetisch prognostizieren, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht in voller Wirkung eintreten. Sicher scheint jedoch, dass mit Hilfe von passgenauen Informationen der ablehnende Anteil der Bevölkerung in den geplanten Teilgebieten deutlich reduziert werden kann.

Abbildung 6-13 Wirksamkeit von Akzeptanztreibern in Bezug auf die Teilgebiete

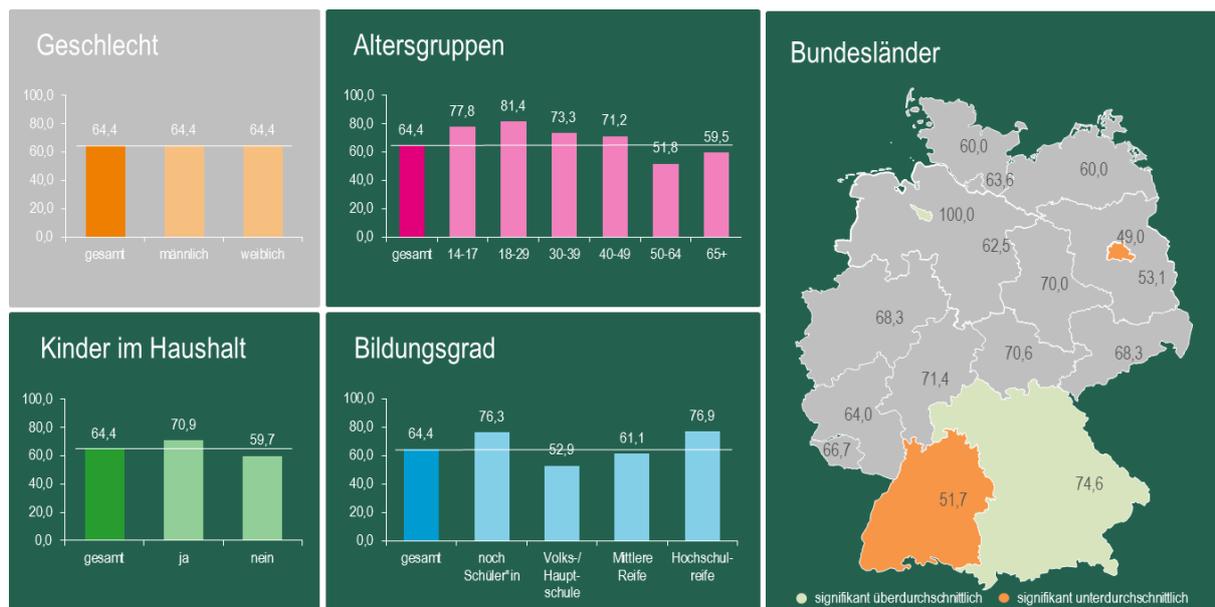


jeweils in Prozent aller Befragten, die die Entscheidung nicht anerkennen oder unterstützen bzw. bei der Überzeugung ihres Umfelds von der Entscheidung mithelfen würden | N=758
 mindestens eine Antwort „trifft zu“ auf die Fragestellung: Was würde Ihnen dabei helfen, die Entscheidung für ein mögliches Endlager in Ihrer Region eher zu tolerieren?

Die Akzeptanztreiber wirken bei den Skeptiker*innen in den demographischen Gruppen unterschiedlich stark. So lassen sich jüngere Personen deutlich besser von ihnen überzeugen als ältere. Bis zum 30. Lebensjahr liegt der Anteil derjenigen, bei denen mindestens ein Akzeptanztreiber wirksam wäre, bei um die 80 Prozent (vgl. Abbildung 6-14). Er sinkt dann mit steigendem Alter und beträgt in der Gruppe 50-64 Jahre nur noch 52 Prozent, bei den Ab-65-Jährigen steigt er wieder auf 60 Prozent. Auch der Bildungsgrad hat einen Einfluss darauf. Bei Volks- oder Hauptschulabsolvent*innen beträgt der „Wirkungsgrad“ der Akzeptanztreiber 53 Prozent, bei Personen mit (Fach-)Hochschulreife 77 Prozent. Ähnlich hoch ist er bei den Schüler*innen.

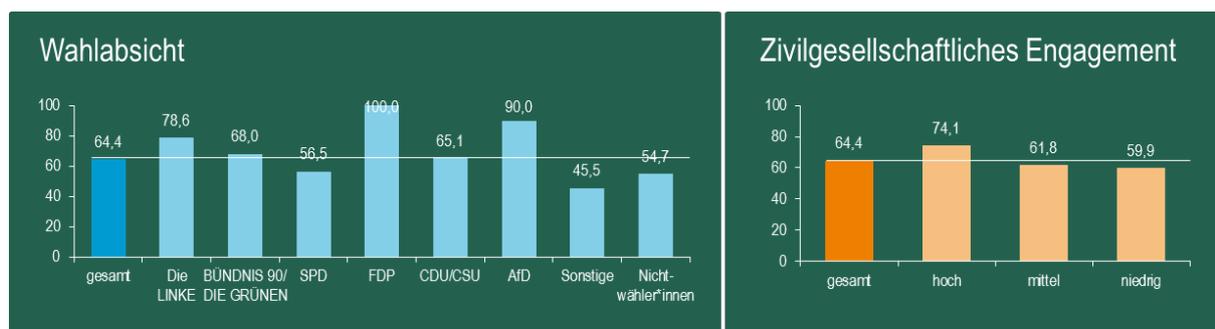
Signifikante Wirksamkeitsunterschiede gibt es auch mit Blick auf die Wahlabsicht der Befragten. Am meisten umstimmen lassen würden sich Wähler*innen der FDP (100 Prozent) und der AfD (90 Prozent). Eher unterdurchschnittlich wirksam wären die Akzeptanztreiber bei Wähler*innen der SPD (57 Prozent), bei Nichtwähler*innen (55 Prozent) und Wähler*innen sonstiger Parteien (46 Prozent). Je höher das zivilgesellschaftliche Engagement ist, desto wirksamer wären die Treiber. Bei Personen mit hohem Engagement ließen sich 74 Prozent von ihnen umstimmen, bei solchen mit niedrigem Engagement 60 Prozent (vgl. Abbildung 6-15).

Abbildung 6-14 Wirksamkeit von Akzeptanztreibern in Bezug auf die Teilgebiete nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten, die die Entscheidung nicht anerkennen oder unterstützen bzw. bei der Überzeugung ihres Umfelds von der Entscheidung mithelfen würden | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

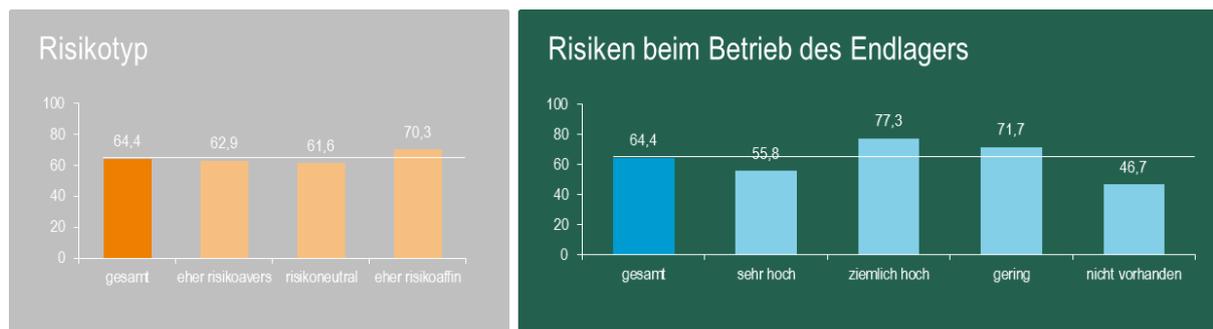
Abbildung 6-15 Wirksamkeit von Akzeptanztreibern in Bezug auf die Teilgebiete nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten, die die Entscheidung nicht anerkennen oder unterstützen bzw. bei der Überzeugung ihres Umfelds von der Entscheidung mithelfen würden | Unterschiede sind signifikant

Und einen Einfluss hat auch, wie hoch die Risiken beim Betrieb eines solchen Endlagers eingeschätzt würden (vgl. Abbildung 6-16). Unterdurchschnittlich wirksam sind die Akzeptanztreiber, wenn das Risiko entweder als sehr hoch (56 Prozent) oder als nicht vorhanden eingeschätzt wird (47 Prozent). In ersterer Gruppe könnten sie wahrscheinlich die sehr starken Bedenken nicht ausreichend zerstreuen, in der zweiten (sehr kleinen) Gruppe scheint es dagegen grundsätzliche Widerstände gegen ein Endlager zu geben, die in anderen Themenbereichen ihre Ursache haben. Wenn die Risikoeinschätzung aber dazwischen liegt, dann sind die Treiber mit über 70 Prozent relativ wirksam. Am meisten würden sie in der Gruppe derjenigen bewirken, die das Risiko als „ziemlich hoch“ bewerten (77 Prozent).

Abbildung 6-16 Wirksamkeit von Akzeptanztreibern in Bezug auf die Teilgebiete nach Risikoeinschätzungen



jeweils in Prozent aller Befragten, die die Entscheidung nicht anerkennen oder unterstützen bzw. bei der Überzeugung ihres Umfelds von der Entscheidung mithelfen würden | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

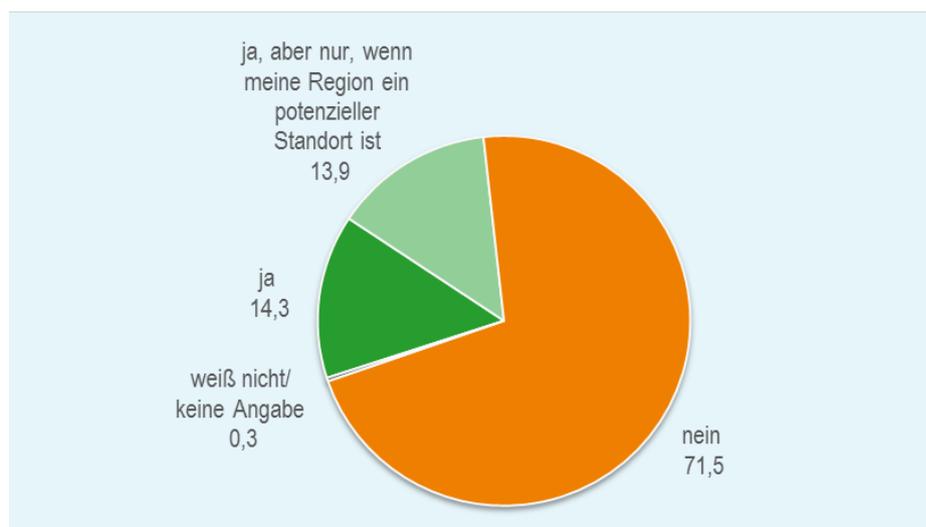
Darüber hinaus zeigt sich auch ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Wirksamkeit der Akzeptanztreiber und der subjektiven Informiertheit zum Thema Endlagersuche. In der (relativ kleinen) Gruppe der Skeptiker*innen, die sich sehr gut informiert fühlen, ist nur bei 50 Prozent der Befragten mindestens einer der vorgeschlagenen Akzeptanztreiber hilfreich. Fühlen sich die Befragten eher gut informiert, wirken Akzeptanztreiber bei 64 Prozent der Personen, fühlen sie sich eher nicht gut informiert bei 72 Prozent. Wenn man sich gar nicht informiert fühlt, sinkt die Wirksamkeit wieder auf 53 Prozent. Wo sie also auf einen gewissen (wenn auch geringen) Informationsstand aufbauen können und wo noch nicht das Gefühl der Informationssättigung besteht, können die Akzeptanztreiber ihre Wirkung am besten entfalten. Fühlt man sich jedoch noch gar nicht in die Debatte integriert – und will es möglicherweise auch nicht sein –, sind die Akzeptanztreiber nicht mehr ganz so hilfreich (wenngleich immerhin noch bei der guten Hälfte der Befragten).

6.2 Teilhabewunsch und Beteiligungsformen

Das StandAG schreibt eine Beteiligung der Öffentlichkeit am Suchprozess vor, und mit der Veröffentlichung des „Zwischenberichts Teilgebiete“ beginnt die erste Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung. Wie stark ist aber der Wunsch in der Bevölkerung, sich am Suchprozess zu beteiligen? Wie Abbildung 6-17 zeigt, ist er zum Zeitpunkt der Befragung – also noch vor der Veröffentlichung des „Zwischenberichts Teilgebiete“ – nur in Teilen der Bevölkerung vorhanden. Insgesamt 28 Prozent der Befragten gaben an, sich beteiligen zu wollen, die Hälfte davon allerdings nur, wenn ihre Region ein potenzieller Standort wäre.

Der Wunsch nach Teilhabe ist bei den Männern etwas höher als bei den Frauen (31 zu 26 Prozent für „ja“ und „ja, aber nur, wenn meine Region ein potenzieller Standort ist“). Außerdem sinkt er deutlich mit steigendem Alter. Während sich bei den 14-17-Jährigen 48 Prozent einbringen wollen, sind es bei den Personen ab dem 65. Lebensjahr nur noch 20 Prozent (vgl. Abbildung 6-18). Personen mit (Fach-)Hochschulreife wollen sich etwas häufiger einbringen als der Durchschnitt (33 Prozent).

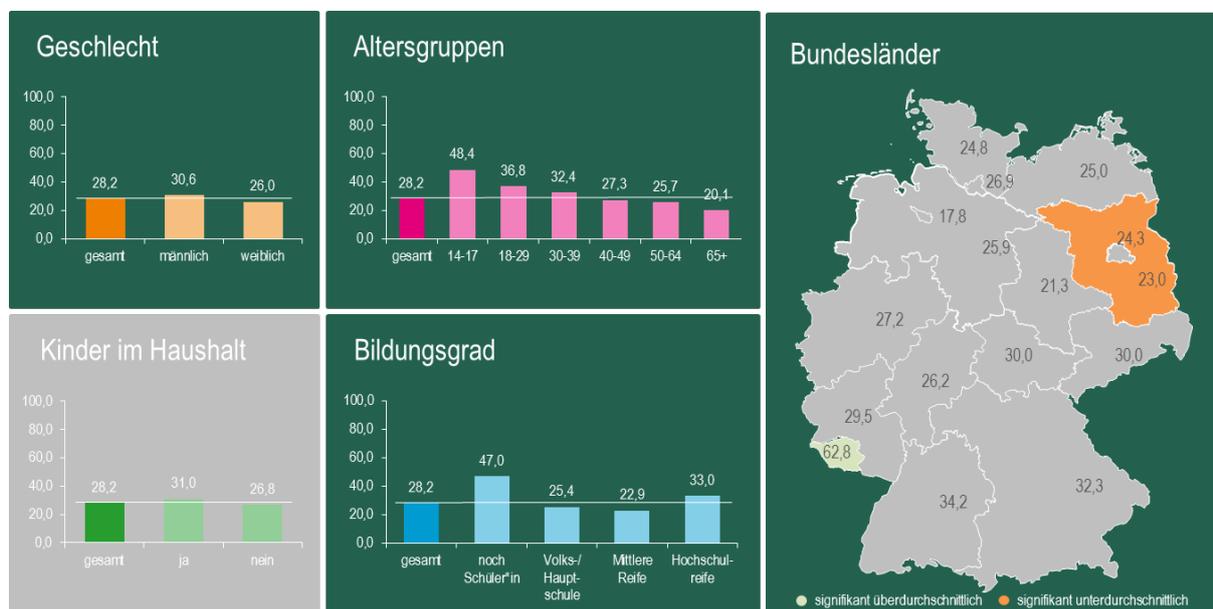
Abbildung 6-17 Teilhabewunsch am Suchprozess



in Prozent aller Befragten | N=3.172

Fragstellung: Haben Sie denn selbst Interesse daran, sich am Prozess der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle in irgendeiner Form zu beteiligen?

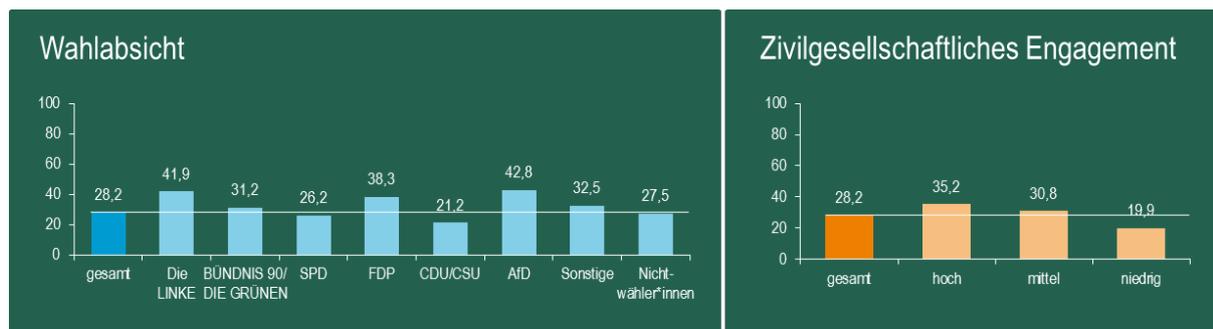
Abbildung 6-18 Teilhabewunsch am Suchprozess nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe der Antworten „ja“ und „ja, aber nur, wenn meine Region ein potenzieller Standort ist“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

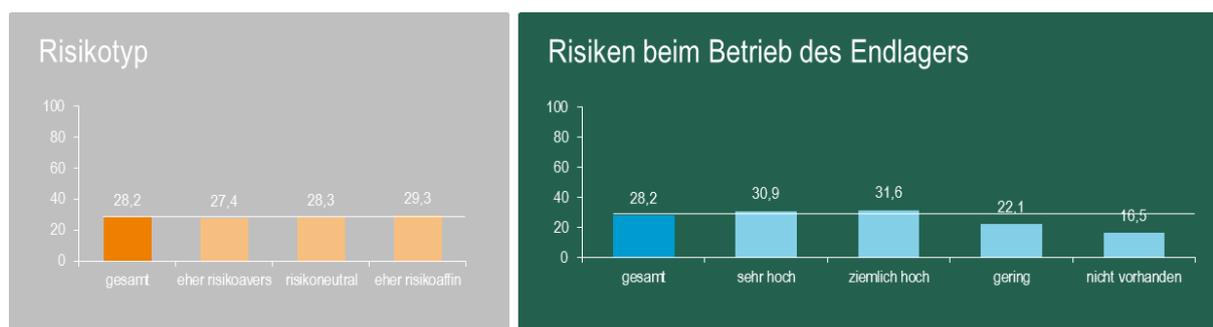
Der Teilhabewunsch am Suchprozess ist auch zwischen den Wähler*innengruppen unterschiedlich stark ausgeprägt (vgl. Abbildung 6-19). So äußern Wähler*innen der AfD (43 Prozent) und der LINKEN (42 Prozent) deutlich häufiger diesen Wunsch als der Durchschnitt. Eher verhalten zeigen sich Wähler*innen der CDU/CSU (21 Prozent). Zu erwarten war, dass der Wunsch nach Teilhabe in der Gruppe mit hohem zivilgesellschaftlichem Engagement besonders ausgeprägt ist (35 Prozent), in dem mit niedrigem Engagement eher nicht (20 Prozent). Und es ist auch nicht erstaunlich, dass die Teilhabe häufiger von Personen gewünscht wird, die im Betrieb des Endlagers Risiken sehen als von solchen, die dies nicht tun (sehr und ziemlich hohes Risiko gut 30 Prozent vs. 22 Prozent bei geringem Risiko, vgl. Abbildung 6-20).

Abbildung 6-19 Teilhabewunsch am Suchprozess nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe der Antworten „ja“ und „ja, aber nur, wenn meine Region ein potenzieller Standort ist“ | Unterschiede sind signifikant

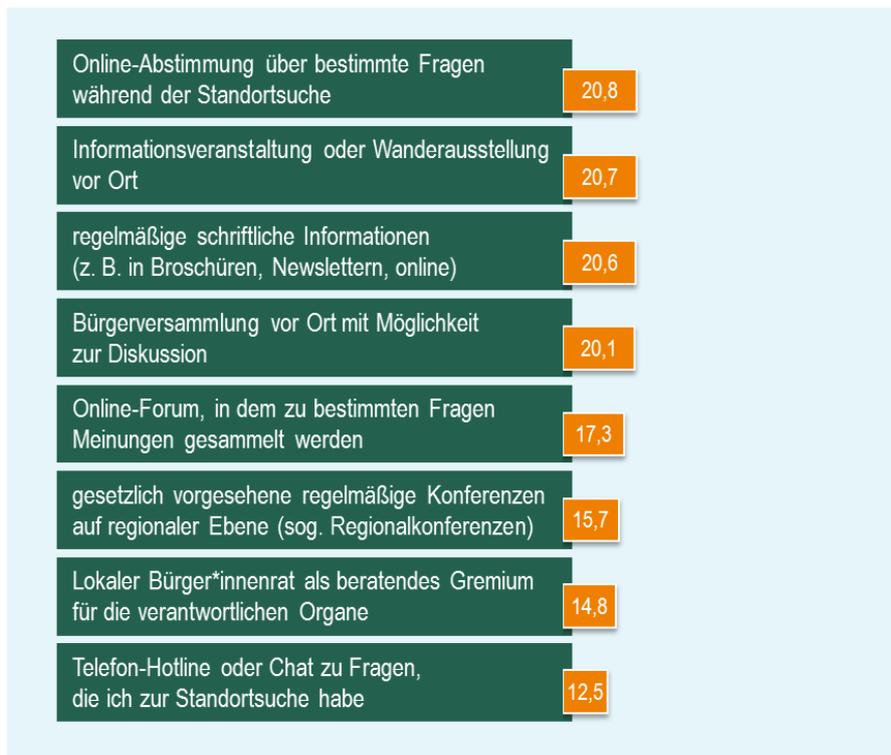
Abbildung 6-20 Teilhabewunsch am Suchprozess nach Risikoeinschätzungen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe der Antworten „ja“ und „ja, aber nur, wenn meine Region ein potenzieller Standort ist“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Wenn Befragte angaben, sich beteiligen zu wollen, wurden ihnen einige mögliche Beteiligungsformate präsentiert. Sie sollten dann angeben, ob sie diese wahrscheinlich nutzen würden oder nicht. Abbildung 6-21 zeigt die Nutzungsanteile auf Basis aller Befragten – also wie sie in der Gesamtbevölkerung verteilt wären und nicht nur bei denjenigen, die sich beteiligen wollen. Vier Formate liegen dabei gleichauf an der Spitze: Informationsveranstaltungen oder Wanderausstellungen sowie schriftliche Informationen als reine Informationsquellen sowie Bürgerversammlungen und Online-Abstimmungen als Möglichkeiten zur Meinungsäußerung. Alle vier würden gut 20 Prozent aller Befragten wahrscheinlich nutzen. An den gesetzlich vorgesehenen Regionalkonferenzen würden 16 Prozent der Bürger*innen wahrscheinlich teilnehmen, ähnlich viele würden sich in lokalen Bürger*innenräten engagieren. Insgesamt liegen die Nutzungswahrscheinlichkeiten noch sehr nahe beieinander, was darauf schließen lässt, dass die Aktiven noch keine Präferenz für bestimmte Beteiligungsmöglichkeiten entwickelt haben.

Abbildung 6-21 Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten



jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.172

Fragestellung: Welche der folgenden Möglichkeiten der Beteiligung bzw. Information würden Sie wahrscheinlich nutzen, welche eher nicht?

7 Soziale Repräsentationen der Endlagersuche

7.1 Das Konzept der sozialen Repräsentationen

Das Konzept der sozialen Repräsentationen haben wir bereits im „Zwischenbericht zum aktuellen wissenschaftlichen Stand und zum methodischen Gesamtkonzept“ als bereichernd für die Analyse der Vorstellungen unterschiedlicher Gruppen von der Endlagersuche eingeführt (vgl. Götte, Sebastian / Ludewig, Yvonne 2020, 4ff.). Zum Verständnis der nachfolgenden Analysen geben wir hier erneut eine kurze Einführung in das Konzept.

Serge Moscovici entwarf seine Theorie der sozialen Repräsentationen als Weiterentwicklung von Émile Durkheims Konzept der „kollektiven Repräsentationen“. Nach Moscovici sind soziale Repräsentationen Systeme von Werten, Ideen und Praktiken, die dazu dienen, 1) eine Ordnung zu schaffen, innerhalb derer sich die Individuen der Gemeinschaft bewegen können, und 2) kommunikative Codes für den gegenseitigen Austausch zu etablieren. Soziale Repräsentationen werden also von Individuen generiert, um sich Dinge zu erklären, die für sie im Kontext ihrer Lebenswirklichkeiten und Kommunikationen wichtig sind. Sie entstehen durch eine Lücke zwischen dem, was man weiß und dem, was man nicht versteht oder erklären kann. Damit dienen sie auch dazu, im Alltag das Gewohnte aus der Vergangenheit mit dem Neuen der Gegenwart zu vereinen.

Das Konzept der „sozialen Repräsentationen“ schlägt somit eine Brücke zwischen Individuum und Gesellschaft. Sie sind zwar kollektives Gut einer bestimmten Gruppe, werden jedoch erst von deren Mitgliedern diskursiv geschaffen und weiterentwickelt. Neue Inhalte werden an den bereits bestehenden Korpus angedockt und verändern sich dabei so, dass sie anschlussfähig werden. Das sichert eine gewisse Konstanz sozialer Repräsentationen bei gleichzeitiger Fähigkeit zur Veränderung: Der bestehende Kern gesicherter Informationen bestimmt das „Framing“ – also den Deutungsrahmen –, vor dem neue Informationen interpretiert und integriert werden. Beispielhaft könnte bezogen auf die Atomkraft eine gesicherte Kerninformation sein, dass die dort verwendeten Kernbrennstäbe für Menschen potenziell gesundheitsgefährdend sind. Neu hinzu kommende Topoi, wie zum Beispiel ein geplantes Endlager für hochradioaktive Abfälle, werden vor diesem Hintergrund interpretiert. *Eine mögliche* Teilinformation bei der Integration eines solchen Endlagers in die soziale Repräsentation der Atomkraft wäre dann, dass es in großer Zahl Elemente enthält, die ein Gesundheitsrisiko für Lebewesen darstellen.

Wie diese sozialen Repräsentationen sich entwickeln, wird im oben angeführten Zwischenbericht ausgeführt. An dieser Stelle ist noch wichtig, dass diese sozialen Repräsentationen natürlich die Diskussionen über ein Thema prägen. Personengruppen gehen mit ihren Vorstellungen von diesem Thema in solche Diskussionen und haben dabei untereinander sowohl gemeinsame als auch unterschiedliche Ansichten. Grundsätzlich ist Kommunikation dann erfolgreicher, wenn die Gesprächspartner*innen eine gemeinsame Basis finden, auf der sie diskutieren können. Um eine Diskussion also fruchtbar und konstruktiv zu gestalten, wäre es sinnvoll, an den Gemeinsamkeiten der sozialen Repräsentationen anzudocken und von dort aus die Unterschiede zu ergründen. Dieser Prämisse folgend, analysieren wir im Folgenden die sozialen Repräsentationen der in Abschnitt 5 ermittelten Akzeptanzgruppen (Widerstand, Ablehnung, Befürwortung, Unterstützung, Indifferenz) vom Thema Endlagersuche. Wo liegen gemeinsame Ansichten, wo unterschiedliche? Und wie können basierend auf diesen Erkenntnissen Kommunikations- und Aushandlungsprozesse mit skeptischen Gruppen stattfinden, um die Toleranz oder Akzeptanz des Prozesses zu erhöhen?

Wir zeichnen im Folgenden zunächst die sozialen Repräsentationen der Endlagersuche in den Akzeptanzgruppen „Widerstand“ und „Unterstützung“ nach. Es handelt sich dabei um die beiden größten Gruppen, aus denen heraus mit der meisten Beteiligung am Suchprozess zu rechnen ist. Aus dem Vergleich dieser beiden Gruppen lassen sich bereits erste Anhaltspunkte gewinnen, welche Maßnahmen skeptische Personen dazu bringen könnten, den Prozess der Endlagersuche stärker zu tolerieren oder gar zu unterstützen. Moscovicis Ansatz einschränkend muss erwähnt, werden, dass sich die hier beschriebenen sozialen Repräsentationen sehr eng an den Antworten der Befragten orientieren (müssen). Sie können nicht umfassend aufzeigen, wie sich die Informationen zur Endlagersuche in Werten, Ideen und Praktiken niedergeschlagen haben. Sie Außerdem sind die Bilder zu einem Zeitpunkt entstanden, zu dem die Endlagersuche noch ein weit entferntes Thema war. Mit der Veröffentlichung des „Zwischenberichts Teilgebiete“ ändert sich dies gerade. Spätestens mit der durch den laufenden Beteiligungsprozess geschärften Karte der Teilgebiete wird sich das Thema für viele Menschen konkretisieren. Der Vergleich mit den Ergebnissen der nächsten Befragung Ende 2021 wird deshalb interessant.

7.2 Soziale Repräsentation der Endlagersuche in der Akzeptanzgruppe „Widerstand“

Kernenergienutzung und Risiken

Das Bild der Gruppe „Widerstand“ von der Endlagersuche ist stärker risikofokussiert als das der anderen Gruppen. So wird bereits Kernkraft im Allgemeinen für deutlich riskanter gehalten als zum Beispiel in der Gruppe „Unterstützung“. Auf die Frage, für wie riskant sie die Kernkraft halten, antworten 54 Prozent der Gruppe „Widerstand“ mit „sehr hoch“, in der Gruppe „Unterstützung“ sind es 22 Prozent. Deshalb unterstützt die Gruppe „Widerstand“ den Atomausstieg von allen vier Gruppen am stärksten (89 Prozent). Auch bei der unterirdischen Lagerung von hoch radioaktiven Abfällen und dem Betrieb eines Endlagers sind die Personen dieser Gruppe vorsichtig. Jeweils gut die Hälfte von ihnen hält in beiden Fällen das Risiko für sehr hoch.

Aufgabe der Endlagersuche

Die Personen der Gruppe „Widerstand“ überschätzen die Lagermengen und gehen eher von einem längeren Lagerzeitraum aus. Nur 9 Prozent von ihnen nennt die korrekte Lagermenge von ca. 2.000 Castor-Behältern, 39 Prozent gehen von 10.000 Behältern aus. Ein knappes Viertel meint, die Abfälle müssten für mindestens 10 Mio. Jahre sicher lagern, das sind deutlich mehr als in der Gruppe „Unterstützung“ (13 Prozent). Bei den Ausschlussfaktoren meinen Personen der Gruppe „Widerstand“ häufiger als andere, dass ein Wohngebiet im Umkreis von 20 Kilometern sowie Proteste der ansässigen Bevölkerung ein Endlager verhindern könnten (78 bzw. 57 Prozent).

Prozess der Endlagersuche

Die Personen der Gruppe „Widerstand“ sind nicht ganz so gut über den Prozess der Endlagersuche informiert wie diejenigen der Gruppe „Unterstützung“. Insbesondere weiß nur gut die Hälfte von ihnen, dass der Prozess mit einer „weißen Landkarte“ beginnt (58 Prozent). Demgegenüber denken 52 Prozent, dass bereits ein Vorschlag existiere, über den nur noch abgestimmt werden müsse. Ihre eigenen Präferenzen für die Standortsuche unterscheiden sich ebenfalls in einigen Punkten insbesondere von denen der Gruppe

„Unterstützung“. So ist für 85 Prozent sehr wichtig, dass der Standort fern von Wohngebieten liegt. 86 Prozent wünschen sich unbedingt sichere Transportwege. Dass eine transparente Entscheidung gefällt wird, ist 71 Prozent sehr wichtig, dass die Bürger*innen der betroffenen Regionen mitentscheiden dürfen 68 Prozent. Außerdem plädieren Personen dieser Gruppe etwas häufiger auf eine schnelle Entscheidung und möglichst niedrige Kosten.

Beteiligte Institutionen

In die beteiligten Institutionen hat die Gruppe „Widerstand“ ein vergleichsweise geringes Vertrauen. Der BGE vertrauen 48 Prozent sehr oder eher stark, dem BASE 55 Prozent. Das liegt deutlich unter dem Vertrauen in der Gruppe „Unterstützung“ (70 bzw. 72 Prozent).

Teilhabewunsch

Über die Möglichkeiten der Teilhabe wissen die Personen der Gruppe „Widerstand“ nicht so gut Bescheid wie die Gruppen, die sich auf der Akzeptanz-Seite der Matrix befinden. 10 Prozent von ihnen ordnet alle Aussagen zu den Teilhabemöglichkeiten richtig ein, in der Gruppe „Unterstützung“ sind es zum Beispiel 16 Prozent. Nicht verwunderlich ist, dass der Wunsch nach Teilhabe in der Gruppe „Widerstand“ mit 17 Prozent höher liegt als in der passiven Gruppe „Ablehnung“ (5 Prozent) und auch in der passiven Gruppe „Befürwortung“ (6 Prozent).

Informationen

Das Interesse an Informationen zur Endlagersuche ist in der Gruppe „Widerstand“ von allen vier Gruppen am höchsten. Allerdings fühlen sich die Personen dieser Gruppe schlechter informiert als zum Beispiel die der Gruppe „Unterstützung“. 25 Prozent sagen, sie wären sehr oder eher gut informiert, bei den Unterstützer*innen sind es 32 Prozent. Allerdings haben dort auch mehr Personen aktiv nach Informationen gesucht (Widerstand: 21 Prozent, Unterstützung: 30 Prozent). Bei den Informationsquellen nutzen Personen der Gruppe „Widerstand“ häufiger als andere Facebook (12 Prozent) und Instagram (11 Prozent). Sie vertrauen Nichtregierungsorganisationen deutlich stärker als Behörden, die für radioaktive Abfälle zuständig sind (80 zu 55 Prozent sehr oder eher starkes Vertrauen). Letztere liegen ungefähr gleichauf mit Familien und Freunden (57 Prozent). Insgesamt ist das Vertrauen in staatliche Akteure und auch die Betreiber von Kernkraftwerken niedriger als bei der Gruppe „Unterstützung“.

Gesamtbild

Insgesamt zeichnet die Gruppe „Widerstand“ ein Bild von der Endlagersuche, das sich stärker als andere an Risiken orientiert. Außerdem ist es von Skepsis gegenüber dem Prozess und gegenüber den beteiligten Institutionen geprägt. Es basiert eher als die Bilder anderer Gruppen auf falschen Annahmen: Es überschätzt die Größe der Aufgabe und vermutet eher, dass im Prozess bereits Richtungsentscheidungen für die Standortauswahl getroffen wurden. Das Wissen um Beteiligungsmöglichkeiten ist geringer ausgeprägt als in anderen Gruppen, gleichzeitig werden diese Möglichkeiten stärker eingefordert. Das Bild speist sich eher aus Informationen aus dem eigenen Umfeld und von zivilgesellschaftlichen Organisationen.

7.3 Soziale Repräsentation der Endlagersuche in der Akzeptanzgruppe „Unterstützung“

Kernenergienutzung und Risiken

In der Gruppe „Unterstützung“ spielt das Risiko der unterirdischen Lagerung hochradioaktiver Abfälle und des Betriebes eines Endlagers eine relativ geringe Rolle. Nur 29 bzw. 23 Prozent erachten dies für sehr hoch, das sind ungefähr halb so viele wie in der Gruppe „Widerstand“. Gleichzeitig unterstützen weniger Personen den Atomausstieg Deutschlands (69 Prozent).

Aufgabe der Endlagersuche

In der Gruppe „Unterstützung“ nennen vergleichsweise viele Befragte die korrekte Lagermenge von ca. 2.000 Castor-Behältern. Allerdings ist ihr Anteil mit 15 Prozent immer noch deutlich in der Minderheit. Die Personen dieser Gruppe unterschätzen gleichzeitig den Lagerzeitraum: Knapp die Hälfte von ihnen meint, er betrüge mindestens 100.000 Jahre. Bei den Ausschlussfaktoren nennt diese Gruppe vergleichsweise selten die falschen Faktoren „Wohngebiete im Umkreis von 20 Kilometern“ und „Proteste der vor Ort lebenden Bevölkerung“. Mit 63 Prozent ist der Faktor Wohngebiete jedoch auch in dieser Gruppe noch recht präsent.

Prozess der Endlagersuche

Von allen Gruppen kennen die Personen der Gruppe „Unterstützung“ den Prozess der Endlagersuche am besten. 11 Prozent ordnen alle Aussagen hierzu korrekt ein. 67 Prozent von ihnen wissen, dass er sich zum Zeitpunkt der Befragung im Status der „weißen Landkarte“ befand. Weniger als die Hälfte ging davon aus, dass es schon einen abzustimmenden Vorschlag gäbe (42 Prozent). Den Personen der Gruppe „Unterstützung“ ist es weniger als in anderen Gruppen wichtig, dass der Standort des Endlagers fern von Wohngebieten liegt, dass die Transportwege sicher sind, sowie dass die Entscheidung transparent fällt und die Bürger*innen vor Ort mitbestimmen können. Alle Faktoren werden trotzdem noch von der Mehrheit dieser Gruppe unterstützt. Einzig die Mitentscheidung in der Region erhält in der Gruppe keine Mehrheit. Sie liegt mit 39 Prozent außerdem deutlich niedriger als in der Gruppe „Widerstand“.

Beteiligte Institutionen

Die Personen der Gruppe „Unterstützung“ besitzen das höchste Vertrauen aller Gruppen in die BGE und das BASE. Mit 70 bzw. 72 Prozent sehr oder eher starkes Vertrauen ist es deutlich ausgeprägt.

Teilhabewunsch

Die Personen der Gruppe „Unterstützung“ wissen vergleichsweise gut über die vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten Bescheid. 16 Prozent von ihnen ordnen alle Aussagen hierzu korrekt ein. Sie wissen zum Beispiel häufiger als die Gruppe „Widerstand“, dass auch über die gesetzlich festgelegten hinaus gehende Formate der Beteiligung möglich sind (65 Prozent vs. 54 Prozent). Ihr Wunsch nach Teilhabe ist mit 16 Prozent deutlich größer als in den passiven Gruppen „Befürwortung“ (6 Prozent) und „Ablehnung“ (5 Prozent).

Informationen

Das Informationsinteresse in der Gruppe „Unterstützung“ ist höher als in den beiden passiven Gruppen. Gleichzeitig fühlen sich die Personen in dieser Gruppe am besten von allen informiert. 32 Prozent geben an, sehr oder eher gut informiert zu sein. Sie haben auch von allen Gruppen bisher am aktivsten nach Informationen gesucht. 30 Prozent der Unterstützer*innen haben das schon getan. Die Gruppe „Unterstützung“ vertraut den Behörden, die für den Umgang mit Atommüll verantwortlich sind etwas häufiger als Nichtregierungsorganisationen (71 zu 65 Prozent sehr oder eher starkes Vertrauen). Außerdem ist das Vertrauen in die Betreiber von Kernkraftwerken in dieser Gruppe am höchsten (27 Prozent).

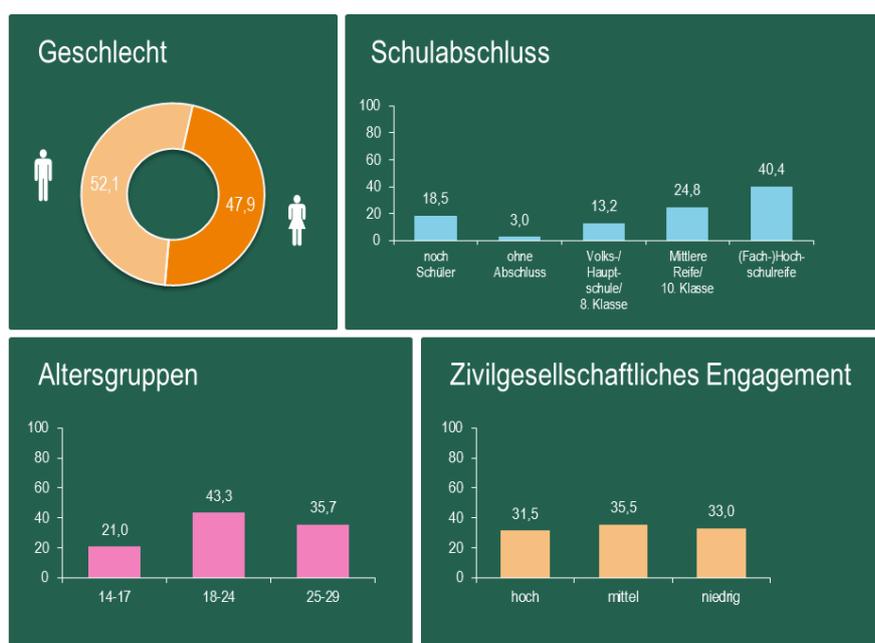
Gesamtbild

Insgesamt zeichnet die Gruppe „Unterstützung“ ein Bild von der Endlagersuche, das stärker von Vertrauen in die Technik geprägt ist als bei anderen Gruppen. Es sieht Kernkraft am wenigsten von allen als eine zu vermeidende Technologie und hat gleichzeitig Vertrauen darin, dass ein Endlager ein sicherer Aufbewahrungsort für den hochradioaktiven Abfall sein wird. Die Größe der Aufgabe wird in dieser Gruppe realistischer eingeschätzt als in anderen, beim Lagerzeitraum sogar eher unterschätzt. Das Vertrauen in den Prozess und die beteiligten Institutionen ist groß, weshalb Mitbestimmung auch etwas kleiner geschrieben wird als in anderen Gruppen.

8 Ergebnisse der Befragung bei den 14- bis 29-Jährigen

Je jünger die Befragten sind, desto länger haben sie potenziell mit den Auswirkungen der Entscheidung für den Endlager-Standort umzugehen. Deshalb wurde bei der Befragung ein Schwerpunkt auf die Gruppe der 14- bis 29-Jährigen gelegt, indem diese mittels einer zusätzlichen Onlinebefragung verstärkt wurde. In dieser Onlinebefragung erhielten N=673 Personen zwischen 14 und 29 Jahren den gleichen Fragebogen wie die Teilnehmer*innen der Telefonbefragung. Die Onlinebefragung wurde gewählt, weil jüngere Befragte darüber besser erreichbar sind als über das Telefon. Mit den über die bevölkerungsrepräsentative Telefonbefragung erreichten Personen dieser Altersgruppe umfasst die auswertbare Fallzahl N=1.173 (vgl. Abschnitt 9). Die Struktur der Stichprobe ist repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung zwischen 14 und 29 Jahren. In Abbildung 8-1 sind ihre wesentlichen Strukturparameter dargestellt.

Abbildung 8-12 Demographische Struktur der Teilstichprobe der 14-29-Jährigen

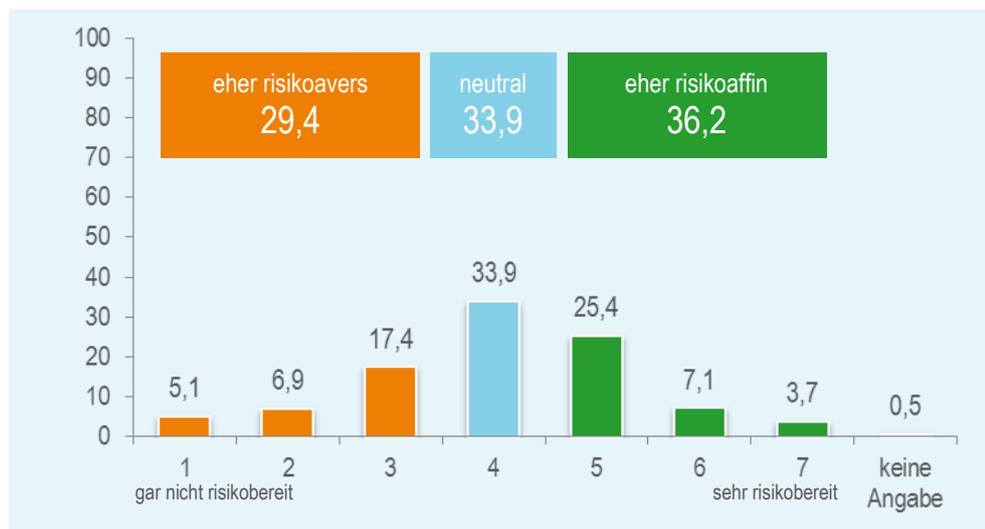


jeweils in Prozent aller Befragten | N=1.173

Mit Blick auf die Risikoeinstellung zeigt sich, dass die 14-29-Jährigen etwas seltener risikoavers sind als die Gesamtstichprobe (29 zu 35 Prozent). Dafür ist die neutrale Gruppe etwas größer (34 zu 27 Prozent). Der Anteil eher risikoaffiner Personen ist ähnlich hoch (vgl. Abbildung 8-2).

Beim zivilgesellschaftlichen Engagement unterscheiden sich die 14-29-Jährigen in einzelnen Punkten von der Gesamtbevölkerung: Sie haben sich bisher seltener an einer Wahl beteiligt, was auch auf ihr Alter zurückzuführen ist (60 zu 79 Prozent). Dafür haben sie sich häufiger an Online-Diskussionen beteiligt (40 zu 26 Prozent) und an Demonstrationen teilgenommen (23 zu 14 Prozent, vgl. Abbildung 8-3). Damit ist die Gruppe der Personen, die ein hohes zivilgesellschaftliches Engagement zeigen, etwas größer als in der Gesamtbevölkerung (32 zu 27 Prozent).

Abbildung 8-2 Risikoeinstellung der 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=1.173

Abbildung 8-3 Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements der 14-29-Jährigen

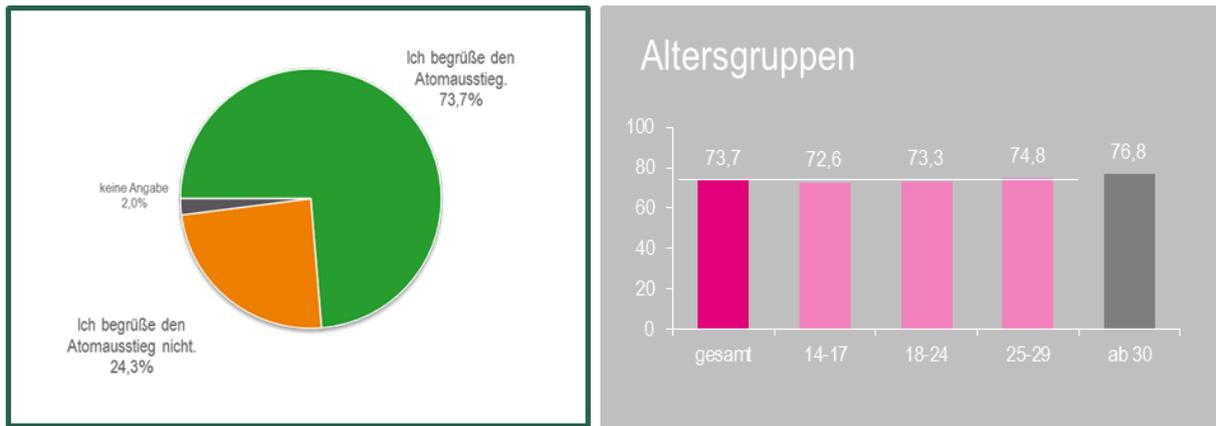


jeweils in Prozent aller Befragten | N=1.173

8.1 Vorstellungen von der Endlagersuche

Die Einstellung zum Atomausstieg ist in der Gruppe der 14-29-Jährigen ähnlich ausgeprägt wie in den anderen Altersgruppen. Etwa drei Viertel begrüßen ihn, ein Viertel tut dies nicht. Innerhalb der Teilstichprobe gibt es dieselben Unterschiede mit Blick aufs Geschlecht und das zivilgesellschaftliche Engagement wie in der Gesamtbevölkerung. Zwischen den Teilaltersgruppen existieren keine signifikanten Unterschiede (vgl. Abbildung 8-4).

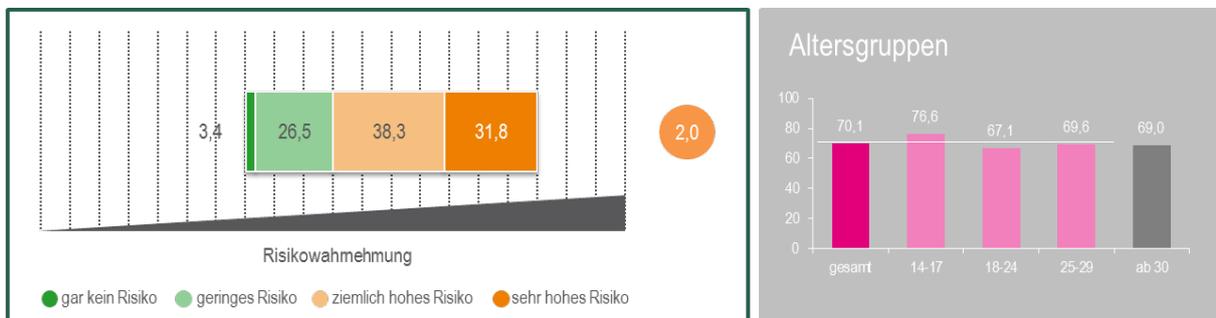
Abbildung 8-4 Einstellung zum Atomausstieg der 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | gesamt N=1.173

Auch der Blick auf die Risiken der Kernenergie ist ein ähnlicher. 70 Prozent der 14-29-Jährigen halten deren Nutzung für ein ziemlich oder sehr hohes Risiko, bei Personen ab dem 30. Lebensjahr tun dies 69 Prozent. Es gibt eine Tendenz dazu, dass die jüngsten Befragten (14-17-Jährige) das Risiko noch höher einschätzen, die aber nicht signifikant ist (77 Prozent ziemlich oder sehr hohes Risiko).

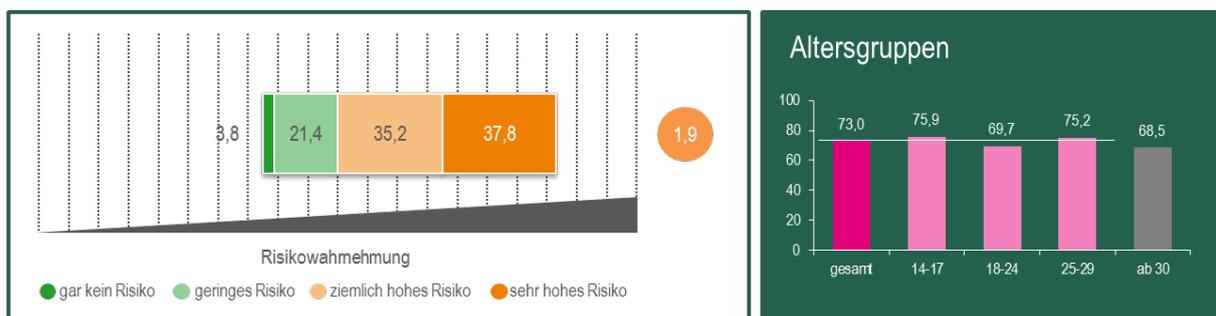
Abbildung 8-5 Risikowahrnehmung in Bezug auf die Nutzung von Kernenergie nach Ansicht der 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | gesamt N=1.173

Etwas höher als in der Gesamtbevölkerung ist der Anteil derjenigen, die ziemliche oder sehr hohe Risiken beim Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung sehen. 73 Prozent der 14-29-Jährigen stehen hier 69 Prozent der Ab-30-Jährigen gegenüber. Innerhalb der Teilstichprobe gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Altersgruppen, die allerdings uneinheitlich sind (vgl. Abbildung 8-6).

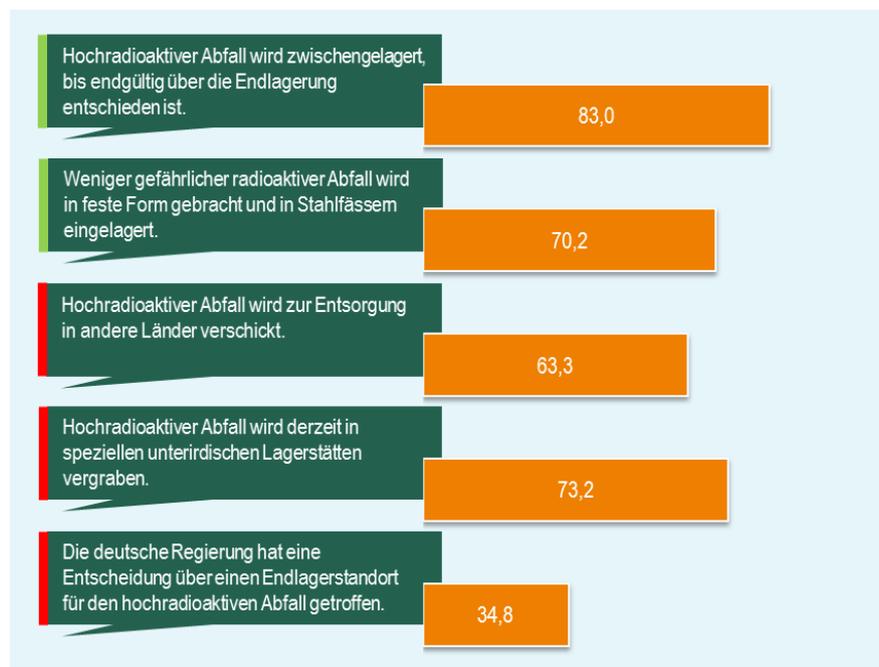
Abbildung 8-6 Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung nach Ansicht der 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | gesamt N=1.173

Die Antwortstruktur der 14-29-Jährigen bei den Aussagen zur Entsorgung radioaktiver Abfälle ähnelt der der Gesamtbevölkerung (vgl. Abbildung 8-7). Etwas häufiger stimmt die Gruppe jedoch der falschen Aussage zu, die deutsche Regierung hätte bereits eine Entscheidung über einen Endlagerstandort für den hochradioaktiven Abfall getroffen (35 zu 27 Prozent). Insgesamt können vier Prozent der Befragten alle Aussagen richtig als wahr oder falsch identifizieren. Das entspricht in etwa dem Wert in der Gesamtbevölkerung (5 Prozent). Innerhalb der Gruppe der 14-29-Jährigen gibt es dahingehend keine signifikanten Unterschiede.

Abbildung 8-7 Kenntnis des aktuellen Standes der Entsorgung radioaktiver Abfälle nach Ansicht der 14-29-Jährigen

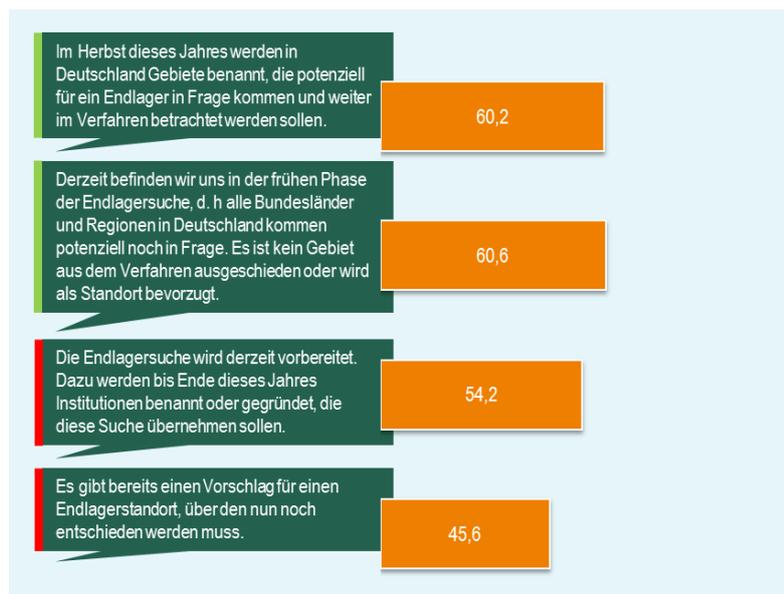


jeweils in Prozent aller Befragten | N=1.173

Über den aktuellen Stand sind die 14-29-Jährigen ähnlich gut oder schlecht informiert wie die Gesamtbevölkerung. Etwas mehr als die Hälfte von ihnen kann die korrekten Aussagen dazu richtig einordnen, kaum weniger stimmen jedoch auch den falschen Aussagen zu. Dabei zeigen sich die 14-17-Jährigen leicht besser informiert (11 Prozent beantworten hier alle Aussagen richtig, in der Gesamtgruppe sind es 9 Prozent), dieser Unterschied ist allerdings nicht signifikant (vgl. Abbildung 8-8).

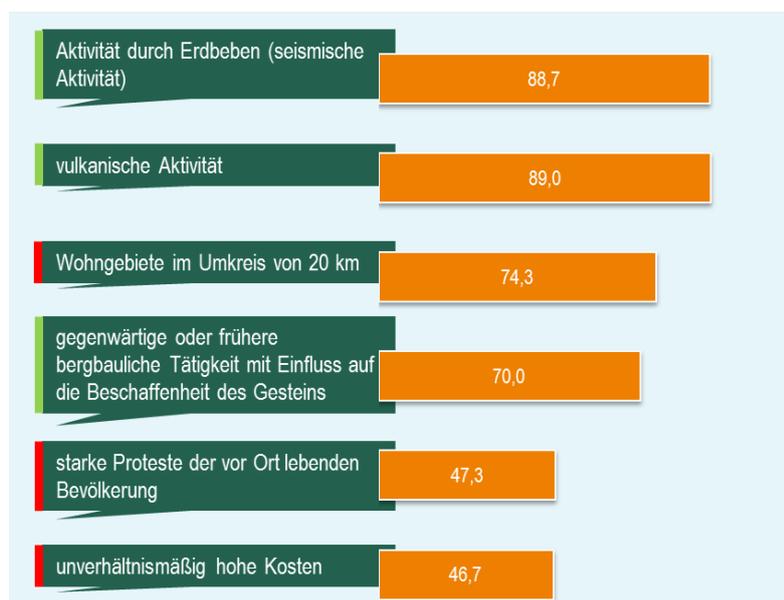
Große Ähnlichkeiten bestehen auch bei der Bekanntheit der im StandAG verankerten Ausschlusskriterien für einen Endlagerstandort (vgl. Abbildung 8-9). Am bekanntesten (oder plausibelsten) sind die seismischen und vulkanischen Aktivitäten. Im Kontext der auch an anderen Stellen stärker betonten Einflussfähigkeit der Bevölkerung meinen aber mehr Personen aus der Gruppe der 14-29-Jährigen, dass Wohngebiete im Umkreis von 20 Kilometern ein Ausschlussgrund wären (74 zu 68 Prozent in der Gesamtbevölkerung). Auch unverhältnismäßig hohe Kosten werden bei den Jüngeren häufiger als Ausschlussgrund vermutet (47 zu 39 Prozent).

Abbildung 8-8 Kenntnis des aktuellen Standes der Endlagersuche nach Ansicht der 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=1.173

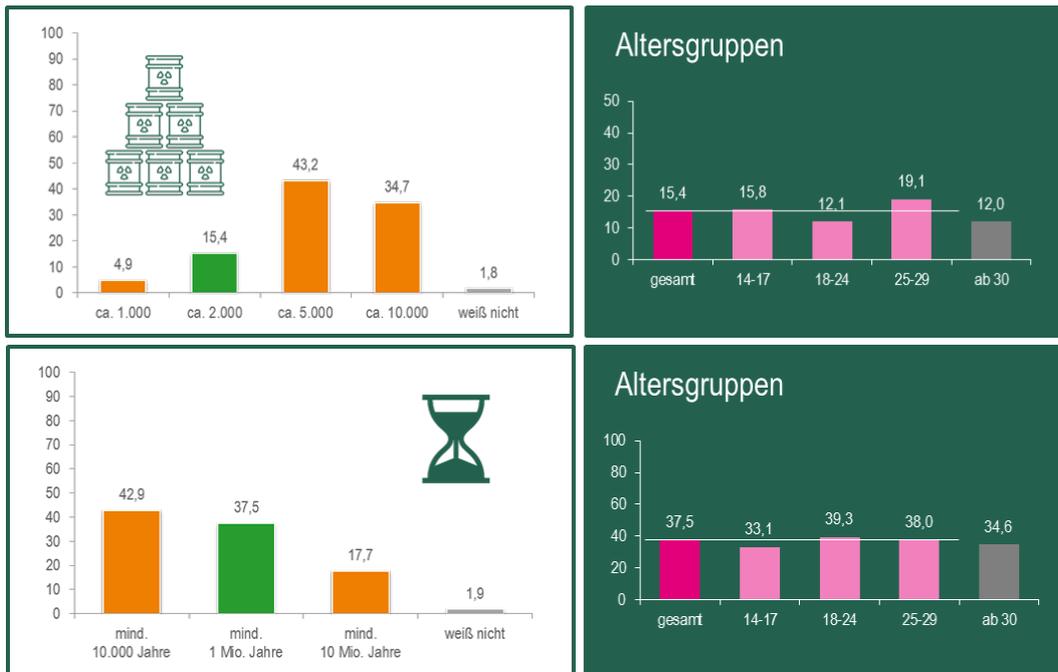
Abbildung 8-9 Kenntnis der Ausschlusskriterien für einen Endlagerstandort nach Ansicht der 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=1.173

Wenig abweichend zeigen sich auch Kenntnisse von Lagermenge und -zeitraum. 15 Prozent der 14-29-Jährigen kennen die Zahl der zu lagernden Castorbehälter (Gesamt 13 Prozent), 38 Prozent den Mindestzeitraum der sicheren Lagerung (Gesamt 35 Prozent). Innerhalb der 14-29-Jährigen gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Die 25-29-Jährigen wissen etwas besser Bescheid über die Lagermenge (19 Prozent), der Lagerzeitraum wird ab dem 18. Lebensjahr etwas häufiger korrekt benannt als bei den 14-17-Jährigen (vgl. Abbildung 8-10). Insgesamt sind die Abweichungen jedoch gering.

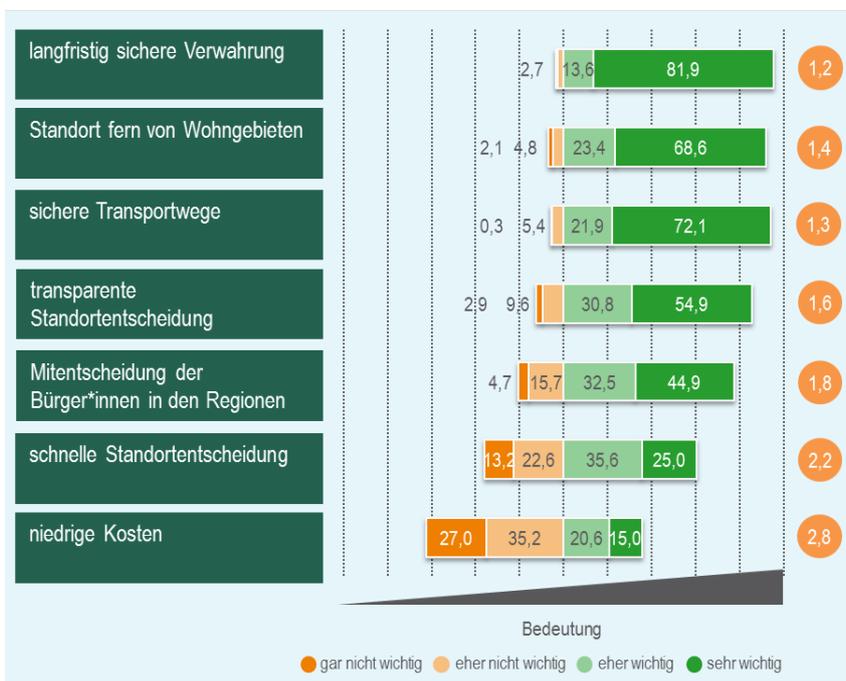
Abbildung 8-10 Kenntnis von Lagermenge und -zeitraum in der Gruppe der 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | gesamt N=1.173

Auch die Präferenzen für die Standortsuche unterscheiden sich in der Gruppe der 14-29-Jährigen kaum von denen der Gesamtbevölkerung. Etwas weniger wichtig ist den jüngeren Befragten die transparente Standortentscheidung. 55 Prozent dieser Gruppe halten sie für sehr wichtig, in der Gesamtbevölkerung tun das 64 Prozent (vgl. Abbildung 8-11). Dafür plädieren sie etwas häufiger für eine schnelle Entscheidung (61 Prozent sehr oder eher wichtig, in der Gesamtbevölkerung 51 Prozent).

Abbildung 8-11 Präferenzen für die Standortsuche in der Gruppe der 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=1.173

Dem steht in gewisser Weise entgegen, dass die Gruppe der 14-29-Jährigen etwas häufiger meint, dass die Beteiligung der Bevölkerung eine Voraussetzung für den gelungenen Suchprozess sei. 57 Prozent stimmen dieser Aussage zu, in der Gesamtbevölkerung sind es nur 51 Prozent (vgl. Abbildung 8-12). Auch weitere – nicht zutreffende – direktdemokratische Elemente werden in der jüngeren Bevölkerungsgruppe stärker betont: 57 Prozent meinen, die Kommunen hätten ein Vetorecht (Gesamt 48 Prozent) und 36 Prozent glauben, die Bevölkerung könne über Volksabstimmungen über den Standort mitentscheiden (Gesamt 27 Prozent).

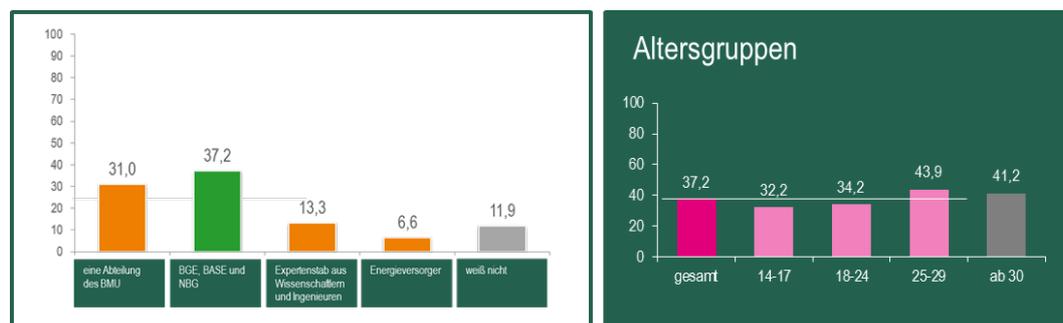
Abbildung 8-12 Bekanntheit der Beteiligungsmöglichkeiten am Suchprozess bei den 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=1.173

Leichte Abweichungen werden sichtbar bei der Bekanntheit der an der Endlagersuche beteiligten Institutionen. 37 Prozent der 14-29-Jährigen wissen, dass die Trias aus BGE, BASE und NBG dafür verantwortlich ist. Das sind 3 Prozentpunkte weniger als in der Gesamtbevölkerung. Ein doppelt so hoher Anteil wie in der Gesamtbevölkerung kann auf diese Frage keine Antwort geben (12 Prozent, vgl. Abbildung 8-13). Das Wissen um die Verantwortlichkeit der drei Institutionen steigt sehr klar mit dem Alter der Befragten. Unter den 14-17-Jährigen wissen dies nur 32 Prozent, bei den 25-29-Jährigen 44 Prozent und damit ähnlich viele wie im Rest der Bevölkerung ab 30 Jahren.

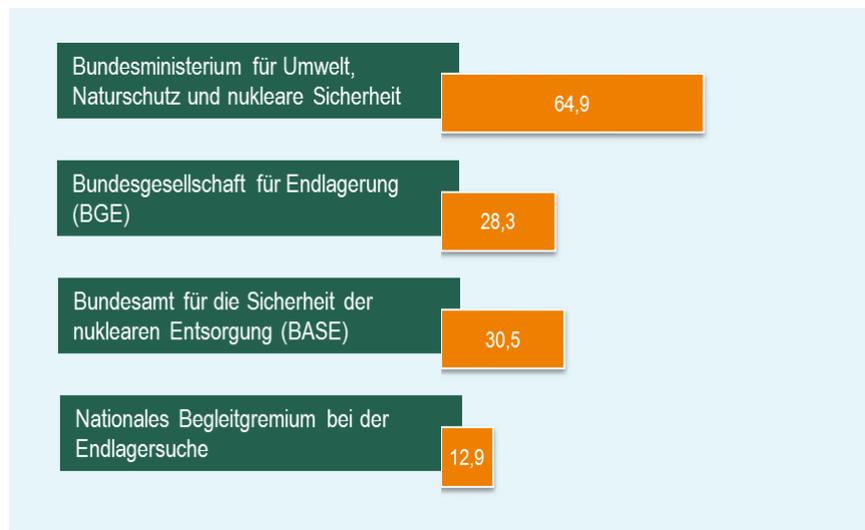
Abbildung 8-13 Bekanntheit der Verantwortlichkeiten für die Endlagersuche bei den 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | gesamt N=1.173

Das geringere Wissen um die Institutionen setzt sich fort bei deren Bekanntheit (vgl. Abbildung 8-14). 65 Prozent der 14-29-Jährigen kennen das übergeordnete Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, in der Gesamtbevölkerung tun dies 74 Prozent. Die BGE ist 28 Prozent der Jüngeren und 38 Prozent der Gesamtbevölkerung bekannt, beim BASE beträgt der Unterschied nur 31 zu 34 Prozent. Das NBG kennen 13 Prozent der Jüngeren und 10 Prozent der Gesamtbevölkerung.

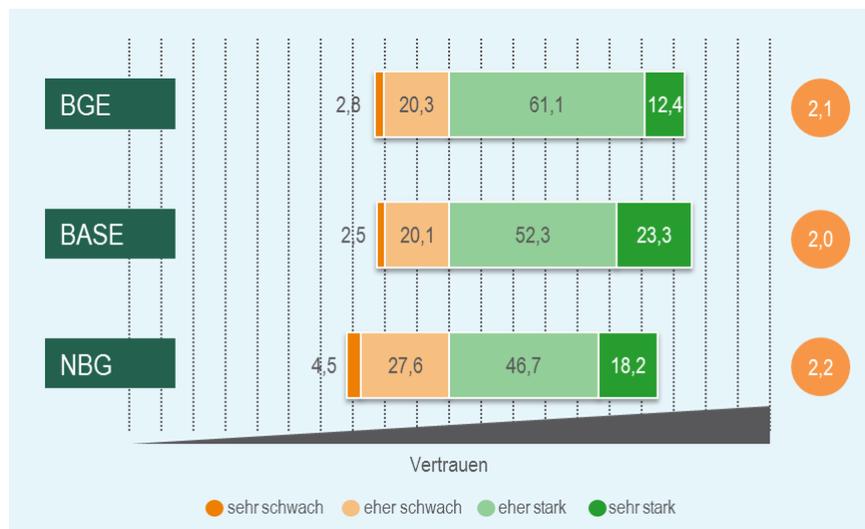
Abbildung 8-14 Bekanntheit der am Endlager beteiligten Institutionen bei den 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=1.173

Demgegenüber erweist sich das Vertrauen in die Institutionen bei den 14-29-Jährigen als etwas größer als in der Gesamtbevölkerung. 74 Prozent aller dieser Befragten vertrauen dem BGE sehr oder eher stark, in der Gesamtbevölkerung tun dies nur 59 Prozent. Dem BASE vertrauen 76 Prozent der Jüngeren und 64 Prozent der Gesamtbevölkerung sehr oder eher. Beim NBG beträgt der Unterschied 65 zu 60 Prozent (vgl. Abbildung 8-15). Bereits innerhalb der Gruppe der 14-29-Jährigen sinkt das Vertrauen über die Altersstufen hinweg leicht. So vertrauen dem BASE 78 Prozent der 14-17-Jährigen sehr oder eher stark, bei den 25-29-Jährigen sind es schon nur noch 71 Prozent. Der Unterschied zum Rest der Bevölkerung ist jedoch noch einmal deutlich größer.

Abbildung 8-15 Vertrauen in die am Endlager beteiligten Institutionen bei den 14-29-Jährigen

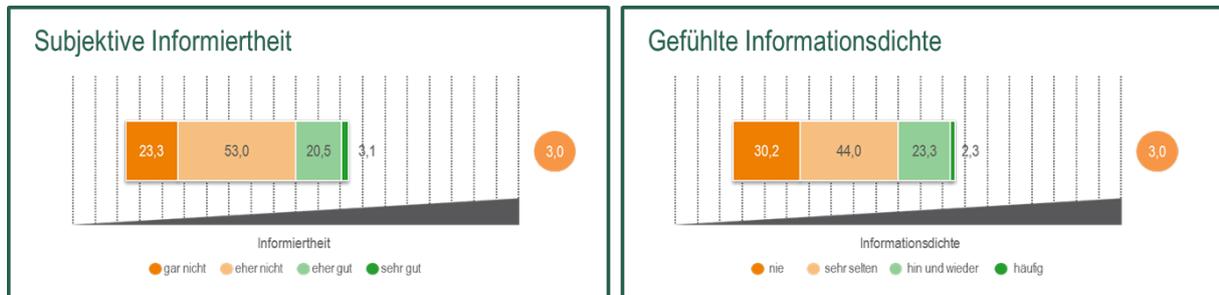


jeweils in Prozent aller Befragten | N=1.173

8.2 Informiertheit und Informationsbedürfnis

Das Informationsverhalten der 14-29-Jährigen unterscheidet sich vor allem bei den Informationsquellen von dem der Gesamtbevölkerung. Die subjektive Informiertheit und auch die gefühlte Informationsdichte von Berichten über die Endlagersuche in den Medien gleichen sich weitgehend, wobei sie in der Tendenz von den jüngeren noch etwas kritischer bewertet werden. 24 Prozent von ihnen fühlen sich eher oder sehr gut informiert (Gesamt 28 Prozent) und 26 Prozent haben hin und wieder oder häufig Medienberichte über die Endlagersuche wahrgenommen (Gesamt 28 Prozent, vgl. Abbildung 8-16).

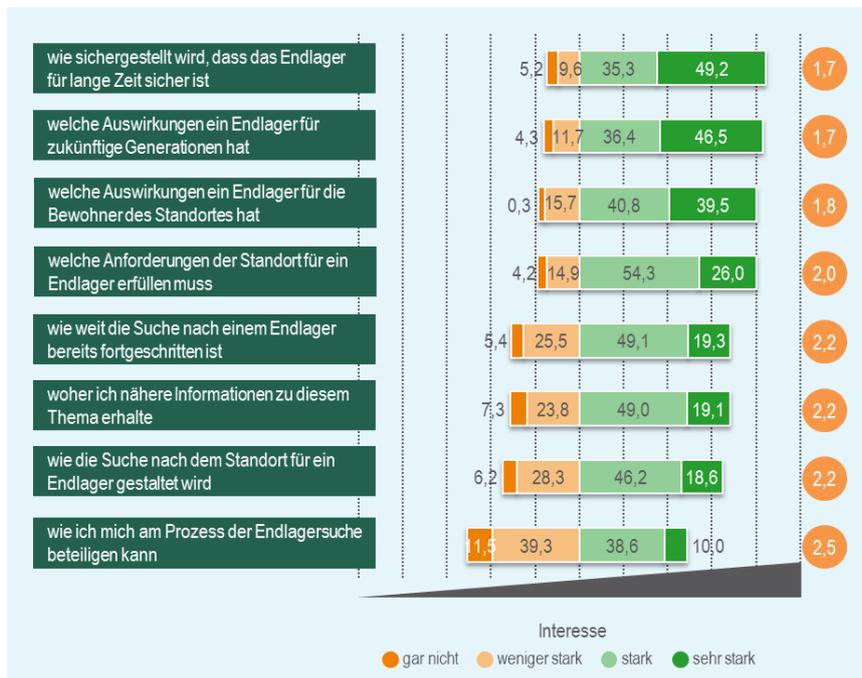
Abbildung 8-16 Subjektive Informiertheit und gefühlte Informationsdichte bei den 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=1.173

Über alle abgefragten Themeninteressen in Bezug auf die Endlagersuche betrachtet ähnelt das Profil der 14-29-Jährigen dem der Gesamtbevölkerung (vgl. Abbildung 8-17). Tendenziell zeigen die Jüngeren ein leicht geringeres Interesse an vielen der Themen, was jedoch nichts daran ändert, dass auch bei ihnen die meisten Punkte für die Mehrheit der Befragten interessant ist. Sichtbar stärker interessieren sich die 14-29-Jährigen dafür, wie sie sich am Prozess der Endlagersuche beteiligen können. 49 Prozent von ihnen zeigen dafür starkes oder sehr starkes Interesse, in der Gesamtbevölkerung tun dies nur 42 Prozent.

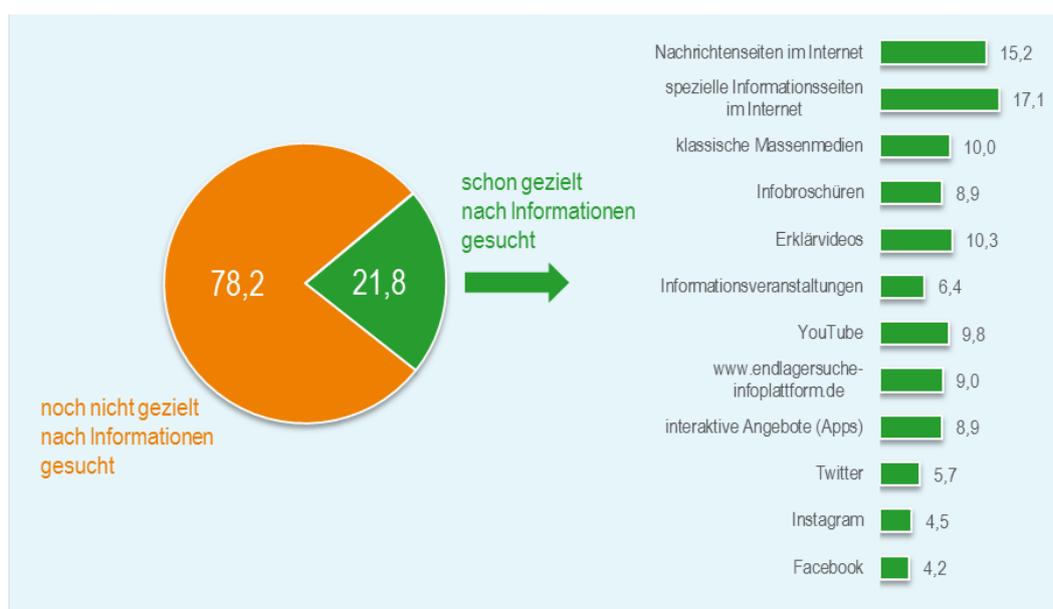
Abbildung 8-17 Themeninteressen in Bezug auf die Endlagersuche bei den 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=1.173

22 Prozent der 14-29-Jährigen haben schon einmal gezielt nach Informationen in Bezug auf das Endlager gesucht (vgl. Abbildung 8-18). Das entspricht etwa dem Wert in der Gesamtbevölkerung (23 Prozent). Bei einigen genutzten Informationsquellen existieren jedoch Unterschiede. So gaben die jüngeren Befragten häufiger an, die Seite www.endlagersuche-infoplattform.de genutzt zu haben (9 Prozent vs. 5 Prozent Gesamt). Gleiches gilt für Apps und andere interaktive Angebote (9 vs. 4 Prozent), YouTube (10 vs. 5 Prozent), Erklärvideos (10 vs. 7 Prozent), Twitter (6 vs. 3 Prozent), Instagram (5 vs. 2 Prozent) und Facebook (4 vs. 2 Prozent). Insgesamt nutzt die Gruppe der 14-29-Jährigen also erwartungsgemäß deutlich häufiger innovative digitale Informationsangebote und Social Media, auch wenn diese insgesamt nicht hauptsächlich für die Informationssuche genutzt werden. An der Spitze behaupten sich auch bei den jüngeren Befragten klassische Internetangebote.

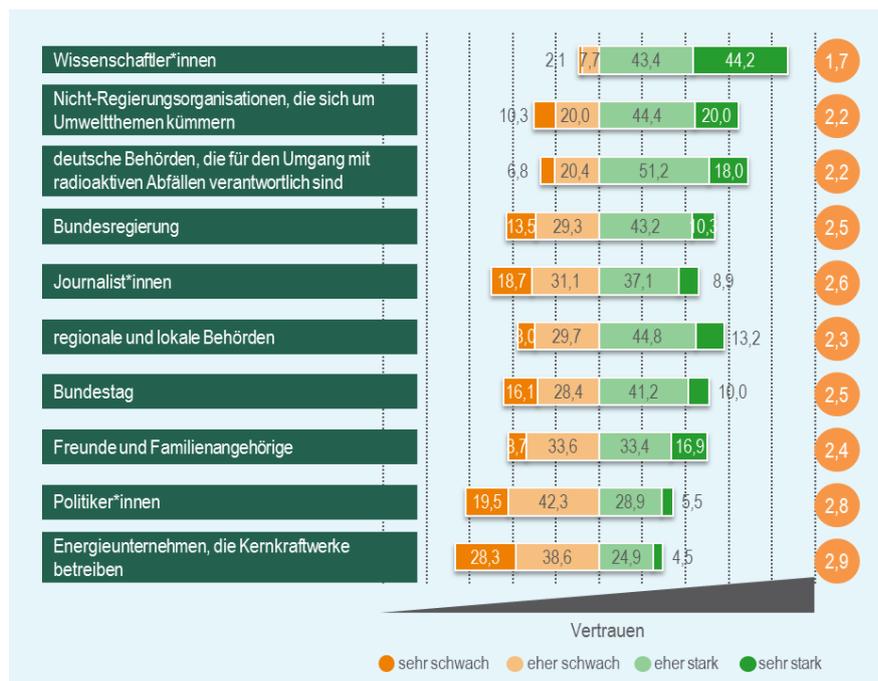
Abbildung 8-18 Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager bei den 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=1.173

Das Vertrauen der 14-29-Jährigen in verschiedene Informationsquellen stellt sich im Profil ähnlich dar wie in der Gesamtbevölkerung: Am vertrauenswürdigsten sind Wissenschaftler*innen, gefolgt von Nicht-Regierungsorganisationen aus dem Umweltbereich und den Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind. Am Ende der Liste stehen Politiker*innen und Energieunternehmen, die Kernkraftwerke betreiben. Einen signifikanten Unterschied gibt es beim Vertrauen in Freunde und Familienangehörige: Bei den 14-29-Jährigen vertrauen diesen 50 Prozent sehr oder eher stark, in der Gesamtbevölkerung sind es nur 45 Prozent (vgl. Abbildung 8-19). Noch deutlicher wird dieser Unterschied, wenn man nur die 14-17-Jährigen antworten lässt. Von diesen vertrauen 59 Prozent ihren Freunden und Familienangehörigen als Informationsquellen in Bezug auf radioaktive Abfälle. Ab dem 18. Lebensjahr sinkt das Vertrauen bereits auf 48 Prozent.

Abbildung 8-19 Vertrauen in verschiedene Informationsquellen bei den 14-29-Jährigen

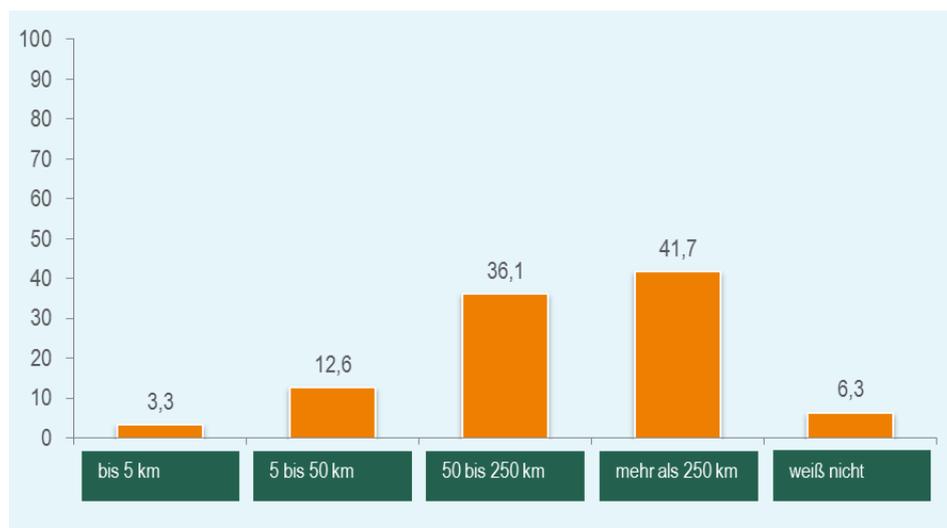


jeweils in Prozent aller Befragten | N=1.173

8.3 Akzeptanz und Teilhabe

Mit Blick auf Akzeptanz und Teilhabe unterscheiden sich vor allem die 14-17-Jährigen von der Gesamtbevölkerung. Bei der Frage, wie weit ein Endlager am liebsten vom eigenen Wohnort entfernt sein sollte, entschied sich jedoch auch die große Mehrheit der 14-29-Jährigen für mehr als 50 Kilometer. 78 Prozent nannten einen solchen Abstand, darunter 42 Prozent sogar einen von mehr als 250 Kilometern (vgl. Abbildung 8-20). Hier gibt es kaum Unterschiede zur Gesamtbevölkerung.

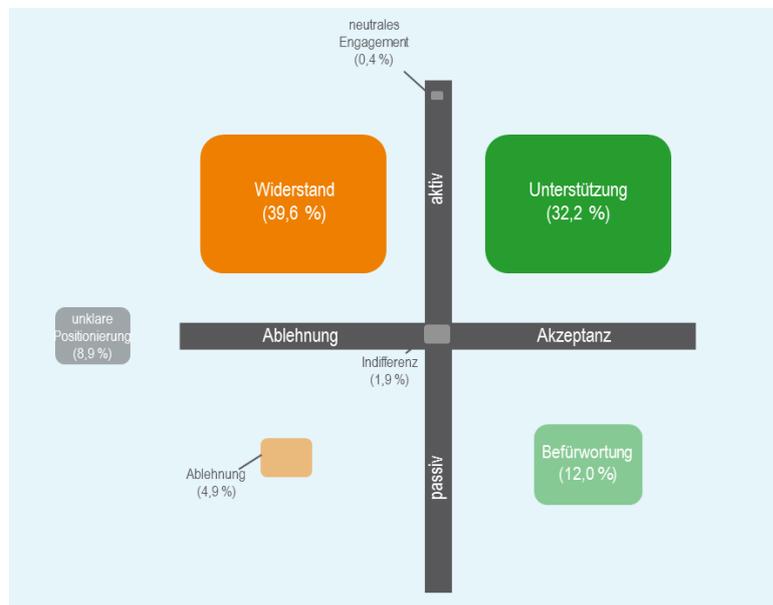
Abbildung 8-20 Gewünschte Entfernung des Endlagers vom eigenen Wohnort bei den 14-29-Jährigen



in Prozent aller Befragten | N=1.173

Auch mit Blick auf die Akzeptanzmatrix unterscheiden sich die jüngeren Befragten nicht von der Gesamtbevölkerung. 40 Prozent könnte man im Falle einer Auswahl der eigenen Region als mögliches Teilgebiet in die Gruppe „Widerstand“ einordnen, 32 Prozent in die Gruppe „Unterstützung“. Alle anderen Gruppen sind deutlich geringer besetzt (vgl. Abbildung 8-21). Wenn man die aktiven und passiven Ausprägungen zusammenzählt, sind die beiden Seiten Ablehnung und Akzeptanz etwa gleich stark besetzt.

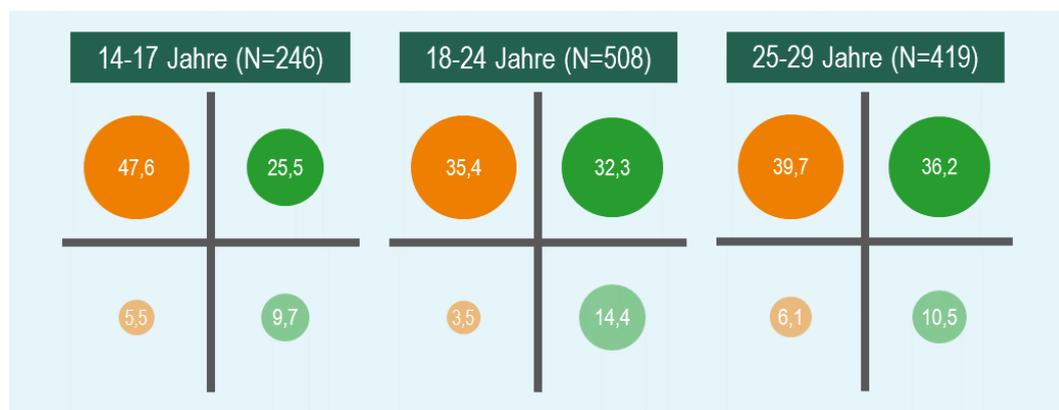
Abbildung 8-21 Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete bei den 14-29-Jährigen



in Prozent aller Befragten | N=1.173

Schaut man etwas tiefer in die Altersgruppen hinein, zeigt sich vor allem ein Unterschied zwischen den 14-17-Jährigen und den Personen zwischen 18 und 29 Jahren (vgl. Abbildung 8-22). Bei den jüngsten Befragten würden sich 48 Prozent in der Gruppe „Widerstand“ versammeln, 26 Prozent wären „Unterstützer*innen“. Ab dem 18. Lebensjahr halten sich dann die beiden Gruppen in etwa die Waage. Die Entwicklung geht mit steigendem Alter also sichtbar in Richtung der Akzeptanz der Entscheidung.

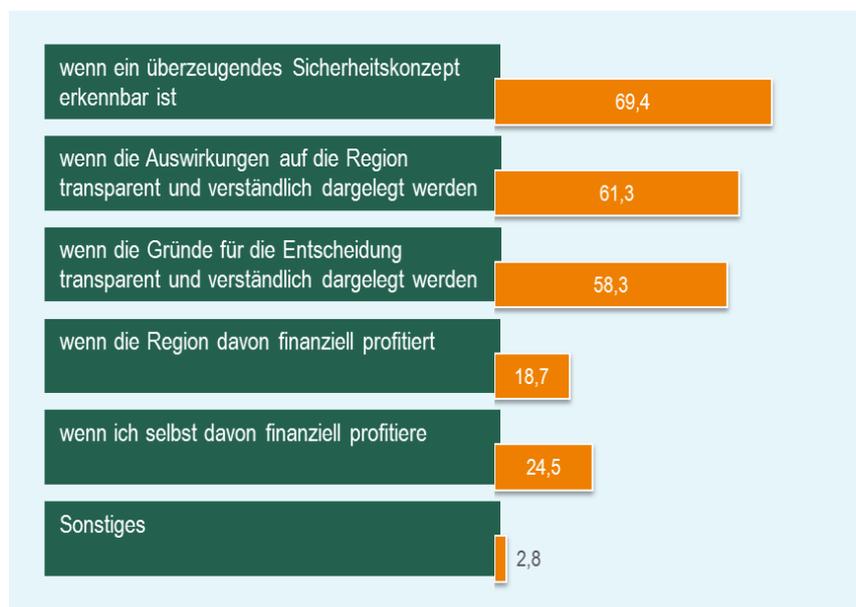
Abbildung 8-22 Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete bei den 14-29-Jährigen differenziert nach Altersgruppen



jeweils in Prozent aller Befragten

Die Reihenfolge, welche Akzeptanztreiber wirksam wären, sieht bei den 14-29-Jährigen ähnlich aus wie in der Gesamtbevölkerung. Am überzeugendsten wären ein gutes Sicherheitskonzept und die transparente Kommunikation über Entscheidungsgründe und Auswirkungen auf die Region (vgl. Abbildung 8-23). Ein deutlicher Unterschied zeigt sich beim Treiber „wenn ich selbst davon finanziell profitiere“: Dieser wirkt bei den 14-29-Jährigen deutlich stärker (25 zu 12 Prozent Gesamt).

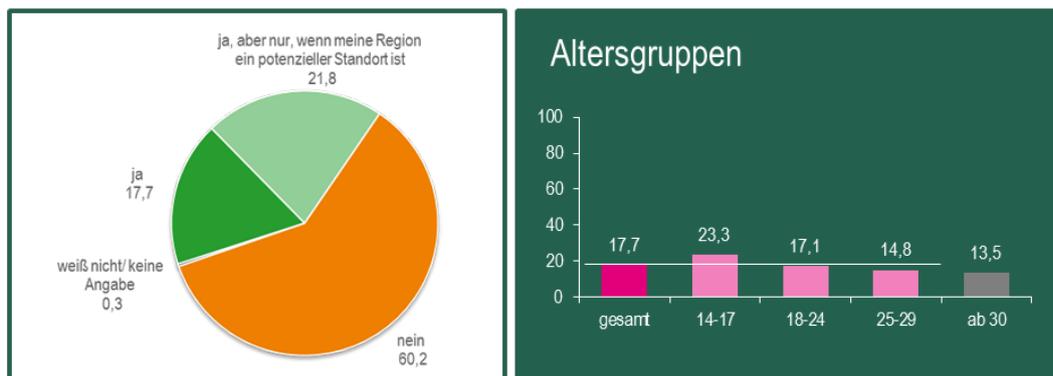
Abbildung 8-23 Mögliche Akzeptanztreiber in Bezug auf die Teilgebiete bei den 14-29-Jährigen differenziert nach Altersgruppen



jeweils in Prozent aller Befragten

Der Teilhabewunsch am Suchprozess ist in der Gruppe der 14-29-Jährigen deutlich stärker als in der Gesamtbevölkerung. 18 Prozent würden sich gern generell daran beteiligen (Gesamt 14 Prozent), 22 Prozent, wenn die eigene Region ein potenzieller Standort wäre (Gesamt 14 Prozent). Dieser Teilhabewunsch ist bei den 14-17-Jährigen am deutlichsten ausgeprägt. 23 Prozent von ihnen würden sich generell gern beteiligen (vgl. Abbildung 8-24). Bei den 18-24-Jährigen sind es 17 Prozent, bei den 25-29-Jährigen 15 Prozent und ab dem 30. Lebensjahr 14 Prozent. Es existiert also eine deutlich fallende Beteiligungstendenz bereits in der jüngeren Bevölkerungsgruppe.

Abbildung 8-24 Teilhabewunsch am Suchprozess bei den 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten

Von den angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten würden die 14-29-Jährigen die meisten etwas häufiger nutzen als die Gesamtbevölkerung. Besonders sichtbar sind die Unterschiede bei den Onlineformaten: 33 Prozent würden an Online-Abstimmungen zu bestimmten Fragen während der Standortsuche teilnehmen (Gesamt 21 Prozent) und 30 Prozent ein Online-Forum nutzen (Gesamt 17 Prozent). Aber auch regelmäßige schriftliche Informationen werden in dieser Gruppe gut nachgefragt (31 zu 21 Prozent, vgl. Abbildung 8-25).

Abbildung 8-25 Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten bei den 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten

9 Methodenbericht

Die Durchführung der Erhebung lag in der Verantwortung von approxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH. In enger Abstimmung mit den verantwortlichen Mitarbeiter*innen beim BASE haben wir den Fragebogen erstellt, anschließend eigenverantwortlich Stichprobenziehung, Durchführung der Interviews und anschließende Auswertung geleistet. Vor der Hauptfeldphase haben wir das Instrument einem Pretest unterzogen, dessen Ergebnisse in einem gesonderten Report zur Verfügung stehen.

9.1 Design und Struktur der Stichprobe

Grundgesamtheit der Studie sind alle Einwohner*innen in Deutschland ab 14 Jahren. Die Ziehung der Stichprobe erfolgte mittels des Auswahlrahmens für Telefonbefragungen der Arbeitsgemeinschaft ADM-Stichproben (so genannte „ADM-Stichprobe“, weitere Informationen unter <https://www.adm-ev.de/leistungen/arbeitsgemeinschaft-adm-stichproben/>). Die ADM-Stichprobe ist die derzeit in Deutschland hochwertigste telefonische Zufallsstichprobe und basiert auf den Eckdaten des Nummernraums, den die Bundesnetzagentur den Telefonanbietern zur Verfügung stellt und verwaltet. Über ein spezielles Verfahren werden auf Basis dieses Nummernraums alle prinzipiell in Deutschland nutzbaren Telefonnummern erzeugt. Die Stichprobe ist also unabhängig davon, ob eine Telefonnummer in einem öffentlichen Verzeichnis gelistet ist oder nicht.

Die Erreichbarkeit der deutschen Wohnbevölkerung über einen Festnetzanschluss sinkt in den letzten Jahren kontinuierlich. Nach guter wissenschaftlicher Praxis gilt eine theoretische Mindestabdeckung von 85 Prozent einer Zielgruppe als Voraussetzung für repräsentative Erhebungen. Aktuellen Zahlen zufolge ist dies über eine reine Festnetzstichprobe zunehmend nicht mehr gewährleistet. Deshalb hat der ADM seinen Telefonauswahlrahmen so erweitert, dass Mobilfunknummern methodisch sauber und effizient integriert werden können. Dieser so genannte „Dual Frame“-Ansatz verwendet für Stichproben eine Nummernmischung von 70 Prozent Festnetz- und 30 Prozent Mobilfunknummern. Durch spezielle Designfragen und Gewichtungsmechanismen wird trotz der Verwendung von zwei unterschiedlichen Nummernframes am Ende eine repräsentative Gesamtstichprobe erzeugt.

Die Festnetznummern sind mit regionalen Zuordnungen versehen, die es erlauben, bis auf Ebene der Gemeindekennziffer - und bei einer Reihe von Großstädten bis auf Stadtteilebene - regional zu schichten. Darüber hinaus sind bei einem Großteil der Nummern Kennzeichnungen für private oder geschäftliche Nutzung verfügbar. Bei den Mobilfunknummern erfolgt die regionale Zuordnung zu einem Bundesland und zu einer BIK-Größenklasse durch Befragung der Probanden. Die BIK-Größenklasse kann dabei über die PLZ bzw. den Wohnort zugeordnet werden.

Die Auswahl der Zielpersonen in den Haushalten erfolgte nach einem Zufallsverfahren. („Last Birthday“). Wir haben nur diejenige Person im Haushalt befragt, die zuletzt Geburtstag hatte und mindestens 14 Jahre alt war.

Nach dem Ende der Feldphase wird in den meisten Fällen ein nochmaliger Eingriff in die Stichprobe notwendig, um die Daten repräsentativ für die gewünschte Grundgesamtheit zu machen. Trotz der Prämisse, dass die generierte Stichprobe bereits ein verallgemeinerbares Abbild ihrer Generierungsgrundlage sein sollte, kommt es durch verschiedene Faktoren während der Feldphase (z. B. unterschiedliche Erreichbarkeiten der Zielpersonen)

zu leichten Verzerrungen, die durch eine nachträgliche mathematische Strukturgewichtung ausgeglichen werden. Die ungewichteten Werte stellen die in der Befragung erhobenen dar. Diese werden durch die Gewichtung an die tatsächliche Verteilung in der Grundgesamtheit angeglichen.

Die Gewichtung in der vorliegenden Studie erfolgte in einem mehrstufigen Verfahren. Zunächst wurden die unterschiedlichen Auswahlchancen bereinigt. Hier fließt ein, über wie viele Festnetz- und Handynummern ein Haushalt erreichbar ist. Anschließend wurde eine proportionalisierende Transformation durchgeführt, um beide Teilstichproben (Mobil- und Festnetz) entsprechend ihres Anteils in der Grundgesamtheit zusammenzuführen. Dadurch wurden Effekte, die auf das Befragungsmedium zurückzuführen sind, ausgeglichen. Im letzten Schritt erfolgte die Anpassung der demographischen Strukturen. Dabei wurden die demographischen Merkmale Alter, Geschlecht, Haushaltsgröße, Bildung, BIK-Klasse⁵ und Bundesland herangezogen.

Besonderheit der vorliegenden Studie war die Ergänzung der telefonischen Erhebung durch eine Onlinebefragung in der Altersgruppe der 14-29-Jährigen. Die Daten aus beiden Erhebungen wurden im Datensatz zusammengeführt und anschließend entsprechend der Grundgesamtheit gewichtet. Zudem wurde die Gruppe der 14-29-Jährigen für Auswertungen innerhalb dieser Gruppe separat gewichtet.

Durch die Gewichtung stimmt die Merkmalsverteilung innerhalb der Stichprobe hinsichtlich der Gewichtungsmerkmale mit der Grundgesamtheit überein. Die Stichprobe ist dann bezüglich dieser Merkmale repräsentativ für diese Grundgesamtheit. Wir gehen davon aus, dass dann auch die in der Stichprobe ermittelten anderen Ergebnisse innerhalb der weiter unten angegebenen Fehlertoleranzgrenzen so in der deutschen Wohnbevölkerung gültig sind.

Wie aus den Tabellen 9-1 bis 9-6 zu erkennen ist, unterscheiden sich die Verteilung bei Alter, Geschlecht, Haushaltsgröße, Bildung, BIK-Klasse und Bundesland in der gewichteten Stichprobe nicht wesentlich von der in der Grundgesamtheit. Die Stichprobe ist somit hinsichtlich dieser Parameter repräsentativ für die Wohnbevölkerung ab dem 14. Lebensjahr in Deutschland. Die Tabellen 9-7 bis 9-10 zeigen die Stichprobenparameter für die Teilstichprobe der 14-29-Jährigen.

Tabelle 9-1: Stichprobe Gesamtbevölkerung: Altersverteilung gewichtet und ungewichtet

Alter	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
14 - 29 Jahre	20,1	20,1	37,1
30 - 39 Jahre	14,7	14,7	9,4
40 - 49 Jahre	14,4	14,4	9,9
50 - 64 Jahre	26,2	26,2	24,1
65 Jahre und älter	24,7	24,7	19,6
Gesamt	100,0	100,0	100,0

⁵ Siehe hierzu auch: <http://www.bik-gmbh.de/texte/BIK-Regionen2000.pdf>

Tabelle 9-2: Stichprobe Gesamtbevölkerung: Geschlecht gewichtet und ungewichtet

Geschlecht	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
männlich	49,1	49,1	51,3
weiblich	50,9	50,9	48,7
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Tabelle 9-3: Stichprobe Gesamtbevölkerung: Bildungsgrad gewichtet und ungewichtet

Bildungsstand	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
ohne Schulabschluss	4,0	2,4	0,5
Volks-/Hauptschule (8./9. Klasse)	30,5	30,0	8,7
Mittlere Reife	29,9	30,9	21,9
(Fach-)Hochschulreife	32,0	32,9	60,5
noch Schüler/in	3,6	3,8	8,4
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Tabelle 9-4: Stichprobe Gesamtbevölkerung: Haushaltsgröße gewichtet und ungewichtet

Haushaltsgröße	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
1-Personen-Haushalt	20,9	20,9	24,4
2-Personen-Haushalt	33,5	33,5	34,7
3-Personen-Haushalt	18,0	18,0	16,8
4-Personen-Haushalt	18,5	18,5	15,6
5 Personen und mehr	9,0	9,0	8,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Tabelle 9-5: Stichprobe Gesamtbevölkerung: BIK-Klassen gewichtet und ungewichtet

BIK-Größenklasse	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
BIK 1	1,8	2,7	1,9
BIK 2	2,5	3,1	1,7
BIK 3	8,7	9,2	7,0
BIK 4	10,7	10,1	9,1
BIK 5	7,8	8,8	7,7
BIK 6	2,2	1,4	2,0
BIK 7	15,0	14,3	12,5
BIK 8	15,0	14,5	16,3
BIK 9	9,7	9,2	9,1
BIK 10	26,8	26,7	32,7
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Tabelle 9-6: Stichprobe Gesamtbevölkerung: Bundesland gewichtet und ungewichtet

Bundesland	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
Schleswig-Holstein	3,5	2,9	3,3
Hamburg	2,2	2,0	3,2
Niedersachsen	9,6	9,6	9,4
Bremen	0,8	0,7	0,6
Nordrhein-Westfalen	21,6	20,8	17,3
Hessen	7,5	7,9	7,3
Rheinland-Pfalz	4,9	4,0	4,5
Baden-Württemberg	13,3	13,3	12,7
Freistaat Bayern	15,7	16,2	16,5
Saarland	1,2	0,8	0,9
Berlin	4,3	4,4	6,6
Brandenburg	3,0	3,7	3,5
Mecklenburg-Vorpommern	2,0	2,3	1,9
Freistaat Sachsen	4,9	4,7	6,2
Sachsen-Anhalt	2,7	3,5	2,8
Thüringen	2,6	3,0	3,4
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Tabelle 9-7: Stichprobe 14-29-Jährige: Altersverteilung gewichtet und ungewichtet

Alter	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
14-17 Jahre	21,0	21,0	23,0
18-24 Jahre	43,3	43,3	37,3
25-29 Jahre	35,7	35,7	39,7
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Tabelle 9-8: Stichprobe 14-29-Jährige: Geschlecht gewichtet und ungewichtet

Geschlecht	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
männlich	52,1	52,1	48,8
weiblich	47,9	47,9	51,2
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Tabelle 9-9: Stichprobe 14-29-Jährige: Bildungsgrad gewichtet und ungewichtet

Bildungsstand	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
ohne Schulabschluss	3,6	3,0	0,6
Volks-/Hauptschule (8./9. Klasse)	13,0	13,2	4,7
Mittlere Reife	24,7	24,8	13,6
(Fach-)Hochschulreife	40,1	40,4	58,7
noch Schüler/in	18,2	18,5	22,4
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Tabelle 9-10: Stichprobe 14-29-Jährige: Bundesland gewichtet und ungewichtet

Region	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
Schleswig-Holstein	3,4	3,4	3,4
Hamburg	2,4	2,0	2,6
Niedersachsen	9,9	10,1	9,8
Bremen	0,9	1,2	0,7
Nordrhein-Westfalen	22,5	21,5	17,5
Hessen	7,8	8,3	7,8
Rheinland-Pfalz	5,0	4,9	5,2
Baden-Württemberg	14,4	13,4	13,2
Freistaat Bayern	16,5	17,1	17,7
Saarland	1,1	0,9	0,9
Berlin	4,6	4,5	5,8
Brandenburg	2,2	2,3	2,4
Mecklenburg-Vorpommern	1,5	1,8	1,9
Freistaat Sachsen	3,9	3,8	5,8
Sachsen-Anhalt	2,0	1,8	2,0
Thüringen	2,0	2,7	3,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Bei jeder Schätzung von einer Stichprobe auf deren Grundgesamtheit entstehen Fehler, die von der Größe der Stichprobe sowie dem Design der Zufallsauswahl abhängig sind. Die Formel für die Berechnung dieser Fehlertoleranzen lautet:

$$P = p \pm t * \sqrt{\frac{p * (100 - p)}{n}}$$

- P ... Anteil des Merkmals in der Grundgesamtheit
- p ... Stichprobenanteil des Merkmals
- n ... Stichprobenumfang
- t ... Sicherheitsgrad (bei 95%=1,96)

Für die hier verwendete Zufallsstichprobe sind die Fehlertoleranzen beispielhaft in Tabelle 9-11 abgebildet.

Tabelle 9-11: Fehlertoleranzen der Stichprobe bei N=3.172

Prozentangabe in der Stichprobe	Fehler- toleranz
5 % oder 95 %	± 0,8
10 % oder 90 %	± 1,0
20 % oder 80 %	± 1,4
30 % oder 70 %	± 1,6
40 % oder 60 %	± 1,7
50 %	± 1,7

9.2 Durchführung der Interviews und Ausschöpfungsstatistik

Zwischen dem 18. Mai und 23. Juli 2020 haben wir insgesamt 2.500 Interviews telefonisch und 672 online durchgeführt. Die telefonische Befragung fand montags bis freitags in der Zeit von 10 bis 20 Uhr und an Samstagen zwischen 13 und 18 Uhr statt. Der Online-Fragebogen war rund um die Uhr verfügbar. Die telefonischen Interviews dauerten im Schnitt 31 Minuten, online betrug die mittlere Bearbeitungszeit 20 Minuten.

Bei der telefonischen Befragung haben wir insgesamt 79 Interviewer*innen eingesetzt. Dabei führte ein*e Interviewer*in minimal zwei und maximal 106 Interviews (=4,2 Prozent aller 2.500 Telefoninterviews) durch. Alle Interviewer*innen haben zu Beginn ihrer Tätigkeit bei approxima ein mehrstündiges Bewerbertraining erfolgreich durchlaufen. Im Rahmen einer Projektschulung haben wir die eingesetzten Interviewer*innen auf die Besonderheiten im Umgang mit dem Fragebogen vorbereitet.

Während der Feldphase haben wir die Qualität der Arbeit der Interviewer*innen kontinuierlich überwacht. Diese Aufgabe übernahmen die eigens dafür eingesetzten Chefinterviewer*innen. Diese Routinekontrollen werden proportional zur Häufigkeit des Einsatzes der Interviewer durchgeführt. Neugeworbene, nachgeschulte und häufig arbeitende Interviewer werden im Rahmen unserer Qualitätsarbeit verstärkt kontrolliert. Insgesamt wurden 10 Prozent aller Interviews evaluiert. Es wurden keine nennenswerten Verstöße festgestellt.

Das Bruttosample der Studie bestand aus 105.500 Telefonnummern. Diese Bruttostichprobe umfasst alle ausgewählten Anschlüsse, also auch solche, unter denen aus verschiedensten Gründen keine Befragung stattfinden kann. Die 105.500 Telefonnummern wurden vor Beginn der Erhebung nach dem oben beschriebenen Verfahren gezogen.

78.136 Nummern stellten stichprobenneutrale Ausfälle dar, also 74,1 Prozent der Bruttostichprobe. Weitere 24.814 Telefonnummern bilden die systematischen Ausfälle. Letztendlich wurden 9,3 Prozent des bereinigten Bruttosamples in Interviews umgesetzt. 50 davon waren Bestandteil des Pretest. Die Tabelle 9-12 stellt alle Ausfallgründe und Stichprobenanteile detailliert dar.

Tabelle 9-12: Ausschöpfung der Telefonbefragung

	Fallzahl	in Prozent
Bruttosample	105.500	100,0
<u>Qualitätsneutrale Ausfälle</u>		
kein Anschluss unter dieser Nummer	59.840	56,7
Faxanschluss	2177	2,1
Firmenanschluss	2574	2,4
Zielperson spricht kein Deutsch	795	0,8
Stratifikation erreicht	12750	12,1
Qualitätsneutrale Ausfälle insgesamt	78.136	74,1
<hr/>		
bereinigte Stichprobe	27.364	100,0
<u>systematische Ausfälle</u>		
nicht erreicht (AB, besetzt, keiner da)	12.520	45,8
Teilnahme verweigert	12.039	44,0
Abbruch ohne Rückruf	164	0,6
Abbruch mit Rückruf	30	0,1
Terminvereinbarung	61	0,2
Systematische Ausfälle insgesamt	24.814	90,7
<hr/>		
Durchgeführte Interviews	2.550	9,3
davon Pretestinterviews	50	
davon Interviews Hauptfeld	2.500	9,1

9.3 Studiendokumentation gemäß der ADM-TransparenzStandards



Als ADM-Institut ist es unsere sinnvolle Pflicht, die methodischen Angaben zur Datenerhebung gemäß der ADM-TransparenzStandards auszuweisen. Hiermit bescheinigen wir, dass unser Studiendesign Angaben zu allen vom Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. (ADM) vorgegebenen Transparenzstandards enthält. Nachlesen können Sie diese unter <http://www.transparenzstandards.de>.

Studiendesign der telefonischen Befragung

METHODE	
ERHEBUNGSART	Telefonbefragung
STICHPROBE	
GRUNDGESAMTHEIT, AUSWAHLGESAMTHEIT UND/ODER ZIELGRUPPE	Wohnbevölkerung ab dem 14. Lebensjahr in der Bundesrepublik Deutschland
STICHPROBENGRÖßE	N=2.500
AUSWAHLGRUNDLAGE	ADM-Telefonauswahlgrundlage (weitere Infos dazu unter https://www.adm-ev.de/leistungen/arbeitsgemeinschaft-adm-stichproben/)
AUSSCHLUSSLISTEN	ADM-Sperrdatei (zentral gespeicherte Datenbank von Telefonnummern, deren Besitzer*innen sich generell gegen die Teilnahme an Telefoninterviews ausgesprochen haben)
BESCHREIBUNG DES SAMPLING	auf Haushaltsebene: geschichtete systematische Zufallsstichprobe (Schichtungsdimensionen: Region, BIK) auf Personenebene: Last-Birthday-Methode
INTERVIEWER*INNEN	
GRUNDSCHULUNG	<ol style="list-style-type: none"> 6-stündige Grundschulung (Inhalte: Interviewtheorie und Methodik, Fragetypen, interaktive Rollenspiele, Stimme und Körperhaltung, rechtliche Aspekte) simulierte Probeinterviews mit Supervisor*in begleitete Probeinterviews
STUDIENBRIEFING	schriftliches Studienbriefing mit folgendem Inhalt: Ziel und Hintergrund der Studie, Auftraggeber, Feldzeit, Fallzahl und Interviewlänge, Herkunft der Telefonnummern, Besonderheiten bei Fragen und anvisierter Durchsatz

INTERVIEWSPRACHEN	deutsch
MAX. INTERVIEWS/INTERVIEWER*IN	N=100

FRAGEBOGEN

PRETEST	konventioneller Pretest in der Zielgruppe mit N=40 Fällen mit Pretestbericht und Änderungsvorschlägen Prüfung auf methodische Schwächen, Fragenverständnis, Antwortverteilung und Länge der Interviews
INTERVIEWDAUER Ø	ca. 31 Minuten
BEI OFFENEN FRAGEN: ART UND KONTROLLE DER VERCODUNG	manuelle Vercodung der offenen Fragen nach einem induktiv erarbeiteten Kategorienschema, Prüfung aller Schemata und Vercodungen durch den Projektleiter

DURCHFÜHRUNG

FELDDAUER	ca. 9 Wochen
ORT DER ERBRINGUNG DER FELDDIENSTLEISTUNG	ausschließlich im hauseigenen Telefonstudio
STANDORT DES TELEFONSTUDIOS	aproxima, Weimar

VERWENDETE STANDARDS

STANDARDS	<ul style="list-style-type: none"> ✓ ICC/ESOMAR Internationaler Kodex für die Praxis der Markt- und Sozialforschung inkl. deutscher Annahmeerklärung ✓ Standards zur Qualitätssicherung in der Markt- und Sozialforschung ✓ Richtlinie für Telefonbefragungen und ihre Ergänzungen <p>alle nachlesbar unter https://www.adm-ev.de/standards-richtlinien/</p> <ul style="list-style-type: none"> ✓ DIN SPEC 91368 Stichproben für wissenschaftliche Umfragen der Markt-, Meinungs- und Sozialforschung – Qualitätskriterien und Dokumentationsanforderungen (Download unter https://www.beuth.de/de/technische-regel/din-spec-91368/280902061)
-----------	--

QUALITÄTSKONTROLLEN

INTERVIEWERKONTROLLE WÄHREND DER FELDDARBEIT	Live-Supervision von ca. 10 Prozent der Interviews inkl. Auswertungsgespräch
DATENKONTROLLE WÄHREND DER FELDDARBEIT	Prüfung des Datensatzes auf Konsistenz und Vollständigkeit, Nachvollzug aller Filterfragen
FALLS ZUTREFFEND: KONTROLLEN BEIM FELDDIENSTLEISTER	nicht zutreffend
DATENKONTROLLE IN DER AUSWERTUNGSPHASE	Prüfung des Datensatzes auf: <ul style="list-style-type: none">✓ Vollständigkeit der Interviews✓ Korrektheit der Filterungen✓ Plausibilität der Angaben (uni- und bivariate Plausibilitätsprüfungen)✓ artefaktische Antworttendenzen (Straightlining, Muster)✓ Rechtschreibung/Grammatik der offenen Angaben

Studiendesign der Onlinebefragung

METHODE

ERHEBUNGSART	Onlinebefragung
--------------	-----------------

STICHPROBE

GRUNDGESAMTHEIT, AUSWAHLGESAMTHEIT UND/ODER ZIELGRUPPE	Wohnbevölkerung zwischen 14 und 29 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland
STICHPROBENGRÖßE	N=500
AUSWAHLGRUNDLAGE	Online-Access-Panel eines noch auszuwählenden Anbieters
BESCHREIBUNG DES SAMPLING	Quotierung nach Alter, Geschlecht, Bildung, Ortsgröße und Bundesland

FRAGEBOGEN

RESPONSIVITÄT	Fragebogen ist voll responsiv für alle Endgeräte programmiert
PRETEST / SOFT-LAUNCH	keiner
INTERVIEWDAUER \emptyset	20 Minuten
BEI OFFENEN FRAGEN: ART UND KONTROLLE DER VERCODUNG	manuelle Vercodung der offenen Fragen nach einem induktiv erarbeiteten Kategorienschema, Prüfung aller Schemata und Vercodungen durch den Projektleiter

DURCHFÜHRUNG

FELDDAUER	ca. 2 Wochen
ORT DER ERBRINGUNG DER FELDDIENSTLEISTUNG	Die Onlinebefragung wird gehostet bei der Questback GmbH auf einer approxima-eigenen Lizenz auf einem Server in Deutschland.
PANELMANAGEMENTREGELN	Bei der Auswahl des OAP-Anbieters achten wir darauf, dass dieser umfangreiche Panelmanagementregeln besitzt, die vor allem Mehrfachteilnahmen, zu häufige Teilnahmen und unzuverlässige Panelisten ausschließen. Bei konkreteren Informationswünschen reichen wir gern konkrete Listen nach.
GENUTZTE DEVICES	liegt im Ermessen der Panelisten (PC, Laptop, Tablet, Handy)

VERWENDETE STANDARDS

STANDARDS	<ul style="list-style-type: none">✓ ICC/ESOMAR Internationaler Kodex für die Praxis der Markt- und Sozialforschung inkl. deutscher Annahmeerklärung✓ Standards zur Qualitätssicherung in der Markt- und Sozialforschung✓ Richtlinie für Onlinebefragungen <p>alle nachlesbar unter https://www.adm-ev.de/standards-richtlinien/</p>
-----------	--

QUALITÄTSKONTROLLEN

DATENKONTROLLE WÄHREND DER FELDDARBEIT	Kontrolle der Daten nach den ersten 50 Fällen auf Auffälligkeiten, Implementierung von Testfragen gegen Straightlining
FALLS ZUTREFFEND: KONTROLLEN BEIM FELDDIENSTLEISTER	nicht zutreffend
DATENKONTROLLE IN DER AUSWERTUNGSPHASE	Prüfung des Datensatzes auf: <ul style="list-style-type: none">✓ Vollständigkeit der Interviews✓ Korrektheit der Filterungen✓ Plausibilität der Angaben (uni- und bivariate Plausibilitätsprüfungen)✓ artefaktische Antworttendenzen (Straightlining, Muster)✓ Rechtschreibung/Grammatik der offenen Angaben

9.4 Bewertung der angewendeten Methodenkombination

Die methodische Herausforderung der Studie lag in der Kombination zweier Erhebungswege: der telefonischen Befragung der Hauptstichprobe (repräsentativ für die Wohnbevölkerung in Deutschland ab dem 14. Lebensjahr) und der zusätzlichen Onlinebefragung von Personen zwischen dem 14. und 29. Lebensjahr. Beide Stichproben sollten dieselben Fragen beantworten, damit wir die Ergebnisse bei der Auswertung – wie geschehen – zwischen den 14-29-Jährigen und der Gesamtbevölkerung vergleichen konnten. Welche Herausforderungen bei dieser Methodenkombination bestehen und wie ihnen begegnet werden kann, haben wir in Götte/Ludewig 2020 dargelegt. Entsprechende Maßnahmen haben wir in der Befragung umgesetzt.

Zur Beurteilung, wie geeignet die Methodenkombination für die Befragung war, werfen wir in Tabelle 9-13 zunächst einen Blick auf die demographische Struktur der Teilstichproben der 14-29-Jährigen. Es sind die ungewichteten Stichproben dargestellt, um die Rohdaten der Erhebungen vergleichen zu können. Wie leicht zu erkennen ist, weichen die Strukturen der beiden Stichproben voneinander ab: In der Telefonbefragung der 14-29-Jährigen befinden sich mehr Männer als Frauen, in der Onlinebefragung ist es umgekehrt. In letzterer ist der Anteil der 14-17-Jährigen mehr als doppelt so hoch wie in der Telefonbefragung. Entsprechend umfasst sie auch mehr als doppelt so viele Schüler*innen.

Tabelle 9-13 Demographische Struktur der 14-29-Jährigen in der Telefon- und Onlinebefragung

	Telefonbefragung 14-29-Jährige	Onlinebefragung 14-29-Jährige	Gesamt 14-29-Jährige
Geschlecht			
männlich	56,9	42,7	48,8
weiblich	43,1	57,3	51,2
Alter			
14 bis 17 Jahre	13,6	30,1	23,0
18 bis 24 Jahre	47,3	29,8	37,3
25 bis 29 Jahre	39,1	40,2	39,7
Schulabschluss			
ohne Schulabschluss	1,0	0,3	0,6
Volks-/Hauptschule (8./9. Klasse)	7,6	2,5	4,7
Mittlere Reife	15,0	12,6	13,6
(Fach-)Hochschulreife	63,7	54,9	58,7
noch Schüler/in	12,8	29,6	22,4

jeweils in Prozent aller Befragten | ungewichtete Stichproben | Telefon: N=501, Online: N=672

Das zeigt zunächst, dass der Sinn der Onlinebefragung erfüllt wurde: Sie sollte zum Einen ein effektiver Anspracheweg für die Zusatzstichprobe der 14-29-Jährigen sein. Darüber hinaus sollte sie Altersanteile ergänzen, die mit der Telefonbefragung nur sehr schwer zu erreichen sind. In diesem Fall sind das genau die 14-17-Jährigen. Trotz der Schwierigkeit, dass 14- und 15-jährige Personen nach Vorgabe der

Datenschutzgrundverordnung über ihre gesetzlichen Vertreter*innen angesprochen werden müssen, hat die Rekrutierung dieser Teilnehmer*innen aus dem Online-Access-Panel funktioniert.

Um die Daten von Telefon- und Onlinebefragung gemeinsam auswerten zu können, sollten sie für vergleichbare Gruppen nicht allzu unterschiedliche Ergebnisse liefern. Ein*e in der Telefonstichprobe befragte Jugendliche*r sollte also nicht wesentlich anders geantwortet haben als eine*r in der Onlinestichprobe. Da die beiden parallelen Stichproben der 14-29-Jährigen in sich strukturelle Unterschiede aufweisen, können sie nicht in ihrer Gesamtheit miteinander verglichen werden. Wir wählen deshalb als Vergleichsobjekte zur Prüfung der Ähnlichkeit der Antworten die Teilstichproben der 25-29-Jährigen. Beide besitzen einen Anteil von ca. 40 Prozent an der jeweiligen Stichprobe der 14-29-Jährigen. In Tabelle 9-14 haben wir alle die (Teil-)Fragen aufgelistet, bei denen sich die Antworten der 25-29-Jährigen zwischen der Telefon- und der Onlinebefragung signifikant unterscheiden. Hier ist nicht auszuschließen, dass die Methode einen Einfluss auf das Antwortverhalten hat. Gründe dafür können entweder in der speziellen Beschaffenheit der Stichprobe liegen oder in der Form der Fragestellung.

Tabelle 9-14 Signifikante Unterschiede zwischen den Antworten der 25-29-Jährigen in der Telefon- und Onlinebefragung

	Telefonbefragung 25-29-Jährige	Onlinebefragung 25-29-Jährige	Skalenbreite
F2: Einstellung zum Atomausstieg	1,3	1,1	1-2
F4: Bekanntheit des BGE	1,6	1,7	1-2
F8: Weniger gefährlicher radioaktiver Abfall wird in feste Form gebracht und in Stahlfässern eingelagert.	0,8	0,7	0-1
F8: Hochradioaktiver Abfall wird zur Entsorgung in andere Länder verschickt.	0,8	0,6	0-1
F14: Präferenzen bei der Standortsuche – Mitentscheidung der Bürger*innen in den betroffenen Regionen	1,6	1,9	1-4
Frage 17: Vertrauen in das BASE	1,9	2,2	1-4
Frage 18: Beteiligung der Bürger*innen – Neben den gesetzlich festgeschriebenen Beteiligungsformaten kann sich die Bevölkerung auch über weitere Formate beteiligen.	1,3	1,5	1-2
F19: Teilhabewunsch	2,7	2,3	1-3
F25: Medien für aktive Informationssuche – Erklärvideos	0,7	0,3	0-1
F25: Medien für aktive Informationssuche – Instagram	0,1	0,4	0-1
F25: Medien für aktive Informationssuche – YouTube	0,8	0,3	0-1
F26: Vertrauen in Informationsquellen (Index über alle Quellen)	2,3	2,6	1-4

jeweils Mittelwerte über aller Befragten der Gruppe, die eine Antwort geben konnten

Zunächst wird sichtbar, dass von der Vielzahl der gestellten Fragen nur bei einer relativ geringen Zahl solche signifikanten Unterschiede bestehen. Insgesamt liefern beide Methoden also ähnliche Ergebnisse. Bei folgenden Fragen sind die Unterschiede jedoch interessant und geben einen Hinweis darauf, dass mögliche Abweichungen von anderen Altersgruppen auch auf die Verwendung der beiden Methoden zurückzuführen sein können.

- ↳ Einstellung zum Atomausstieg: 65 Prozent der 25-29-Jährigen in der Telefonstichprobe begrüßen den Atomausstieg, in der Onlinestichprobe tun dies 85 Prozent.
- ↳ Bekanntheit des BGE: 43 Prozent der 25-29-Jährigen in der Telefonstichprobe kennen das BGE, in der Onlinestichprobe tun dies 27 Prozent.
- ↳ Präferenzen bei der Standortsuche: 86 Prozent der 25-29-Jährigen in der Telefonstichprobe ist die Mitentscheidung der Bürger*innen in den betroffenen Regionen sehr oder eher wichtig, in der Onlinestichprobe beträgt dieser Anteil 74 Prozent.
- ↳ Präferenzen bei der Standortsuche: 82 Prozent der 25-29-Jährigen in der Telefonstichprobe vertrauen dem BASE sehr oder eher stark, in der Onlinestichprobe beträgt dieser Anteil 71 Prozent.
- ↳ Teilhabewunsch: Wenn ihre Region ein potenzieller Standort für ein Endlager wäre, dann hätten 9 Prozent der 25-29-Jährigen in der Telefonstichprobe den Wunsch nach Teilhabe, in der Onlinestichprobe wären es 34 Prozent. (wahrscheinlich, weil die Fragestellung online besser erfassbar ist)
- ↳ Medien für aktive Informationssuche: Die 25-29-Jährigen in der Telefonstichprobe nutzen einige innovative Onlineformate signifikant anders als die in der Onlinestichprobe.
- ↳ Vertrauen in Informationsquellen: Die 25-29-Jährigen in der Telefonstichprobe vertrauen Informationsquellen signifikant stärker als die in der Onlinestichprobe. (wahrscheinlich ein Effekt der Präsentation von Skalen online und am Telefon)

Sollten in den nächsten Erhebungswellen ähnliche Methodenkombinationen eingesetzt werden, kann hier vor allem bei solchen Unterschieden, die mutmaßlich durch die Fragepräsentation entstanden sind nachgebessert werden. Insgesamt zeigen die Analysen aber, dass die gemischte Telefon- und Onlinebefragung keine gravierenden Auswirkungen auf die Verlässlichkeit der Ergebnisse besitzt und gleichzeitig die demographische Struktur der Stichprobe im Bereich der jüngsten Befragten verbessert hat.

10 Anhänge

10.1 Literaturverzeichnis

forsa Politik- und Sozialforschung GmbH (2015): Endlagerung von radioaktiven Abfällen.

Götte, Sebastian et al. (2017): BfR Stakeholder- und Bevölkerungsbefragung: Vierte Evaluation zum gesundheitlichen Verbraucherschutz in Deutschland. Endbericht (BfR-Wissenschaft 01/2017). Bundesinstitut für Risikobewertung, Berlin.

Götte, Sebastian / Ludewig, Yvonne (2020): Endlagersuche in Deutschland: Wissen, Einstellungen und Bedarfe – wiederholte repräsentative Erhebung (EWident). Zwischenbericht zum aktuellen wissenschaftlichen Stand und zum methodischen Gesamtkonzept. Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung.

Götte, Sebastian / Ludewig, Yvonne (2019): Welchen Stellenwert haben Magnetfelder in der öffentlichen Wahrnehmung des Stromnetzausbaus? Eine deutschlandweite Befragung. Bundesamt für Strahlenschutz, Salzgitter.

Götte, Sebastian / Ludewig, Yvonne (2019): Was denkt Deutschland über Strahlung? – 2019. Bundesamt für Strahlenschutz, Salzgitter.

Schweizer-Ries, Petra et al. (2011): Aktivität und Teilhabe - Akzeptanz Erneuerbarer Energien durch Beteiligung steigern. Projektabschlussbericht. Forschungsgruppe Umweltpsychologie der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

TNS Emnid (2016): Bevölkerungsbefragung zum Thema Endlagerkommission. Ergebnisbericht.

10.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung	Titel	Seite
3-1	Demographische Struktur der Gesamtstichprobe	8
3-2	Risikoeinstellung der Befragten	9
3-3	Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements	10
3-4	Grad des zivilgesellschaftlichen Engagements	11
3-5	Wahlabsicht, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre	12
4-1	Einstellung zum Atomausstieg	13
4-2	Einstellung zum Atomausstieg nach demographischen Gruppen	14
4-3	Einstellung zum Atomausstieg nach politischer Einstellung	15
4-4	Risikowahrnehmung in Bezug auf die Nutzung von Kernenergie	15
4-5	Risikowahrnehmung in Bezug auf die Nutzung von Kernenergie nach demographischen Gruppen	16
4-6	Risikowahrnehmung in Bezug auf die Nutzung von Kernenergie nach politischen Einstellungen	16

4-7	Risikowahrnehmung in Bezug auf die Entsorgung von radioaktivem Abfall	17
4-8	Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung	18
4-9	Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung nach soziodemographischen Gruppen	19
4-10	Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung nach politischen Einstellungen	19
4-11	Kenntnis des aktuellen Standes der Entsorgung radioaktiver Abfälle	20
4-12	Anteil der Personen, die alle Aussagen zur Entsorgung radioaktiver Abfälle korrekt eingeordnet haben nach demographischen Gruppen	21
4-13	Kenntnis des aktuellen Standes der Endlagersuche	21
4-14	Anteil vollständig korrekter Einschätzungen zum aktuellen Stand der Endlagersuche nach soziodemographischen Gruppen	22
4-15	Kenntnis der Ausschlusskriterien für einen Endlagerstandort	23
4-16	Anteil der Personen, die Ausschlusskriterien für einen Endlagerstandort korrekt eingeordnet haben nach demographischen Gruppen	24
4-17	Kenntnis der Menge der einzulagernden Castor-Behälter	24
4-18	Kenntnis der korrekten Menge der einzulagernden Castor-Behälter nach soziodemographischen Gruppen	25
4-19	Kenntnis des notwendigen sicheren Lagerzeitraums	25
4-20	Präferenzen für die Standortsuche	26
4-21	Bekanntheit des Standortauswahlgesetzes	28
4-22	Bekanntheit des Standortauswahlgesetzes nach demographischen Gruppen	29
4-23	Bekanntheit des Standortauswahlgesetzes nach politischen Einstellungen	29
4-24	Bekanntheit des Zeitplans der Standortsuche	30
4-25	Bekanntheit der Beteiligungsmöglichkeiten am Suchprozess	31
4-26	Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung am Suchprozess nach demographischen Gruppen	32
4-27	Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung am Suchprozess nach politischen Einstellungen	32
4-28	Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung am Suchprozess nach Risikoeinschätzung des Endlagers	33
4-29	Bekanntheit der Verantwortlichkeiten für die Endlagersuche	34
4-30	Nennung der korrekten Verantwortlichen für den Suchprozess nach demographischen Angaben	34
4-31	Nennung der korrekten Verantwortlichen für den Suchprozess nach politischen Einstellungen	35
4-32	Bekanntheit der am der Endlagersuche beteiligten Institutionen	35
4-33	Vertrauen in die an der Endlagersuche beteiligten Institutionen	36
5-1	Themeninteressen in Bezug auf die Endlagersuche	38
5-2	Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung	39
5-3	Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung nach demographischen Gruppen	40
5-4	Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung nach politischen Einstellungen	40
5-5	Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung nach Risikoeinschätzungen	41

5-6	Gefühlte Informationsdichte in Bezug auf die Endlagerung	41
5-7	Gefühlte Informationsdichte in Bezug auf die Endlagerung nach demographischen Gruppen	42
5-8	Gefühlte Informationsdichte in Bezug auf die Endlagerung nach politischen Einstellungen	43
5-9	Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager	43
5-10	Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager nach demographischen Gruppen	44
5-11	Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager nach politischen Einstellungen	45
5-12	Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager nach Risikoeinstellungen	45
5-13	Vertrauen in verschiedene Informationsquellen	46
5-14	Vertrauen in Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind nach demographischen Gruppen	48
5-15	Vertrauen in Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind nach politischen Einstellungen	48
5-16	Vertrauen in Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind nach Risikoeinstellungen	49
5-17	Vertrauen in verschiedene Informationsquellen nach Altersgruppen	49
5-18	Vertrauen in verschiedene Informationsquellen nach Einschätzung des Risikos beim Betrieb eines Endlagers	50
6-1	Gewünschte Entfernung eines Endlagers vom eigenen Wohnort	51
6-2	Akzeptanz eines Endlagers in bis zu 50 km Entfernung nach demographischen Gruppen	52
6-3	Akzeptanz eines Endlagers in bis zu 50 km Entfernung nach politischen Einstellungen	52
6-4	Akzeptanz eines Endlagers in bis zu 50 km Entfernung nach Risikoeinstellungen	53
6-5	Akzeptanz oder Widerstand in Bezug auf die Teilgebiete	54
6-6	Akzeptanzmatrix nach Schweizer-Ries	55
6-7	Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete	56
6-8	Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete differenziert nach Geschlecht	57
6-9	Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete differenziert nach Altersgruppen	57
6-10	Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete differenziert nach zivilgesellschaftlichem Engagement	58
6-11	Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete differenziert nach Einschätzung der Risiken beim Betrieb des Endlagers	58
6-12	Mögliche Akzeptanztreiber in Bezug auf die Teilgebiete	59
6-13	Wirksamkeit von Akzeptanztreibern in Bezug auf die Teilgebiete	60
6-14	Wirksamkeit von Akzeptanztreibern in Bezug auf die Teilgebiete nach demographischen Gruppen	61
6-15	Wirksamkeit von Akzeptanztreibern in Bezug auf die Teilgebiete nach politischen Einstellungen	61
6-16	Wirksamkeit von Akzeptanztreibern in Bezug auf die Teilgebiete nach Risikoeinschätzungen	62
6-17	Teilhabewunsch am Suchprozess	63
6-18	Teilhabewunsch am Suchprozess nach demographischen Gruppen	63
6-19	Teilhabewunsch am Suchprozess nach politischen Einstellungen	64

6-20	Teilhabewunsch am Suchprozess nach Risikoeinschätzungen	64
6-21	Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten	65
8-1	Demographische Struktur der Teilstichprobe der 14-29-Jährigen	71
8-2	Risikoeinstellung der 14-29-Jährigen	72
8-3	Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements der 14-29-Jährigen	72
8-4	Einstellung zum Atomausstieg der 14-29-Jährigen	73
8-5	Risikowahrnehmung in Bezug auf die Nutzung von Kernenergie nach Ansicht der 14-29-Jährigen	73
8-6	Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung nach Ansicht der 14-29-Jährigen	73
8-7	Kenntnis des aktuellen Standes der Entsorgung radioaktiver Abfälle nach Ansicht der 14-29-Jährigen	74
8-8	Kenntnis des aktuellen Standes der Endlagersuche nach Ansicht der 14-29-Jährigen	75
8-9	Kenntnis der Ausschlusskriterien für einen Endlagerstandort nach Ansicht der 14-29-Jährigen	75
8-10	Kenntnis von Lagermenge und -zeitraum in der Gruppe der 14-29-Jährigen	76
8-11	Präferenzen für die Standortsuche in der Gruppe der 14-29-Jährigen	76
8-12	Bekanntheit der Beteiligungsmöglichkeiten am Suchprozess bei den 14-29-Jährigen	77
8-13	Bekanntheit der Verantwortlichkeiten für die Endlagersuche bei den 14-29-Jährigen	77
8-14	Bekanntheit der am Endlager beteiligten Institutionen bei den 14-29-Jährigen	78
8-15	Vertrauen in die am Endlager beteiligten Institutionen bei den 14-29-Jährigen	78
8-16	Subjektive Informiertheit und gefühlte Informationsdichte bei den 14-29-Jährigen	79
8-17	Themeninteressen in Bezug auf die Endlagersuche bei den 14-29-Jährigen	79
8-18	Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager bei den 14-29-Jährigen	80
8-19	Vertrauen in verschiedene Informationsquellen bei den 14-29-Jährigen	81
8-20	Gewünschte Entfernung des Endlagers vom eigenen Wohnort bei den 14-29-Jährigen	81
8-21	Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete bei den 14-29-Jährigen	82
8-22	Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete bei den 14-29-Jährigen differenziert nach Altersgruppen	82
8-23	Mögliche Akzeptanztreiber in Bezug auf die Teilgebiete bei den 14-29-Jährigen differenziert nach Altersgruppen	83
8-24	Teilhabewunsch am Suchprozess bei den 14-29-Jährigen	83
8-25	Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten bei den 14-29-Jährigen	84

10.3 Tabellenverzeichnis

Tabelle	Titel	Seite
4-1	Vergleich der Präferenzen bei der Standortsuche zwischen 2016 und 2020	27
4-2	Vertrauen in die an der Endlagersuche beteiligten Institutionen nach demographischen Gruppen	37
5-1	Gefühlte Informationsdichte in Bezug auf die Endlagerung in den Jahren 2015 und 2020	42
5-2	Aktive Informationssuche in Bezug auf die Endlagerung in den Jahren 2015 und 2020	44
6-1	Zuordnung der Aussagen zu Akzeptanz oder Widerstand zu den Feldern der Akzeptanz-Matrix	55
9-1	Stichprobe Gesamtbevölkerung: Altersverteilung gewichtet und ungewichtet	86
9-2	Stichprobe Gesamtbevölkerung: Geschlecht gewichtet und ungewichtet	87
9-3	Stichprobe Gesamtbevölkerung: Bildungsgrad gewichtet und ungewichtet	87
9-4	Stichprobe Gesamtbevölkerung: Haushaltsgröße gewichtet und ungewichtet	87
9-5	Stichprobe Gesamtbevölkerung: BIK-Klassen gewichtet und ungewichtet	87
9-6	Stichprobe Gesamtbevölkerung: Bundesland gewichtet und ungewichtet	88
9-7	Stichprobe 14-29-Jährige: Altersverteilung gewichtet und ungewichtet	88
9-8	Stichprobe 14-29-Jährige: Geschlecht gewichtet und ungewichtet	88
9-9	Stichprobe 14-29-Jährige: Bildungsgrad gewichtet und ungewichtet	89
9-10	Stichprobe 14-29-Jährige: Bundesland gewichtet und ungewichtet	89
9-11	Fehlertoleranzen der Stichprobe N=2.500 (Beispiel)	90
9-12	Ausschöpfung der Telefonbefragung	91
9-13	Demographische Struktur der 14-29-Jährigen in der Telefon- und Onlinebefragung	96
9-14	Signifikante Unterschiede zwischen den Antworten der 25-29-Jährigen in der Telefon- und Onlinebefragung	97

10.4 Fragebogen

Einleitungstext

Guten Tag, mein Name ist XXX von der Gesellschaft aproxima. Wir führen derzeit eine Studie zu den Themen Atomkraft und Endlagersuche durch.

Festnetz: Um einen repräsentativen Querschnitt zu erreichen, müsste ich mit der Person aus Ihrem Haushalt sprechen, die zuletzt Geburtstag hatte und mindestens 14 Jahre alt ist. Wer ist das denn bei Ihnen?

Ggf. bei Rückfragen zum Auftraggeber: Über den Auftraggeber kann ich Ihnen aus methodischen Gründen erst nach dem Interview Auskunft geben. Ich kann allerdings sagen, dass es sich um eine Behörde im Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums handelt.

Wenn ZP am Telefon:

Wunderbar. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich ca. 25 Minuten Zeit nehmen, um unsere Fragen zu beantworten. Die Teilnahme ist natürlich freiwillig, es ist jedoch wichtig, dass möglichst alle angerufenen Personen auch an der Befragung teilnehmen. Die Auswertung erfolgt anonym, also nicht in Verbindung mit ihrer Telefonnummer. Diese wird nach Abschluss des wissenschaftlichen Projekts vernichtet.

Bevor das Interview startet, habe ich noch ein paar kurze Informationen: Gerne geben wir Ihnen die Kontaktdaten unseres Datenschutzbeauftragten bekannt, den Sie unter <https://datenschutz.aproxima.de> finden. Dort finden Sie auch unsere ausführlichen Informationen zum Datenschutz und u. a. Ihre Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung und Einschränkung sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung und das Recht auf Beschwerde bei der Datenschutzaufsichtsbehörde.

Zunächst möchten wir gerne mit Ihnen über Radioaktivität und radioaktiven Abfall sprechen.

Frage 1: Vorstellung von radioaktiven Abfällen (offen)

(Quelle: eigene Frage)

Radioaktive Abfälle, umgangssprachlich meist Atommüll genannt, sind radioaktive Stoffe, die nicht nutzbar sind oder aufgrund politischer Vorgaben nicht mehr genutzt werden dürfen. Woher stammen Ihrer Meinung nach radioaktive Abfälle?

(offene Frage)

↪ offene Frage

Frage 2: Einstellung zum Atomausstieg

(Quelle: eigene Frage)

Deutschland hat den stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie im Jahr 2011 beschlossen. Einmal alles in allem betrachtet: Begrüßen Sie grundsätzlich den Atomausstieg Deutschlands oder begrüßen Sie ihn nicht?

(Einfachnennung)

- ↪ Ich begrüße den Atomausstieg Deutschlands.
- ↪ Ich begrüße den Atomausstieg Deutschlands nicht.

Frage 3: Risiko von Prozessen in der Kernenergienutzung

(Quelle: Eurobarometer Spezial 227, modifiziert)

Ich nenne Ihnen jetzt einige Aspekte der Kernenergienutzung. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese aus Ihrer Sicht ein sehr hohes, ein ziemlich hohes, ein geringes oder gar kein Risiko darstellen.

(Int: Es geht um Deutschland. Randomisierung, Skala: 1=sehr hohes Risiko, 2=ziemlich hohes Risiko, 3=geringes Risiko, 4=gar kein Risiko)

- ↪ Transport des radioaktiven Abfalls zum Zwischen- oder Endlager
- ↪ Zwischenlagerung des hochradioaktiven Abfalls in überirdischen Spezialgebäuden
- ↪ Unterirdische Endlagerung des hochradioaktiven Abfalls
- ↪ Nutzung von Kernenergie insgesamt

Frage 4: gestützte Bekanntheit von Institutionen

Ich nenne Ihnen nun einige Institutionen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie von diesen im Zusammenhang mit der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall schon einmal gehört oder gelesen haben oder nicht.

(Randomisierung, Skala: ja, nein)

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)
- Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)
- Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)
- Bundesamt für Strahlenschutz (BfS)
- Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE)
- Das Nationale Begleitgremium bei der Endlagersuche (NBG)

Bevor wir zum nächsten Thema kommen, möchte ich Ihnen gern ein paar Fragen zu Ihnen stellen.

Frage 5: Zivilgesellschaftliches Engagement

(Quelle: eigene Frage)

Welche der folgenden Dinge haben Sie in den letzten 12 Monaten getan und welche nicht?

(Randomisierung, Skala: 1=ja, 0=nein)

- an der letzten Wahl beteiligt
- an öffentlichen Diskussionsveranstaltungen teilgenommen
- in Online-Foren oder unter Online-Beiträgen einen Kommentar hinterlassen
- passive Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative, ehrenamtlichen Organisation, religiösen Vereinigung oder Partei
- aktive Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, ehrenamtlichen Organisation, religiösen Vereinigung oder Partei
- an einer Demonstration teilgenommen
- an einer Unterschriftensammlung beteiligt (vor Ort oder online)

Frage 6: Wahlbeteiligung

(Quelle: Politbarometer)

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie dann zur Wahl gehen?

- ja, würde zur Wahl gehen
- nein, würde nicht wählen gehen (*→ nächste Frage überspringen*)
- spontan: würde zur Wahl gehen, aber meine Stimme ungültig machen (*→ nächste Frage überspringen*)

Frage 7: Sonntagsfrage

(Quelle: Politbarometer)

Welche Partei würden Sie wählen?

(verdeckte Antwortvorgaben, Nennungen werden nicht vorgelesen, Nachfrage bei Nennung SPD und FDP, da dies am Telefon schwer zu unterscheiden ist.)

- CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands)
- CSU (Christlich-Soziale Union in Bayern)
- SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
- Bündnis 90/Die Grünen
- Die Linke
- FDP (Freie Demokratische Partei, Liberale)
- Alternative für Deutschland
- Freie Wähler
- Die Partei (Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative)
- Familien-Partei Deutschlands
- Ökologisch-Demokratische Partei
- Piratenpartei Deutschland
- Bayernpartei
- Republikaner
- NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands)
- Sonstige Partei und zwar: _____

- würde meine Stimme ungültig machen

Nun wollen wir etwas näher auf das Thema Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall eingehen.

Frage 8: Entsorgung radioaktiver Abfälle

(Quelle: Eurobarometer Spezial 271, Items angepasst)

Bitte sagen Sie mir, ob die jeweilige Aussage Ihrer Meinung nach stimmt oder nicht.

(Randomisierung, Skala 1=stimmt, 0=stimmt nicht)

- Die deutsche Regierung hat eine Entscheidung über einen Endlagerstandort für den hochradioaktiven Abfall getroffen. (falsch)
- Hochradioaktiver Abfall wird zwischengelagert, bis endgültig über die Endlagerung entschieden ist. (richtig)
- Hochradioaktiver Abfall wird derzeit in speziellen unterirdischen Lagerstätten vergraben. (falsch)
- Weniger gefährlicher radioaktiver Abfall wird in feste Form gebracht und in Stahlfässern eingelagert. (richtig)
- Hochradioaktiver Abfall wird zur Entsorgung in andere Länder verschickt. (falsch)

Frage 9: Bekanntheit Dauer Endlagersuche

(Quelle: eigene Frage)

Was glauben Sie, wann soll das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet werden und bis wann soll ein Standort für ein Endlager gefunden werden?

(offene Nennung)

- ↪ letztes Atomkraftwerk: __ __ __ __ (2022 ist korrekt)
- ↪ Endlagerstandort: __ __ __ __ (2031 ist korrekt)

Frage 10: Lagermengen

(Quelle: eigene Frage)

Der hochradioaktive Müll wird in speziellen Castor-Behältern zwischengelagert. Was glauben Sie, wie vielen Castor-Behältern entspricht der hochradioaktive Müll, der endgelagert werden muss?

(Int.: Castor-Behälter sind speziell gesicherte Behälter für die Lagerung und den Transport von hoch radioaktivem Abfall. Es geht um Deutschland)

(Einfachnennung)

- ↪ ca. 1.000 Castor-Behälter
- ↪ ca. 2.000 Castor-Behälter (richtig)
- ↪ ca. 5.000 Castor-Behälter
- ↪ ca. 10.000 Castor-Behälter

Frage 11: Bekanntheit StandAG

(Quelle: eigene Frage)

Wie ist Ihrer Meinung nach in Deutschland der Prozess der Suche nach einem Endlagerstandort reglementiert?

(Randomisierung, Einfachnennung)

- ↪ Der Prozess ist detailliert in einem Gesetz, dem so genannten Standortauswahlgesetz, festgelegt. (richtig)
- ↪ Den Prozess haben die beteiligten Institutionen unter sich definiert.
- ↪ Da die Endlagersuche ein unvorhersagbares Vorhaben ist, gibt es keine gesetzlichen Festlegungen; der Prozess wird ständig den aktuellen Erkenntnissen aus der Suche angepasst.

Frage 12: Prozess Standortauswahlverfahren

(Quelle: eigene Frage)

Bitte sagen Sie mir, ob die nachfolgenden Aussagen zur Auswahl eines Endlagerstandortes Ihrer Meinung nach zutreffen oder nicht.

(1=trifft zu, 0=trifft nicht zu)

- Die Endlagersuche wird derzeit vorbereitet. Dazu werden bis Ende dieses Jahres Institutionen benannt oder gegründet, die diese Suche übernehmen sollen. (falsch)
- Derzeit befinden wir uns in der frühen Phase der Endlagersuche, d. h. alle Bundesländer und Regionen in Deutschland kommen potenziell noch in Frage. Es ist kein Gebiet aus dem Verfahren ausgeschieden oder wird als Standort bevorzugt. (richtig)
- Im Herbst dieses Jahres werden in Deutschland Gebiete benannt, die potenziell für ein Endlager in Frage kommen und weiter im Verfahren betrachtet werden sollen. (richtig)
- Es gibt bereits einen Vorschlag für einen Endlagerstandort, über den nun noch entschieden werden muss. (falsch)

Frage 13: Aufgabenteilung und beteiligte Institutionen

(Quelle: eigene Frage)

Was meinen Sie, wer ist in Deutschland für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle zuständig? Ich lese Ihnen vier Möglichkeiten vor und Sie sagen mir bitte, welche Aussage korrekt ist.

(Randomisierung, Einfachnennung)

- eine Abteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)
- drei Akteure: eine Bundesgesellschaft für die Endlagerlagersuche, ein Bundesamt für deren Beaufsichtigung und ein Begleitgremium für die Interessen der Zivilgesellschaft
- ein Expertenstab aus Wissenschaftlern und Ingenieuren
- die Energieversorger
- weiß nicht

Frage 14: Präferenzen bei der Standortsuche

(Quelle: TNS Emnid 2016 Befragung-Endlagerkommission)

Wie wichtig sind Ihnen folgende Dinge bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle? Beginnen wir mit ... Ist Ihnen das sehr wichtig, eher wichtig, eher nicht wichtig oder gar nicht wichtig?

(Randomisierung, Skala: 1=sehr wichtig, 2=eher wichtig, 3=eher nicht wichtig, 4=gar nicht wichtig, 98=weiß nicht)

- Langfristig sichere Verwahrung der hochradioaktiven Abfälle
- Standort fern von Wohngebieten
- Sichere Transportwege
- Transparente Standortentscheidung
- Mitentscheidung der Bürger*innen in den betroffenen Regionen
- Schnelle Standortentscheidung
- Niedrige Kosten

Frage 15: Lagerzeitraum

(Quelle: eigene Frage)

Was glauben Sie, über welchen Zeitraum muss ein Endlager hochradioaktive Abfälle sicher lagern können?

(Randomisierung, Einfachnennung)

- über mindestens 100.000 Jahre
- über mindestens 1 Mio. Jahre (richtig)
- über mindestens 10 Mio. Jahre

Frage 16: Voraussetzungen für einen Endlagerstandort

(Quelle: eigene Frage)

Welche der folgenden Faktoren schließen Ihrer Meinung nach gemäß Standortauswahlgesetz Gebiete als Endlagerstandorte aus und welche nicht?

(Randomisierung, Skala: 1=ja, ist ein Ausschlusskriterium 0=nein, ist kein Ausschlusskriterium)

- gegenwärtige oder frühere bergbauliche Tätigkeit mit Einfluss auf die Beschaffenheit des Gesteins (richtig)
- Aktivität durch Erdbeben (seismische Aktivität) (richtig)
- vulkanische Aktivität (richtig)
- unverhältnismäßig hohe Kosten (falsch)
- Wohngebiete im Umkreis von 20 km (falsch)
- starke Proteste der vor Ort lebenden Bevölkerung (falsch)

Frage 17: Vertrauen in die Institutionen der Endlagersuche

(Quelle: eigene Frage)

An der Endlagersuche sind drei Akteure beteiligt. Ich nenne Ihnen diese Akteure und Sie sagen mir bitte, wie stark Ihr Vertrauen in deren Arbeit ist. Wenn Sie sich nicht kennen, dann gehen Sie bitte nach Ihrem Bauchgefühl.

(Skala: 1=sehr stark, 2=eher stark, 3=eher schwach, 4=sehr schwach)

- Die Bundesgesellschaft für Endlagersuche ist für die Suche nach dem Endlager und dessen Betrieb verantwortlich. Ist Ihr Vertrauen in deren Arbeit sehr stark, eher stark, eher schwach oder sehr schwach?
- Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung beaufsichtigt die Suche und organisiert die Beteiligung der Öffentlichkeit. Ist Ihr Vertrauen in dessen Arbeit sehr stark, eher stark, eher schwach oder sehr schwach?
- Das Nationale Begleitzgremium aus ausgewählten Bürgern vertritt die Interessen der Zivilgesellschaft. Ist Ihr Vertrauen in dessen Arbeit sehr stark, eher stark, eher schwach oder sehr schwach?

Frage 18: Beteiligung der Bürger*innen und Aufgaben der Akteure

(Quelle: eigene Frage)

Bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland sollen die Kommunen und die Bevölkerung vor Ort umfassend einbezogen werden. Ich lese Ihnen im Folgenden einige Aussagen zu Beteiligungsmöglichkeiten im Prozess der Standortsuche vor. Bitte sagen Sie mir, ob die jeweilige Aussage Ihrer Meinung nach wahr oder falsch ist.

(Randomisierung, Skala: 1=wahr, 0=falsch)

- Die Beteiligung der Bevölkerung ist eine Voraussetzung, damit die Endlagersuche gelingen kann. (weder richtig noch falsch)
- Eine Beteiligung der Bevölkerung und der Kommunen bei der Endlagersuche ist gesetzlich geregelt. (richtig)
- Neben den gesetzlich festgeschriebenen Beteiligungsformaten kann sich die Bevölkerung auch über weitere Formate beteiligen. (richtig)
- Die Bevölkerung kann auf direktem Weg, also über Volksabstimmungen, über den Endlagerstandort mitentscheiden. (falsch)
- Wenn ein Standort ausgewählt wurde, hat die Kommune vor Ort ein Vetorecht und kann den Standort aus triftigen Gründen verhindern. (falsch)

Frage 19: Teilhabewunsch

(Quelle: eigene Frage)

Haben Sie denn selbst Interesse daran, sich am Prozess der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle in irgendeiner Form zu beteiligen?

(Einfachnennung)

- ja
- ja, aber nur, wenn meine Region ein potenzieller Standort ist
- nein → nächste Frage überspringen

Frage 20: gewünschte Teilhabeformate

(Quelle: eigene Frage)

Welche der folgenden Möglichkeiten der Beteiligung bzw. Information würden Sie wahrscheinlich nutzen, welche eher nicht?

(Randomisierung, Skala: 1=ja würde ich wahrscheinlich nutzen, 0=nein, würde ich wahrscheinlich nicht nutzen)

- regelmäßige schriftliche Informationen (z. B. in Broschüren, Newslettern, online)
- gesetzlich vorgesehene regelmäßige Konferenzen auf regionaler Ebene (sog. Regionalkonferenzen)
- Telefon-Hotline oder Chat zu Fragen, die ich zur Standortsuche habe
- Informationsveranstaltung oder Wanderausstellung vor Ort
- Online-Forum, in dem zu bestimmten Fragen Meinungen gesammelt werden

- ↵ Online-Abstimmung über bestimmte Fragen während der Standortsuche
- ↵ Bürgerversammlung vor Ort mit Möglichkeit zur Diskussion
- ↵ Lokaler Bürger*innenrat als beratendes Gremium für die verantwortlichen Organe
- ↵ Weitere Beteiligungsmöglichkeiten gewünscht und zwar: _____

Frage 21: Themeninteresse Endlagerung

(Quelle: eigene Frage)

Wie stark interessieren Sie sich für folgende Aspekte der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle? Beginnen wir mit ... Interessieren Sie sich dafür sehr stark, stark, weniger stark oder gar nicht?

(Randomisierung, Skala: 1=sehr stark, 2=stark, 3=weniger stark, 4=gar nicht)

- ↵ welche Anforderungen der Standort für ein Endlager erfüllen muss
- ↵ wie die Suche nach dem Standort für ein Endlager gestaltet wird
- ↵ wie sichergestellt wird, dass das Endlager für lange Zeit sicher ist
- ↵ welche Auswirkungen ein Endlager für die Bewohner des Standortes hat
- ↵ welche Auswirkungen ein Endlager für zukünftige Generationen hat
- ↵ wie weit die Suche nach einem Endlager bereits fortgeschritten ist
- ↵ woher ich nähere Informationen zu diesem Thema erhalte
- ↵ wie ich mich am Prozess der Endlagersuche beteiligen kann

Frage 22: Subjektive Informiertheit Endlagerung

(Quelle: eigene Frage)

Und wie gut fühlen Sie sich insgesamt über die Sie interessierenden Aspekte der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle informiert? Fühlen Sie sich sehr gut informiert, eher gut informiert, eher nicht gut informiert oder gar nicht informiert?

(Randomisierung, Skala: 1=sehr gut informiert, 2=eher gut informiert, 3=eher nicht gut informiert, 4=gar nicht informiert)

- ↵ sehr gut informiert
- ↵ eher gut informiert
- ↵ eher nicht gut informiert
- ↵ gar nicht informiert

Frage 23: Gefühlte Informationsdichte

(Quelle: Endlagerung von radioaktiven Abfällen, forsa 2015)

Wie häufig haben Sie in der letzten Zeit Meldungen oder Berichte über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien gehört, gesehen oder gelesen: häufig, hin und wieder, sehr selten oder nie?

(Einfachnennung)

- häufig
- hin und wieder
- sehr selten
- nie

Frage 24: Aktive Informationssuche 1

(Quelle: Endlagerung von radioaktiven Abfällen, forsa 2015)

Einmal abgesehen von dem, was man in den Nachrichten darüber mitbekommt: Haben Sie sich schon einmal selbst aktiv über das Thema der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle informiert oder ist das bisher noch nicht vorgekommen?

(Einfachnennung)

- ja, gezielt nach Informationen gesucht
- nein, noch nicht gezielt nach Informationen gesucht

Frage 25: Aktive Informationssuche 2

(Quelle: Endlagerung von radioaktiven Abfällen, forsa 2015)

FALLS JA: Wo haben Sie sich selbst aktiv über das Thema Endlagersuche informiert? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die Antwort auf Sie zutrifft oder nicht.

(Randomisierung, Skala: 1=trifft zu, 0=trifft nicht zu)

- über die Infoplattform im Internet (www.endlagersuche-infoplattform.de) [immer an Pos. 1]
- über Medien, wie Zeitungen, Zeitschriften, Radio und Fernsehen
- über Nachrichtenseiten im Internet
- über spezielle Informationsseiten im Internet (mit Ausnahme der Infoplattform)
- in Infobroschüren
- über Erklärvideos
- auf Twitter
- auf Facebook
- auf Instagram
- auf YouTube
- über interaktive Angebote (Apps)
- auf Informationsveranstaltungen

Frage 26: Vertrauen in Informationsquellen

(Quelle: Eurobarometer Spezial 227, modifiziert)

Wie stark vertrauen Sie den folgenden Akteuren, wenn es um Informationen darüber geht, wie in Deutschland mit radioaktiven Abfällen umgegangen wird? Beginnen wir mit ... Vertrauen Sie ... sehr, eher, eher nicht oder überhaupt nicht?

(Randomisierung, Skala: 1=vertraue ich sehr, 2=vertraue ich eher, 3=vertraue ich eher nicht, 4=vertraue ich überhaupt nicht, 98=weiß nicht)

- Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern
- Politikern und Politikerinnen
- Deutschen Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind
- Journalisten (Fernsehen, Radio, Zeitungen)
- Nicht-Regierungsorganisationen, NGOs, die sich um Umweltthemen kümmern (z. B. Greenpeace)
- Dem Bundestag
- Der Bundesregierung
- Den Energieunternehmen, die Kernkraftwerke betreiben
- Regionalen und lokalen Behörden
- Freunden und Familienangehörigen
- Vertraue keinen davon (spontan)

Frage 27: Risiken beim Betrieb des Endlagers

(Quelle: eigene Frage)

Stellen Sie sich vor, in der Nähe Ihres Wohnortes soll ein Endlager für hochradioaktive Abfälle gebaut werden. Wie hoch schätzen Sie das Risiko einer Gefährdung von Mensch und Umwelt ein? Ist das aus Ihrer Sicht ein sehr hohes Risiko, ein ziemlich hohes Risiko, ein geringes Risiko oder gar kein Risiko?

(Randomisierung, 1=sehr hohes Risiko, 2=ziemlich hohes Risiko, 3=geringes Risiko, 4=gar kein Risiko)

- sehr hohes Risiko
- ziemlich hohes Risiko
- geringes Risiko
- gar kein Risiko

Frage 28: Entfernung Wohnort – Endlager

(Quelle: Hocke-Bergler; Stolle – ITAS Repräsentative Bevölkerungsbefragung)

Wie weit sollte ein Endlager für hochradioaktive Abfälle Ihrer Meinung nach mindestens von Ihrem Wohnort entfernt sein?

(Einfachnennung)

- bis 5 km
- 5 bis 50 km
- 50 bis 250 km
- 250 bis 500 km
- (nicht vorlesen; spontan): andere Nennung und zwar: _____
- Weiß nicht

Frage 29: Akzeptanz/Widerstand bei Endlager in der eigenen Region

(Quelle: eigene Frage)

Im Herbst sollen von der Bundesgesellschaft für Endlagerung Gebiete in Deutschland benannt werden, die günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle erwarten lassen. Was würden Sie tun, wenn Sie in einem dieser Gebiete leben würden?

(Int: Falls Befragte*r sicher ist, dass in seiner/ihrer Nähe kein Endlager entsteht, soll er/sie die Frage unabhängig davon beantworten – also nicht an seine Region, sondern seine Meinung dazu denken.

Randomisierung; 1=trifft zu, 0=trifft nicht zu)

- Ich würde aktiv dagegen protestieren, z. B. durch Demonstrationen oder Petitionen.
- Ich würde mich darüber ärgern.
- Ich würde die Entscheidung anerkennen. (→ nächste Frage überspringen)
- Ich würde die Entscheidung unterstützen. (→ nächste Frage überspringen)
- Ich würde dabei helfen, mein Umfeld oder andere Menschen meiner Region von der Entscheidung zu überzeugen. (→ nächste Frage überspringen)
- Ich würde mich in Gremien, die den weiteren Prozess begleiten, engagieren.
- Mir wäre die Entscheidung egal.

Frage 30: Akzeptanztreiber für ein Endlager in der eigenen Region

(Quelle: eigene Frage)

Was würde Ihnen dabei helfen, die Entscheidung für ein mögliches Endlager in Ihrer Region eher zu tolerieren? Würde es helfen, ...

(Randomisierung; 1=ja, 0=nein)

- wenn die Gründe für die Entscheidung transparent und verständlich dargelegt werden
- wenn die Auswirkungen auf die Region transparent und verständlich dargelegt werden
- wenn ein überzeugendes Sicherheitskonzept erkennbar ist
- wenn die Region davon finanziell profitiert
- wenn Sie selbst davon finanziell profitieren
- etwas anderes, und zwar: _____

Frage S1: Geschlecht

Sind Sie ...

- männlich
- weiblich
- divers

Frage S2: Alter

In welchem Jahr sind Sie geboren?

Jahr: _____

Frage S5_1: Haushaltsgröße

Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst mit eingeschlossen?

Frage S5_2

Wie viele der Personen sind 14 Jahre und älter (nur wenn S5_1>0)?

Frage S5: Wohngemeinschaft

Wer lebt außer Ihnen noch in Ihrem Haushalt? (nur wenn S5_1>0)

- Ehe-/ Partner(in)
- Kind/Kinder unter 16 Jahren
- Kind/Kinder von 16 Jahren und älter
- Eltern oder Großeltern
- Andere Familienangehörige
- Andere Personen, die nicht zur Familie gehören

Was ist Ihr höchster allgemeinbildender Schulabschluss?

- Ohne Schulabschluss
- Volks-/Hauptschulabschluss, Polytechnische Oberschule (POS) mit Abschluss 8. Klasse
- Mittlere Reife / Realschulabschluss, Fachschulreife, Polytechnische Oberschule (POS) mit Abschluss 10. Klasse
- Fachhochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule oder Berufsausbildung mit Abitur
- Abitur / Hochschulreife/ Erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Klasse (EOS)
- einen anderen Schulabschluss, und zwar: _____
- noch Schüler

Frage: Risikotyp

(Quelle: GESIS Skalenhandbuch)

Wie schätzen Sie sich persönlich ein: Wie risikobereit sind Sie im Allgemeinen? Bitte ordnen Sie sich auf einer 7-stufigen Antwortskala von 1 = „gar nicht risikobereit“ bis 7 = „sehr risikobereit“ ein. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

(Einfachnennung)

(Intervieweranweisung: Diese Befragung bezieht sich auf Ihre Risikobereitschaft im Allgemeinen, nicht auf einen bestimmten Aspekt.)

- 1=gar nicht risikobereit
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7= sehr risikobereit

Frage: Mediennutzung

(Quelle: eigene Frage)

Welche der folgenden Informationsquellen nutzen Sie üblicherweise, um sich über politische oder gesellschaftlich relevante Themen zu informieren?

(Randomisierung, Skala: 1=nutze ich, 0=nutze ich nicht)

- Fernsehen oder Radio
- Zeitungen oder Zeitschriften
- Internet
- Broschüren und Flyer
- Freunde und Familienangehörige
- Soziale Medien wie Facebook, Instagram oder Twitter
- Podcasts
- Handy-Apps
- Spontan: andere und zwar: : _____
- Spontan: informiere mich nicht über Kernenergie

Frage S7: HHNE

Wie hoch ist das monatliche Haushaltsnettoeinkommen Ihres Haushalts? Gemeint ist das monatliche Einkommen aller Personen, die zu Ihrem Haushaltseinkommen beitragen, nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben, zuzüglich von Wohn- oder Kindergeld.

- Unter 750 Euro
- 750 bis unter 1.500 Euro
- 1.500 bis unter 2.250 Euro
- 2.250 bis unter 3.000 Euro
- 3.000 bis unter 4.000 Euro
- 4.000 bis unter 5.000 Euro
- 5.000 Euro und mehr

Frage S8: PLZ

Welche Postleitzahl hat Ihr Wohnort, an dem wir Sie jetzt anrufen?

PLZ: _____

